Zusammen leben, zusammen wachsen.

www.mo-ka.net

INTERKULTURELLE WOCHE 2019

Herausgeber: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche / Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt am Main / www.interkulturellewoche.de

Zu den einzelnen Texten gelangen Sie schnell entweder über die angelegten Lesezeichen oder durch Anklicken des Beitrags im Inhaltsverzeichnis.

Über das Symbol am unteren Rand gelangen Sie wieder zurück zum Inhaltsverzeichnis.

INHALT

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN

4 Gemeinsames Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche 2019 – »Zusammen leben, zusammen wachsen.«

SO VIELFÄLTIG WIE DAS LAND – DIE MENSCHEN DER INTERKULTURELLEN WOCHE

6 Organisator*innen berichten aus der Praxis und geben Tipps für ein gutes Gelingen

7 **Bayreuth**
8 **Dessau-Roßlau**
9 **Kreis Offenbach**
11 **Hechingen**
12 **Bonn**
13 **Rostock**
14 **Husum**

ZUSAMMEN LEBEN, ZUSAMMEN WACHSEN

THEMEN UND PERSPEKTIVEN DER VIELFALTSGESELLSCHAFT

16 »Heimat ist für mich die A42« | Die Journalistin Hatice Akyün erklärt, warum zwei Lebenswelten für sie eine doppelte Chance bedeuten

18 Versprochen – gebrochen | Die plurale Demokratie hält nicht ein, was sie Einwanderern verheißt – das führt zu Problemen, erklärt die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan | Steffen Blatt

20 EU-Bürger und wohnungslos | In der Wohnungsnotfallhilfe zeigen sich die Baumängel der Einwanderungsgesellschaft | Johannes Brandstäter

23 »Es war gut, dass wir durchgehalten haben« | Wie Landrat Götz Ulrich im Burgenlandkreis die Integration organisiert – und den Rechtspopulisten entgegentritt | Steffen Blatt

24 »Die Ausländer machen die Drecksarbeit«
Zwei Beratungsstellen können den Betroffenen helfen | Gülsah Tunali und Jochen Empen

26 Einseitige Debatten | Wie sich die Ablehnung von Roma in der deutschen Diskussion über Zuwanderung legitimiert | Vasile Marian Luca

27 Das Chamäleon Antisemitismus | Anfeindungen gegen Jüdinnen und Juden nehmen wieder zu – Darin nur ein »Migrantenproblem« zu sehen, greift viel zu kurz | Yasemin El-Menouar

28 »Kommunikation ist der Schlüssel« | In Ostdeutschland gibt es viele junge muslimische Gemeinden – Der Politikwissenschaftler Timon Perabo hat ihre Bedürfnisse untersucht | Steffen Blatt

30 Deutschland ist nicht gespalten | Das zeigt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung – Große Übereinstimmung bei den Grundregeln des Zusammenlebens | Orkan Kösemen

DEMOKRATIE WEHRT SICH

32 Christen mit Rechtsdrall | Antipluralistisches Denken findet auch in Kirchenkreisen Widerhall – Eine Bestandsaufnahme | Liane Bednarz

34 Wir müssen unsere Geschichten besser erzählen
Wie Demokratie vom Rechtspopulismus lernen kann | Michael Roos

36 From #Hatespeech to #Hopespeech | Ansätze für eine digitale Zivilcourage | Timo Versemann und Kristina Herbst

38 »Man braucht ein dickes Fell« | Alexander Weinlein geht mit anderen Aktiven von »Herz statt Hetze« regelmäßig zu AfD-Veranstaltungen | Steffen Blatt

WERTE VERTEIDIGEN – MENSCHEN SCHÜTZEN

40 »Wir kämpfen gerade um die Essenz Europas«
Karl Kopp von PRO ASYL spricht über Flüchtlingspolitik, zivilgesellschaftliches Engagement und die »offenste Wunde« der Europäischen Union | Steffen Blatt

42 SEEBRÜCKE fordert: Schafft sichere Häfen!
Die Organisation wurde im Juni 2018 gegründet und hat bisher schon mehr als 250000 Menschen mobilisiert | Tabea Reiffert

43 Seenotrettung, Verteilung, Kommunale Aufnahme
Was jetzt in der Flüchtlingspolitik passieren muss: Mehr als 30 Organisationen formulieren Lösungsansätze | Ansgar Gilster, Marie von Manteuffel und Katharina Stamm

6 So vielfältig wie das Land …

© Yamen Alsharafli

16 Themen und Perspektiven der Vielfaltsgesellschaft

Gestaltung: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

32 Demokratie wehrt sich

© Shutterstock / L T Photography

EDITORIAL

45 Kommunen dürfen eine Menge | Wie Städte und Gemeinden ihren Handlungsspielraum bei der Flüchtlingspolitik nutzen können | Hannes Schammann

47 »Der UN-Migrationspakt ist eine große Chance für eine fairere Migrationspolitik« | Anke Wiedemann von Caritas International berichtet von der Internationalen Konferenz in Marrakesch | Friederike Ekol

48 Alles andere als ein sicherer Anker für geflüchtete Menschen | In den AnkER-Zentren zeigen sich die aus Großunterkünften bekannten Probleme | Simone Haaf

ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE

50 »Der Herzschlag Gottes ist bunt« | »Zusammen leben, zusammen wachsen.« Gedanken zum Plakat der Interkulturellen Woche | Christoph Stiba

51 »Kultur hat von sich aus etwas Partizipatorisches« | Gedanken aus einem jüdisch-christlichen Gespräch über Interkulturalität, das Verhältnis von Kultur und Religion und die Notwendigkeit gegenseitiger Teilhabe | Inna Goudz und Wolfgang Hüllstrung

53 Heimat für alle | Was bedeutet Kirche-Sein in einer Einwanderungsgesellschaft? | Aguswati Hildebrandt Rambe

54 »Gebt einander Raum zu Wachstum und Entfaltung – für Frieden und Gerechtigkeit« | Eine Predigt zum Motto der Interkulturellen Woche | Dirk Voos

55 Die Orthodoxe Kirche wendet sich gegen Diskriminierungen | Auszug aus dem 6. Offiziellen Dokument des Heiligen und Großen Konzils der Orthodoxen Kirche

56 Bausteine für einen Gottesdienst | Werner Höbsch

AKTIONEN UND MATERIALIEN

59 Anregungen für IKW-Veranstaltungen

63 Was, wann, wo

64 Impressum

Die Interkulturelle Woche ist für Menschen vor Ort, in Landkreisen, Städten und Gemeinden seit Jahrzehnten eine gute Gelegenheit, Engagement sichtbar zu machen, sich auf gleicher Augenhöhe zu begegnen, positive Geschichten von Ankommen und Teilhabe zu erzählen. Sie bildet aber auch einen Rahmen, in dem konstruktiv über Probleme gesprochen werden kann, in dem wichtige und zum Teil schwierige gesellschaftliche und politische Themen ihren Platz haben.

Mit dem diesjährigen Heft zur Interkulturellen Woche möchten wir zeigen, was den Aktiven in der Vorbereitung und Durchführung wichtig ist und so die Gelegenheit geben zu reflektieren, welchen Stellenwert die IKW bei Ihnen und Euch hat. Auffallend in den Vor-Ort-Beschreibungen ist, dass der politische Anspruch zunimmt und die Bereitschaft, aktiv für die Demokratie, für Grund- und Menschenrechte einzutreten, ungebrochen vorhanden, wenn nicht sogar neu entfacht ist.

Darüber hinaus reißen wir mit den Artikeln im Grundsatzteil »Zusammen leben, zusammen wachsen.« Themen an, die relevant für Veranstaltungen im Rahmen der IKW sind. Greifen Sie diese gerne auf. Laden Sie Verantwortliche aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu Diskussionen mit direkt Betroffenen ein.

Die Interkulturelle Woche wird mittlerweile breit kommunal aufgegriffen. Getragen wird sie seit den 1970er Jahren von den Kirchen in Deutschland. Und diese haben sich seitdem hier immer auch politisch positioniert. Wir freuen uns, dass sie dies auch in diesem Jahr sowohl im Gemeinsamen Wort als auch im Gottesdienstteil des Heftes tun.

Wir wünschen allen, die die IKW dieses Jahr vor Ort organisieren, viele spannende und auch fröhliche Veranstaltungen. Das Erfolgsrezept der IKW bleibt ungebrochen: Begegnen Sie sich, kommen Sie ins Gespräch, entdecken Sie die vielen positiven Facetten der Vielfaltsgesellschaft, diskutieren Sie und streiten Sie auch gerne. Denn Streit gehört dazu, wenn eine Gesellschaft lebendig bleiben und sich über ihre grundlegenden Werte und Regeln verständigen will.

Ihre Friederike Ekol

40 Werte verteidigen – Menschen schützen

© Kamali-Hippler

50 Anregungen für Gottesdienste

© Wolfgang Scheffler

59 Aktionen und Materialien

© Gershom Tripp

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHE 2019
BEGEGNUNG – TEILHABE – INTEGRATION

ZUSAMMEN LEBEN, ZUSAMMEN WACHSEN.

In Deutschland ist es zu einer breit akzeptierten Gewissheit geworden: Wir leben in einem Einwanderungsland. Unsere Gesellschaft hat sich an ein interkulturell vielfältiges Zusammenleben gewöhnt. Ohne Zuwanderung hätte Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht den heutigen Wohlstand erreicht, Generationen von Migrantinnen und Migranten haben entscheidend dazu beigetragen. Auch in Zukunft werden wir weiter Zuwanderung erleben. In beachtlicher Weise wurde die Aufnahme von mehr als einer Million Menschen in den Jahren 2015 und 2016 bewältigt. Viele haben inzwischen Wohnung, Arbeit und eine Perspektive gefunden und haben sich in Schule und Ausbildung integriert.

Die Flüchtlingsbewegungen der vergangenen Jahre, vor allem aber die große Zahl von Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten haben dazu geführt, dass in Deutschland Menschen vieler unterschiedlicher Muttersprachen, Kulturen und Religionen zusammenleben. Wir wissen: Dies ist kein deutsches Sonderphänomen, sondern eine weltweite Entwicklung, die mit der Globalisierung einhergeht. Wir begrüßen es deshalb sehr, dass sich im Dezember 2018 die große Mehrheit der Vereinten Nationen sowohl auf einen »Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration« als auch auf einen »Globalen Pakt für Flüchtlinge« geeinigt hat.

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft war immer schon mit großen Herausforderungen verbunden – und zwar für alle Beteiligten. In der Bibel können wir nachlesen, wie Gott sein Volk Israel an die eigene Fremdheitserfahrung erinnert und ihm die moralische Pflicht ins Stammbuch schreibt, Fremde zu schützen: »Einen Fremden sollst du nicht ausbeuten. Ihr wisst doch, wie es einem Fremden zumute ist; denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen« (Ex 23,9). Gott fordert ein zugewandtes Verhalten gegenüber Fremden, das sich von dem gegenüber Einheimischen nicht unterscheidet: »Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst …« (Lev 19,33f). In dieser Tradition stehen viele Kirchengemeinden und christliche Initiativen, aber auch Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Organisationen Migrantinnen und Migranten zur Seite.

Das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche macht auf eine Dimension im Zusammenleben mit Menschen anderer Herkunft aufmerksam, die über das moralische Gebot der Freundlichkeit, der Fürsorge und Unterstützung – kurz: der »Gastfreundschaft« – hinausgeht, nämlich »Zusammen leben, zusammen wachsen.«

Zunächst einmal wachsen wir, indem wir uns von unserem »fremden« Gegenüber eine Welt eröffnen lassen, die uns bislang unbekannt war. Das Erlernen einer anderen Sprache erschließt uns eine andere Mentalität und lässt uns eine andere Kultur lebendig werden. Der Dialog mit Angehörigen anderer Kulturen und Religionen erweitert unseren Horizont. Dabei geht es keineswegs um Beliebigkeit oder um die Relativierung des eigenen Standpunkts, sondern um ein wertschätzendes, interessiertes Wahrnehmen des Anderen, das unser Denken bereichert.

Als Persönlichkeiten zu wachsen bedeutet für uns Christen letztlich immer, in der Liebe zu wachsen. Der Apostel Paulus mahnt uns im Brief an die Philipper: »In Demut schätze einer den anderen höher ein als sich selbst. Jeder achte nicht nur auf das eigene Wohl, sondern auch auf das der Anderen« (Phil 2,3f). Andere in ihrem Anders-Sein wahrzunehmen, sie sogar »in Demut höher einzuschätzen als sich selbst« und ihnen dabei echtes Wohlwollen entgegenzubringen, das ist menschliche Größe, die uns das Evangelium vor Augen führt.

Unsere kulturell vielfältige Gesellschaft fordert jede und jeden von uns heraus. Wir treffen permanent auf Menschen, die uns in irgendeiner Weise fremd sind, sei es, weil sie eine andere Sprache sprechen, sei es, weil sie von einer anderen Kultur geprägt sind oder einer anderen Religion angehören, oder sei es, weil sie eine politische Position vertreten, die unserer eigenen Überzeugung zuwiderläuft. Jedem einzelnen mit Aufmerksamkeit und Respekt zu begegnen, trägt dazu bei, dass in unserer Gesellschaft Gräben der Ignoranz, Mauern der Abschottung und Fronten des Hasses überwunden werden. Weltweit rücken die Menschen im Zuge der Globalisierung, erhöhter Mobilität und nahezu uneingeschränkter Kommunikationsmöglichkeiten immer näher zusammen. Unsere Aufgabe ist es, mit aller Kraft daran zu arbeiten, dass dies zu einem Wachstumsschritt in Richtung eines friedlichen Miteinanders über alle Unterschiedlichkeiten hinweg führt.

Die Interkulturelle Woche leistet dazu einen Beitrag. Schon seit Jahrzehnten setzt sie erfolgreich auf die direkte Begegnung von Menschen. Das hilft, Vorurteile abzubauen und Ängsten zu begegnen. Lassen wir uns nicht anstecken von einer Kultur der Angst, der Angst vor den »Anderen« und der Angst vor der Zukunft! Geben wir stattdessen Zeugnis von unserer Hoffnung, gestalten wir unsere Gesellschaft mit Mut und Zuversicht! »Gott hat uns nicht einen Geist der Verzagtheit gegeben, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit« (2 Tim 1,7).

Lassen Sie uns im Vorfeld der in diesem Jahr stattfindenden Wahlen aktiv für ein friedliches und vielfältiges Miteinander werben. Suchen wir das Gespräch mit Politikerinnen und Politikern, mit Vertreterinnen und Vertretern der zur Wahl stehenden Parteien. Es gibt zahlreiche Themen, die im Blick auf das Zusammenleben in der Gesellschaft wichtig sind; Integration, weltweite Migration, und das Eintreten für Menschenwürde und Menschenrechte gehören dazu. Unser Grundgesetz, das vor 70 Jahren den Neuanfang unseres Landes markierte, ist die Richtschnur. Der Erhalt von Grundrechten und Demokratie geschieht aber nicht von selbst. Wir sind als Bürgerinnen und Bürger immer wieder neu gefordert, uns dafür einzusetzen, in der Politik, in der Nachbarschaft, in der Kirche, in der Arbeitswelt, in der Freizeit.

Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, müssen unabhängig davon, wie lange sie sich bei uns aufhalten, sehr schnell die Möglichkeit erhalten, Anschluss und Orientierung zu finden, die Sprache zu erlernen und Kontakte zu knüpfen. Kindern und Jugendlichen muss der Weg zu Bildung und freier Entwicklung ihrer Persönlichkeit offenstehen. Menschen, die bereits in Ausbildung beziehungsweise in Lohn und Brot stehen, brauchen das Gefühl der Sicherheit und dürfen nicht in Angst vor einer drohenden Abschiebung leben. Wer verfolgt ist, braucht Schutz. Es darf nicht bei jeder Gruppe von ankommenden oder sich in Seenot befindenden Menschen gefeilscht werden, wer sie rettet oder aufnimmt. Als Christinnen und Christen stehen wir für eine bedingungslose Wertschätzung gegenüber jedem Menschen. Sie beweist sich in besonderer Weise im Umgang mit denen, die keine Lobby haben: mit Kindern und Armen, Geflüchteten, Geduldeten und Obdachlosen, Kranken und Menschen mit Behinderungen. Das gilt genauso im Umgang mit Menschen, die andere Positionen und Überzeugungen vertreten. Wertschätzung muss zudem erkennbar sein in der Art, wie wir miteinander streiten.

Die Interkulturelle Woche mit ihren zahlreichen Veranstaltungen in weit über 500 Städten und Gemeinden ist ein lebendiges Zeichen dafür, wie es gelingen kann, zusammen zu leben und zusammen zu wachsen. Sie schenkt Freude am Miteinander und macht Mut, unser gesellschaftliches Zusammenleben zu gestalten. Wir danken allen, die sich vor Ort für die Anliegen der Interkulturellen Woche einsetzen und wünschen ihnen gute Erfahrungen und Gottes Segen für ihr Engagement.

Reinhard Kardinal Marx
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm
Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Metropolit Dr. h.c. Augoustinos von Deutschland
Vorsitzender der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland

von links nach rechts:
© Erzbischöfliches Ordinariat München;
© epd, mck; © KNA-Bild

SO VIELFÄLTIG WIE DAS LAND – DIE MENSCHEN DER INTERKULTURELLEN WOCHE

ORGANISATOR*INNEN BERICHTEN AUS DER PRAXIS UND GEBEN TIPPS FÜR EIN GUTES GELINGEN

In über 500 Städten, Gemeinden und Kreisen stellen jedes Jahr unzählige haupt- und ehrenamtlich tätige Menschen die Interkulturelle Woche auf die Beine. Wie sie das tun, wie sie »ihre« IKW vorbereiten, organisieren und umsetzen, ist so unterschiedlich wie die vielen Veranstaltungsformate: Mal gibt es einen ganzen Organisationskreis, mal sind es wenige Personen, bei denen die Fäden zusammenlaufen, mal nur eine Person. Wir haben uns in ganz Deutschland umgehört und lassen uns von sieben Frauen und Männern erzählen, wie sie es machen und welche Tipps sie anderen Veranstaltenden geben können.

PROTOKOLLE: STEFFEN BLATT

Das Motiv »Do something great« ist als Postkarte und zum Download erhältlich. Weitere Informationen unter www.interkulturellewoche.de und auf der letzten Heftseite. Gestaltung: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

BAYREUTH

»WEIT MEHR ALS EINE HARMLOSE MULTI-KULTI-VERANSTALTUNG«

Anna Westermann ist Flüchtlingsbeauftragte im Evangelischen Bildungswerk Bayreuth/Bad Berneck/Pegnitz und im Organisationsteam der Interkulturellen Woche in der Festspielstadt. Sie ist ehrenamtlich Vorsitzende des Vereins »Bunt statt Braun«, der sich für Flüchtlinge und ihre Integration engagiert. Besonders der politische Aspekt der Interkulturellen Woche ist ihr wichtig.

»Wir müssen wach bleiben, uns als couragierte Zivilgesellschaft deutlich engagieren gegen Rechtspopulismus und den allgemeinen Rechtsruck. Wir sind die Mehrheit! – dieses Bewusstsein soll zum Ausdruck kommen. Wir brauchen eine klare Haltung, die sich mit Freude, Kreativität, politischem Bewusstsein und vielfältigen Aktionen für ein gutes Zusammenleben in unserem Land stark macht.

In Bayreuth haben wir eine enge Kooperation mit der Stadt, die viele Organisationen und Vereine zu den Vorbereitungstreffen einlädt und den Programmflyer herausgibt. Wir versuchen immer, den Veranstaltenden das Bewusstsein für politische Themen mit auf den Weg zu geben. Wie viel sich davon dann im Programm wiederfindet, hängt natürlich von den einzelnen Akteuren ab. Im vergangenen Jahr bot sich nach dem Urteil der NSU-Prozess an, so dass wir in zwei Vorträgen und einer Ausstellung aktuelle Fragestellungen dazu aufnahmen. Das ist wichtig, denn die Interkulturelle Woche ist weit mehr als eine harmlose Multikulti-Veranstaltung. Sie braucht immer ein dezidiert politisches Bewusstsein.

Die Aktionswoche gibt es in Bayreuth schon seit über 35 Jahren. Ich lebe seit 14 Jahren in der Stadt und beteilige mich seit 2014 an der Organisation. Höhepunkt in diesem Jahr war sicherlich die Demokratiekonferenz von Stadt und Landkreis Bayreuth im Evangelischen Gemeindehaus, wo Projekte aus dem Bundesprogramm »Demokratie leben!« vorgestellt wurden. Es gelang uns, als Gastredner Heribert Prantl zu gewinnen, den Chefredakteur der »Süddeutschen Zeitung«.

In Zukunft wollen wir die politischen Entscheidungsträger noch besser erreichen und für unsere Veranstaltungen gewinnen. Es sollte – auch im Landtagswahlkampf – selbstverständlich sein, zur Interkulturellen Woche zu kommen, auch ohne persönliche Einladung.

Eine negative Überraschung erlebten wir, als wir das Jubiläumsfest zum 25-jährigen Bestehen unseres Vereins »Bunt statt Braun« organisierten. Die AfD hatte kurzfristig für denselben Abend eine Veranstaltung mitten in Bayreuth angesetzt – weil man sich wohl dachte, wenn

Anna Westermann
Foto: Martina Schubert

»Wir müssen wach bleiben, uns als couragierte Zivilgesellschaft deutlich engagieren gegen Rechtspopulismus und den allgemeinen Rechtsruck.«

Auch der damalige SZ-Chefredakteur Heribert Prantl war als Gastredner bei einer Veranstaltung der IKW dabei – und musste im Anschluss fleißig Bücher signieren. Foto: Wolfgang Lammel

wir feiern, kommen weniger Leute, um gegen die AfD zu demonstrieren. Wir wissen also, dass wir beobachtet werden, konnten aber unsere Leute noch rechtzeitig informieren, so dass einige präsent waren. Gleichzeitig hat man bei unserem Fest gesehen, wie wichtig es ist, unbeschwert zusammen zu feiern, zu tanzen – und sich an einem überbordenden Buffet mit kulinarischen Köstlichkeiten zu erfreuen, das Menschen aus aller Welt zubereitet haben. Die Lebensmittelkosten haben wir erstattet. Auch die Oberbürgermeisterin war mit ihrem Mann gekommen! Das stärkt den Zusammenhalt für zukünftiges Engagement!

Politisch wird sich bei uns nach der Landtagswahl mit dem neuen Koalitionsvertrag leider nicht viel ändern. Wir haben hier in der Region viele ehrenamtliche Flüchtlingshelfer, die Großartiges geleistet haben, aber jetzt zunehmend von der bayrischen Asylpolitik enttäuscht sind – nicht wegen der Geflüchteten, sondern wegen der Behörden, deren Entscheidungen nicht nachvollziehbar sind. Ausbildungs- und Arbeitsgenehmigungen werden verweigert, gut Integrierte sollen abgeschoben werden, sogar weiter in Krisengebiete – es wird erheblicher Druck auf Betroffene ausgeübt, bis hin zu Strafanzeigen.

Bundesweit wird es auch dieses Jahr weiter darum gehen, sich gegen den Rechtsruck zu wehren – und ihm die Menschenfreundlichkeit unseres christlichen Weltbildes in einer vielfältigen Gesellschaft entgegenzusetzen.«

DESSAU-ROSSLAU

»DAS THEMA ›GUTES ZUSAMMENLEBEN‹ IST WICHTIG«

Razak Minhel hat in den 1980er Jahren in der DDR studiert und ist in Dessau geblieben. Seit 1993 leitet er dort das Multikulturelle Zentrum und genauso lange koordiniert er die Interkulturelle Woche in der Stadt, die 2007 mit Roßlau zu einer Doppelgemeinde fusionierte.

»Ich habe 1989/90 die Wende in Dessau miterlebt, mit den Montagsdemonstrationen und dem großen Umbruch nach der Wiedervereinigung. Leider musste ich später auch die ersten »Ausländer raus!«-Rufe miterleben. Die Welle der Ausländerfeindlichkeit zu Beginn der 1990er Jahre war auch ein Grund, in Dessau eine Interkulturelle Woche zu organisieren. Wir haben mit zwei, drei Veranstaltungen begonnen und dann immer mehr Kooperationspartner ins Boot geholt.

Heute freue ich mich, dass wir die Interkulturelle Woche gemeinsam mit der Stadt organisieren, das Integrationsbüro unterstützt uns sehr. Wir haben 2018 mit unseren Veranstaltungen wieder ein großes Spektrum abgedeckt: Sport, Begegnungen, politische Themen, Bildung und Kultur. Sehr positiv war, dass wir wieder neue Veranstalter im Boot hatten, etwa das Bauhaus Dessau und das Theater. Andere, wie die Jüdische Gemeinde, sind von Anfang an dabei. Für die Zukunft würde ich mir wünschen, dass sich die Gewerkschaften und die Kirchen wieder mehr beteiligen, wie das früher schon einmal der Fall war. Oft hängt das am Engagement von Einzelpersonen – und wenn die weg sind, lässt der Kontakt nach oder es werden neue Prioritäten gesetzt.

Wir versuchen, während der Interkulturellen Woche von Jahr zu Jahr immer Themen zu behandeln, die auf kommunaler Ebene interessieren. In Dessau-Roßlau haben wir seit der Wiedervereinigung viele Einwohner verloren, die Zahl der Migranten ist gestiegen. Hier wird das Thema »gutes Zusammenleben« wichtig für die Menschen. Auch ist es ratsam, Geflüchtete als Akteure einzubinden und nicht nur über sie zu reden. Wir haben das 2018 etwa mit der Ausstellung »Verbindungsstücke

»Wir haben mit zwei, drei Veranstaltungen begonnen und dann immer mehr Kooperationspartner ins Boot geholt.«

Geflüchtete stellten für eine Ausstellung je einen Gegenstand zur Verfügung, der eine besondere Bedeutung für sie hat. Razak Minhel (hinten, 3. von rechts), organisiert die Interkulturelle Woche.
Foto: Yamen Alsharafli

zwischen alter und neuer Heimat« gemacht. Dort zeigten 20 Geflüchtete je einen Gegenstand aus ihrer Heimat, der eine besondere Bedeutung für sie hat: ein Foto, ein Kleidungsstück, ein Bild oder ein Stein. Dazu erzählten sie ihre Fluchtgeschichten in Workshops. Die Ausstellung hatte eine große Resonanz in der Öffentlichkeit und den Medien – das hätte ich vorher nicht gedacht, und darum habe ich mich sehr darüber gefreut. Das war eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Museum für Stadtgeschichte. Die Schau soll nun als Wanderausstellung durch Sachsen-Anhalt touren.

Eine tolle Aktion waren auch die Besuche von Menschen mit arabischem Migrationshintergrund in der jüdischen Gemeinde und auf jüdischen Friedhöfen. Außerdem wurde eine gemeinsame Ausstellung von arabischen und jüdischen Künstlern im jüdischen Gemeindezentrum organisiert. Das gab es bei uns zum ersten Mal. Generell eignen sich auch Musik oder Sport als verbindendes Element.

Eine negative Überraschung erlebten wir aber bei unserem Fußballturnier. Dort kam es leider auf dem Platz zu Reibereien zwischen Migrantengruppen. Gerade viele Jugendliche haben Probleme, und das hat sich bei dieser Gelegenheit leider in Aggression geäußert.

Dass ich auch Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche bin, hat Vorteile für die Organisation vor Ort. So bekomme ich wichtige Entscheidungen aus erster Hand mit. Auch die Vorbereitungstagung ist immer eine Bereicherung für mich. Da bringe ich ganz oft Ideen für uns mit nach Hause. Außerdem kann man sich mit anderen Akteuren austauschen und erfährt, was in anderen Bundesländern so läuft.

Mindestens ebenso wichtig für die Planung und Koordination einer Interkulturellen Woche ist das Netzwerk vor Ort. Ich war nach der ersten demokratischen Wahl fünf Jahre Mitglied des Stadtrates von Dessau und sieben Jahre lang ehrenamtlicher Ausländerbeauftragter der Stadt. Auch dadurch habe ich gute Kontakte zu Migrantenorganisationen und zum Integrationsbeauftragten der Stadt geknüpft.

Im Rahmen der Interkulturellen Woche 2019 wird uns sicherlich auch das Thema Rechtspopulismus weiter beschäftigen. Vorurteile und Ressentiments gegen Menschen mit Migrationshintergrund, die mitunter auch in Diskriminierung und Gewalt ausarten können, gehen mit dem Erstarken des Rechtspopulismus konsequent einher. Dies müssen wir leider auch in einer kleinen Stadt wie der unseren erleben. In Dessau-Roßlau gibt es jetzt mehr junge Frauen mit Kopftuch – das ist etwas Neues für uns. Leider ist es schon vorgekommen, dass diese Frauen bespuckt wurden oder dass man ihnen das Kopftuch heruntergerissen hat. Hier muss man vermitteln, Begegnungen schaffen und aufklären. Die Interkulturelle Woche bietet hierzu eine besondere Möglichkeit, wodurch Vorurteile abgebaut und neue Kontakte entstehen können.«

KREIS OFFENBACH

»DIE AKTIONSWOCHEN SIND ZUM SELBSTLÄUFER GEWORDEN«

Im Kreis Offenbach reicht eine Woche nicht aus für die vielen Aktivitäten – dort finden seit 2002 »Interkulturelle Wochen« statt. Von den 13 Kommunen des Kreises haben sich im vergangenen Jahr elf beteiligt – das macht unter dem Strich 97 Veranstaltungen in einem Zeitraum von acht Wochen. Die organisatorischen Fäden laufen bei Selver Erol und Silke Bauer zusammen: Selver Erol leitet das Integrationsbüro des Kreises und koordiniert mit Silke Bauer von Beginn an die Interkulturellen Wochen. Hier berichten sie, wie das funktioniert:

»Die ersten Interkulturellen Wochen bei uns liefen 2002 unter dem Motto ›Menschen und Kulturen im Kreis Offenbach‹ und dauerten zwei Wochen. Die Federführung hatte die Kreisvolkshochschule, deren damaliger Leiter auch die kommissarische Leitung des neu gegründeten Integrationsbüros innehatte. Gemeinsam mit der Leitung des Bereichs ›Förderung des Ehrenamtes, Sport und Kultur‹ und unter Beteiligung von weiteren wichtigen Akteuren wie der Evangelischen Erwachsenenbildung und dem Katholischen Bildungswerk wurden die ersten »Wochen« organisiert.

Selver Erol (rechts) und Silke Bauer koordinieren die Interkulturellen Wochen im Kreis Offenbach. Foto: privat

Bereits im zweiten Jahr hatten wir 60 Veranstaltungen und haben die Interkulturellen Wochen daraufhin auf vier Wochen und 2004 auf fünf Wochen ausgedehnt. Im darauf folgenden Jahr haben wir den Zeitraum von acht Wochen festgelegt. Seitdem bewegt sich die Anzahl der Veranstaltungen jährlich zwischen 60 und 100.

»Dabei versuchen wir selbstverständlich auch, Räume für konstruktive Diskussionen und Auseinandersetzungen zu bieten. Bereits 2018 waren Radikalisierung und Polarisierung in der Gesellschaft wichtige Themen.«

Einen Perspektivwechsel im wahrsten Sinne des Wortes wagten die Teilnehmer der Deutschkurse der Stadt Mühlheim bei ihrem Jubiläumsausflug nach Frankfurt.
Foto: Eva Scholz

Die Erweiterung des zeitlichen Rahmens war einerseits wegen unserer Kreisstrukturen und andererseits wegen der Anzahl der Veranstaltungen wichtig und notwendig. Die Annahme war, die Dichte der Veranstaltungen könnte durch die zeitliche Ausdehnung etwas gelockert werden. Darüber hinaus wollten wir den interkommunalen Austausch und die Beteiligung fördern, indem wir interessierten Teilnehmer*innen die Möglichkeit bieten, wichtige und interessante Veranstaltungen auch in anderen Kreiskommunen zu besuchen.

Bis 2018 haben wir auch interne Veranstaltungen in Kindertageseinrichtungen und Schulen zu interkulturellen Themen im Programm als Anregung und Impulse für weitere Einrichtungen veröffentlicht. Mittlerweile sprengen diese den Rahmen des Programms, so dass wir sie in diesem Jahr nicht mehr mitveröffentlicht haben.

Bereits zu Beginn haben wir einen Koordinationskreis gebildet. Diesen haben wir mit der Beteiligung von kommunalen Integrationsstellen und Vertretern von Vereinen und Verbänden flexibel erweitert. Vor allem in den Kommunen, in denen es Integrationsstellen gibt, gibt es auch einen direkten Ansprechpartner, der vor Ort koordiniert und intensive Kontakte zu den Veranstaltenden pflegt.

Das Programm für die Interkulturellen Wochen, das alle Aktivitäten in diesem Rahmen erfasst, wird vom Integrationsbüro des Kreises herausgegeben, so dass diese auch kreisweit bekannt werden. Wir stellen zunehmend fest, dass die Veranstaltungen, die sich mit interessanten und aktuellen Themen beschäftigen, auch Menschen aus anderen Kommunen des Kreises ansprechen.

Wir, aber auch die kommunalen Integrationsstellen, beraten die Veranstaltenden bei Bedarf bei ihren Vorhaben bezüglich der Referentinnen und Referenten, der Veranstaltungsart und informieren wenn möglich auch über Fördermöglichkeiten. Mittlerweile können wir sagen, dass die Aktionswochen insgesamt zu einem Selbstläufer geworden sind.

In bestimmten Abständen treffen wir uns mit dem Koordinationskreis und weiteren wichtigen Akteuren zu einem Gespräch, um unsere Erfahrungen der letzten Jahre auszuwerten und wenn nötig Verbesserungen vorzunehmen. Das nächste Gespräch ist für Februar 2019 geplant.

Unser Ziel für nächstes Jahr ist, auch die beiden verbleibenden Kommunen zu erreichen und an der Interkulturellen Woche zu beteiligen. Weiteres Verbesserungspotenzial sehen wir darin, dass wir mit unseren Veranstaltungen weitere Teilnehmerkreise gezielter ansprechen und einbinden. Die Organisator*innen sind in erster Linie Integrationsstellen vor Ort, Einrichtungen, Initiativen, Verbände und Vereine. Eine noch stärkere Einbindung von regulären Kultureinrichtungen, Kulturschaffenden und Künstlern im Kreis wäre wünschenswert.

Die politischen Akzente setzen die einzelnen Veranstalter selbst, nicht wir als Koordinierungsstelle. Wir haben eine sehr international geprägte Bevölkerung in unserem Kreis. Mit einem vielfältigen Programm möchten wir möglichst viele Menschen erreichen, einen Raum für das Miteinander, für Begegnungen kultureller Art und für Austausch schaffen. Dabei versuchen wir selbstverständlich auch, Räume für konstruktive Diskussionen und Auseinandersetzungen zu bieten. Bereits 2018 waren Radikalisierung und Polarisierung in der Gesellschaft wichtige Themen. Sie könnten auch in diesem Jahr noch aktuell sein.«

HECHINGEN

»ES ENTSTEHEN BRÜCKEN ZWISCHEN MENSCHEN«

In Hechingen im Zollernalbkreis, etwas südlich von Tübingen, feierte die Interkulturelle Woche 2018 Premiere. Hanna Johner, die Integrationsbeauftragte der Stadt, berichtet über ihre Erfahrungen beim »ersten Mal«:

»Meine Stelle hier ist noch relativ neu, seit 2017 arbeite ich in Hechingen. Zuvor war ich in Rottenburg am Neckar bei einem Integrationsprojekt angestellt. Dort hatte ich schon zwei Interkulturelle Wochen organisiert. Als ich dann hier ankam, dachte ich: ›Fang mit etwas an, das Du kannst.‹ Ich bin dann auf die Caritas zugegangen und dort sofort auf offene Ohren gestoßen. Die Organisation ist gut vernetzt und so konnten wir viele potenzielle Partner*innen erreichen.

Positiv überrascht war ich von der Resonanz auf unsere Aufrufe. Wir wären zufrieden gewesen, wenn wir beim ersten Mal drei oder vier Veranstaltungen im Programm gehabt hätten – am Ende waren es 14!

Was wir in diesem Jahr besser machen wollen: Noch früher mit der Organisation und Planung anfangen. Diese Bitte haben wir von einigen Veranstaltern als Rückmeldung bekommen. Das wird nun auch einfacher, weil die Menschen hier jetzt etwas mit dem Begriff ›Interkulturelle Woche‹ verbinden. Das war 2018 noch nicht so. Aber die Materialien des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses haben uns sehr dabei geholfen, das zu erklären. Wichtig ist auch, die Lokalpresse mit ins Boot zu holen. Das hat bei uns super funktioniert – die beiden Zeitungen haben über jede Veranstaltung berichtet! Für dieses Jahr wollen wir versuchen, das IKW-Logo in den Artikeln und vor allem in den Ankündigungen unterzubringen.

Mein persönlicher Höhepunkt war das Interreligiöse Friedensgebet. Normalerweise ist das nicht meine Art von Veranstaltung, aber als ich hinkam, war ich tief beeindruckt, wie viele verschiedene Menschen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen dort waren – vom Pfadfinder bis zum Flüchtling. Wenn ich an die Interkulturelle Woche denke, verbinde ich dieses Event sofort mit dem Wort ›Begegnung‹. Es war für mich besonders erfüllend, zu erleben, wie durch die Begegnung Brücken zwischen Menschen entstehen.

2019 wollen wir unsere Interkulturelle Woche auf jeden Fall mit einem politischen Thema bereichern. Mangelnder Wohnraum etwa ist ein großes Problem in Hechingen und in der ganzen Region – und das betrifft dann etwa auch Flüchtlinge, die eine feste Wohnung suchen. Auch die Frage, wie man dem Rechtspopulismus auf politischer und gesellschaftlicher Ebene begegnen kann, beschäftigt uns.«

»Die Materialien des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses haben uns sehr dabei geholfen, zu erklären, was die IKW ist.«

Das »Erste Mal« ist geglückt: Die Integrationsbeauftragte Hanna Johner (links) mit ihrer Kooperationspartnerin Mechthild Uhl-Künzig vom Caritasverband. Foto: Annika Schlaich

BONN

»FLUCHT UND INTEGRATION INTERESSIERT AUCH AUF KOMMUNALER EBENE«

Dr. Hidir Celik leitet die Evangelische Migrations- und Flüchtlingsarbeit/ Integrationsagentur (EMFA) in Bonn und koordiniert seit fast 30 Jahren die Aktivitäten der Interkulturellen Woche in der Stadt am Rhein.

»Die Interkulturelle Woche gibt es in Bonn seit 1990. Ich war damals noch Doktorand und habe in unserer Gemeinde zwei Veranstaltungen mitorganisiert. 1993 habe ich dann die Stelle bei der EMFA / Integrationsagentur angetreten und von da an die IKW auch beruflich organisiert. Seitdem findet die IKW in Bonn unter unserer Federführung statt. Wir starten traditionell vor dem vorgeschlagenen Termin, es gibt aber zum bundesweiten Auftakt immer einen Gottesdienst zum Motto der Aktionswoche – und das bewegt die Menschen. Der Gottesdienst war auch vergangenes Jahr wieder gut besucht, rund 200 Gäste kamen in die Kreuzkirche im Zentrum Bonns. Auch die »Gebete der Religionen« waren wieder ein Erfolg, fast alle Religionsgemeinschaften waren dort vertreten. Es hilft uns dabei sehr, dass Oberbürgermeister Ashok-Alexander Sridharan mit zu der Veranstaltung einlädt – das sorgt für eine größere Verbreitung.
Gerne hätten wir auch wieder die Moscheevereine mit dabei. Bis 2005 war das auch der Fall, doch danach haben sie sich etwas zurückgezogen. Nun ist der Islam zwar noch durch Einzelpersonen präsent, aber eben nicht über die Moscheevereine. Wir wollen und sollen daran arbeiten, sie wieder besser in die IKW einzubinden.

Wichtig bei der Organisation ist, frühzeitig mit der Planung zu beginnen. Schon im April schreiben wir Initiativen und Vereine als potenzielle Veranstaltende an, bei einem Treffen sprechen wir über die Themen, zu denen sie gerne etwas organisieren würden. Bis Juni wird das dann präzisiert. Sehr hilfreich ist es auch, die Stadtverwaltung mit ins Boot zu holen. In Bonn unterstützt uns die Stabsstelle Integration, die Stadt finanziert Plakate, Flyer und Ähnliches.

Die »Gebete der Religionen« sind fester Bestandteil der Interkulturellen Woche in Bonn. Hier stellen sich die Kooperationspartner zum Gruppenbild auf. Foto: Ulrich Püschmann

Fast 30 Jahre lang koordiniert Dr. Hidir Celik nun schon die IKW in Bonn.
Foto: Jürgen Eis

Was wir außerdem festgestellt haben: Diskussionsrunden mit Kommunal- oder Landespolitiker*innen laufen gut. Besonders gefreut hat mich 2018 die Eröffnung der Ausstellung ›Für Chancengerechtigkeit – Gegen Diskriminierung‹, bei der Plakate zu diesem Thema gezeigt wurden. Sie war sehr gut besucht, auch der Oberbürgermeister war da und viele Menschen aus dem Bonner Umland.

Veranstaltungen zu den Themen Flucht und Integration haben in den vergangenen Jahren bei uns zugenommen. Das ist ein Thema, das die Menschen spätestens seit 2015 auch auf kommunaler Ebene beschäftigt. Hier gibt es Fragen von beiden Seiten: Die Alteingesessenen wollen wissen, wie die Integration nun funktioniert, und die Geflüchteten fragen sich, wie es überhaupt mit ihnen weitergeht, wie sie an eine Ausbildung oder eine Wohnung kommen. Darum binden wir auch die Geflüchteten selbst ein. Bei den Gebeten der Religionen etwa machen sie Musik und sprechen Gebete in ihrer Landessprache. Die IKW soll auch immer den Raum bieten für gesellschaftspolitische Themen, das versuchen wir zu leisten. Wir moderieren und stellen Fragen, die etwa Politiker beantworten müssen.

Dieses Jahr werden uns sicher die Themen Integration, Chancengleichheit und Interkulturelle Öffnung beschäftigen. Wir wollen werteorientierte Begegnungen ermöglichen und dafür Räume auf kommunaler Ebene schaffen, in denen die Vielfalt der Kulturen deutlich wird. Wichtig ist auch, Demokratie und ihre Werte durch die IKW zu stärken.«

»Wir wollen werteorientierte Begegnungen ermöglichen und dafür Räume auf kommunaler Ebene schaffen, in denen die Vielfalt der Kulturen deutlich wird.«

ROSTOCK

»OFFEN SEIN FÜR KREATIVE FORMATE«

Rostock feiert die Vielfalt besonders lange: Dort dauern die »Multikulturellen Wochen« von August bis Dezember. Dr. Rubén Cárdenas ist Geschäftsführer des Migrantenrates Rostock und koordiniert seit 1995 die Aktionswochen mit mehr als 40 Veranstaltungen.

»Schon Anfang der 1990er Jahre gab es in Rostock die Aktionstage, die Initiative kam damals vom Ausländerbeauftragten Wolfgang Richter, der 1992 die Angriffe auf ein Asylbewerberheim und ein Wohnheim für Vietnamesen in Lichtenhagen hautnah miterlebt hat. Er war in einem der Gebäude, als es angezündet wurde und hat sich mit den Bewohnern übers Dach gerettet. Später ging die Koordination auf den Migrantenrat über, und seit 1995 bin ich dabei.

Die rassistischen Angriffe von Lichtenhagen haben uns auch letztes Jahr bei unseren Aktionswochen beschäftigt. Schon 2017 wurden zum 25. Jahrestag fünf Stelen in der Stadt aufgestellt, um an die Geschehnisse zu erinnern. 2018 kam eine sechste dazu, die zur Eröffnung der Multikulturellen Wochen enthüllt wurde. Das war mein persönlicher Höhepunkt unter den vielen Veranstaltungen. Die Stele steht auf einem zentralen Platz in der Stadt, sie symbolisiert Empathie und steht für ein friedliches Zusammenleben. Die Resonanz war sehr gut bei Politik und Zivilgesellschaft. Bei der Finanzierung würden wir uns gerne verbessern – aber das haben wir nicht unmittelbar in der Hand. Außerdem wollen wir versuchen, noch mehr Akteure ins Boot zu holen. Bislang werden die Multikulturellen Wochen vor allem von Migrantenorganisationen getragen – da ist noch Luft nach oben. Wir machen nicht die eine zentrale Veranstaltung, sondern versuchen, eher kleinere ins Programm zu nehmen. Damit wollen wir viele verschiedene Orte schaffen, an denen sich die Menschen begegnen können.

Das würde ich auch Organisatorinnen und Organisatoren empfehlen, die zum ersten Mal eine Interkulturelle Woche auf die Beine stellen: Möglichst viele Organisationen, Vereine und Gruppen gewinnen. Auch sollte man in einer größeren Stadt die Stadtteile miteinbeziehen und nicht alles nur im Zentrum stattfinden lassen. Und wer schon lange dabei ist wie wir, sollte offen sein für neue, kreative Formate, damit die Aktionswochen nicht langweilig werden. Auch ein klarer Zeitplan ist wichtig. Da wir schon im August starten, müssen die Veranstaltenden bis Ende Februar ihre Ideen bei uns einreichen.

Wir in Rostock machen mit unseren Wochen auch politische Bildung. Es gibt zum Beispiel Workshops und Seminare zu Themen wie Migration, dem Tag der offenen Moschee und der offenen Synagoge und Diskussionsrunden zu verschiedenen Themen. Dieses Jahr wird das einen noch größeren Raum einnehmen,

Dr. Rubén Cárdenas Foto: privat

»Wir machen nicht die eine zentrale Veranstaltung, sondern versuchen, eher kleinere ins Programm zu nehmen.«

Während der Multikulturellen Wochen wurde die Skulptur Empathie der Künstlergruppe SCHAUM eingeweiht. Sie zeigt den Raum zwischen zwei Menschen, die sich umarmen und ist Teil einer Figurengruppe, die unter dem Titel »Gestern Heute Morgen« an die rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992 erinnert.
Foto: Ove Arscholl

denn in Rostock werden am Tag der Europawahl im Mai auch die Bürgerschaft und der Oberbürgermeister neu gewählt.

Auf kommunaler Ebene wird uns beschäftigen, wie wir die neue Bürgerschaft – wahrscheinlich mit AfD-Vertretern – einbinden. Sozialer Wohnungsbau oder Gebetsräume für Muslime sind weitere Themen, die wir aufgreifen können. Den zunehmenden Rechtspopulismus spüren wir auch in Rostock. Die AfD versucht, jeden Monat eine Demo zu organisieren – aber zu den Gegenveranstaltungen kommen viel mehr Menschen. Vergangenes Jahr war Björn Höcke da, ihn wollten rund 700 Leute sehen – und zur Gegendemo kamen mehr als 4000! Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg am 1. September werden ebenfalls ein wichtiges Thema sein.«

HUSUM

»ES WIRD BEI UNS POLITISCH BLEIBEN«

Die nördlichste Interkulturelle Woche findet in Nordfriesland statt. Dort gibt es in Husum, St. Peter Ording und Leck ein kleines, aber feines Programm. Koordiniert wird es von Urte Andresen von der Fachstelle Migration im Diakonischen Werk Husum und dem Bündnis »Fremde brauchen Freunde« in Kooperation mit der Flüchtlingsbeauftragten des Kirchenkreises, dem Integrationsbeauftragten des Kreises Nordfriesland und einigen anderen Organisationen.

»Die Interkulturelle Woche gibt es schon sehr lange in Husum. Ich kann gar nicht genau sagen, wann die erste Veranstaltung war. Ich glaube es war Mitte der 1990er Jahre. Es gibt hier seit 1992 das ›Bündnis Fremde brauchen Freunde‹, das die ersten Veranstaltungen organisiert hat und das immer noch der wesentliche Partner der IKW ist. Es gab mal größere, mal kleinere Interkulturelle Wochen, auch mal ein Jahr ohne, je nach Kapazität der einzelnen Mitglieder und Partner. Ich selbst bin seit 1992 in dem Bündnis aktiv, das anfangs sehr eng an ein Soziokulturelles Zentrum angebunden war. Andere Partner sind im Laufe der Zeit dazugekommen, haben auch mal gewechselt. Besonders froh sind wir aber über die Kooperation mit den Schulen im vergangenen Jahr, die wir gerne weiterführen möchten.

Besonders gut lief die Zusammenarbeit der vielen verschiedenen Akteure. Jeder der Partner hat bestimmte Kompetenzen und Möglichkeiten, die in der Entwicklung des Veranstaltungskonzeptes und dann auch in der Umsetzung eine gute Vielfalt und eine gewisse Reibungslosigkeit erzeugten. Dadurch entstanden unterschiedliche Veranstaltungsformate, und es wurden sehr verschiedene Themen aufgegriffen. Außerdem hatten wir einfach auch viel Spaß bei der Zusammenar-

Im Rahmen der IKW spendete eine Schule an das Projekt »Fremde brauchen Freunde«. Das freute auch Koordinatorin Urte Andresen (vorne, 3. von links) von der Fachstelle Migration im Diakonischen Werk Husum. Foto: Volkert Bandixen

beit. Verbesserungspotential liegt in der Werbung und der Berichterstattung über die Veranstaltungen. Die örtliche Presse ist zwar eingebunden, allerdings braucht es sicher auch Wege in die neuen Medien. Auch die Einbindung und Ansprache von jungen Menschen kann auf jeden Fall verbessert werden. Und ein bisschen Luft nach oben ist auch bei der Einbindung von Migrantinnen und Migranten nicht nur als Besucher.

»Nie hätte ich mir bei den ersten IKW-Veranstaltungen träumen lassen, dass ich in meinem Leben noch einmal so klar und massiv für Demokratie, Menschenrechte und die Einhaltung unseres Grundgesetzes eintreten muss.«

Für die Organisation und die Planung finde ich es wichtig, in einem Netzwerk zu arbeiten. Man sollte nicht zu viel wollen, lieber klein und fein als sich überfordern. Sinnvoll ist es auch, Menschen zu fragen, die sich im Veranstaltungsbereich etwas auskennen – denn man muss nicht das Rad neu erfinden! Und einer im Netzwerk sollte immer die Ruhe (und möglichst auch den Überblick) behalten.

Am meisten überrascht hat mich eine Veranstaltung, die wir mit dem Journalisten Christian Jakob in der gesamten Oberstufe eines Gymnasiums gemacht haben zum Thema ›Diktatoren als Türsteher Europas‹. Neben der Tatsache, dass es eher überraschend war, dass eine Schule sich auf so ein Thema einlässt, hat mich das Interesse der Jugendlichen, die über mehr als zwei Stunden voll bei der Sache waren und klug und vielschichtig diskutiert haben, sehr gefreut.

Neben der Möglichkeit zu Begegnung und Austausch haben wir ein großes Interesse an aktuellen Themen, zumal es immer wichtiger wird, Diskussionen anzustoßen und Haltung zu zeigen. Nie hätte ich mir bei den ersten IKW-Veranstaltungen träumen lassen, dass ich in meinem Leben noch einmal so klar und massiv für Demokratie, Menschenrechte und die Einhaltung unseres Grundgesetzes eintreten muss. Es wird bei uns politisch bleiben, denn der Zustand der Welt erfordert es mehr denn je.

Die wichtigen Themen für die IKW 2019 liegen meiner Meinung nach auf verschiedenen Ebenen. Rechtspopulismus mit all seinen schlimmen Auswüchsen ist sicher obenauf, aber damit eng verbunden ist die Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität. Für diese Themen sollte man ein Format suchen, das sich insbesondere an junge Menschen jedweder Nationalität wendet.«

»HEIMAT IST FÜR MICH DIE A42«

DIE JOURNALISTIN HATICE AKYÜN ERKLÄRT, WARUM ZWEI LEBENSWELTEN FÜR SIE EINE DOPPELTE CHANCE BEDEUTEN

Vor einiger Zeit wurde ich gefragt, was für mich Heimat bedeutet. Ich musste nicht lange überlegen, denn ich habe ein bestimmtes Bild vor Augen: Heimat ist für mich die A42, die durch Duisburg geht. Hochöfen, die in den Himmel ragen. Ich kenne die A42 in- und auswendig. Aber auch wenn ich zum millionsten Mal dort entlangfahre, berührt es mich – das ist Heimat.

Blick auf den Rhein und Duisburg: Links die Brücke der A42, rechts die »Haus-Knipp-Eisenbahnbrücke« und im Hintergrund die Industrieanlagen von Thyssenkrupp.
Foto: Arnoldius Lizenz CC

Mit Duisburg verbinde ich meine Kindheit, meine Jugend, und auch eine Zeit, in der ich noch keinen Migrationshintergrund hatte und einfach nur Hatice, der Mensch, war. Eines hat meine Stadt für mich immer einzigartig gemacht: Hier ist jeder Duisburger, ganz egal, woher er kommt oder woran er glaubt. Auch mein Deutsch lässt schon lange nicht mehr auf meine Herkunft schließen. Trotzdem fällt es mir schwer zu sagen: Ich bin Deutsche. Manchmal fühle ich mich monatelang kein einziges Mal türkisch. Erst wenn ich neue Menschen kennen lerne, die mich fragen, woher ich komme, reißen sie mich aus meiner deutschen Welt. »Aus Berlin«, antworte ich. »Nein, ursprünglich?« »Aus Duisburg«, sage ich. Und dann kommt immer diese eine Frage: »Nein, ich meine wo liegen Ihre Wurzeln?« Ich beende den Herkunftswirrwarr oft mit dem Satz: »Hatice. Ich bin Hatice aus Duisburg.«

Ich saß nie zwischen zwei Stühlen, steckte nicht zwischen zwei Kulturen fest, und schon gar nicht fühlte ich mich zerrissen oder auf der Suche nach meiner Identität. Wenn man mich früher gefragt hat, als was ich mich fühle, Deutsche oder Türkin, in welcher Sprache ich träume, Deutsch oder Türkisch, und wie viel Prozent an mir türkisch oder deutsch seien, kreisten die Gedanken in einer Endlosschleife in meinem Kopf, und ich bemühte mich, eine Antwort zu finden. Ich weiß sie bis heute nicht.

Zwei Lebenswelten bedeuten für mich eine doppelte Chance. Anderen Ursprungs zu sein ist faszinierend. Jemand, der zwei Kulturen in sich vereint, zwei Sprachen spricht und einen Lebenslauf mit Ecken und Kanten hat, kann viele Geschichten erzählen. So bin ich mal die deutsche, mal die türkische Botschafterin.

Deutschland lebt genau von den Unterschieden, den Unterscheidungen, den vielen Gegensätzen, der Vielfalt und den vielen zarten Pflanzen des Gemeinsinns, die auch im Schatten von Vorurteilen Wurzeln schlagen. Zugegeben, die Phänomene, die hier auftreten, gibt es woanders auch. Aber gerade in Berlin, wo ich jetzt lebe, sind sie präsenter, lauter, augenscheinlicher, geradezu aufdringlich. Vermut-

Ich freue mich auf eine Zukunft, in der mein Land weltoffen, tolerant, frei und sozial gerecht ist. Für alle!

Hatice Akyün moderierte bei der Vorbereitungstagung zur IKW 2019 in Berlin eine Diskussionsrunde.
Foto: ÖVA / Nils Bornemann

lich ist das auch ein Grund, warum Deutschland nach außen so offen sein kann, nach innen aber manchmal merkwürdig verschlossen wirkt.

»Zusammen leben. Zusammen wachsen« heißt der Leitsatz der diesjährigen Interkulturellen Woche. Ich bin froh, dass das Wort »Integration« nicht vorkommt. Was für eine Wohltat. Ein merkwürdiges Wort: Integration. Und dann kommt bei mir natürlich automatisch die Frage: Integriert in was und integriert wodurch und integriert womit? Das einfachste Muster, das sich andient, ist: Türkischstämmige Migrantin, Bildungsaufstieg, Journalistin, Autorin und sichtbarer Bestandteil der Gesellschaft, mit ein wenig Ehrenamt, wie Jurorin für Literatur- und Filmpreise und Kolumnistin des Tagesspiegels. Das beschreibt die eine, die offizielle Sicht.

Meine persönliche Sicht unterscheidet sich aber. Im Grunde meines Herzens bin ich so tief in der bundesrepublikanischen Normalität angekommen, dass ich regelmäßig erschrecke, mit wie vielem ich mich abgefunden habe, anstatt wie Brecht es sagte, kräftig aufzubegehren. Was mich vielleicht von Einigen unterscheidet ist, dass ich hautnah erlebe, wie sehr man sich dagegen wehren muss, nicht in eine Schublade gesteckt zu werden. In meinem Beruf ist es Alltag, dass ich mich damit auseinandersetzen muss, die Attribute und pauschalen Vorurteile von »denen« gegen »die« zu entkräften. Ich muss aufpassen, dem süßen Gift zu widerstehen, der Mehrheitsgesellschaft als Beispiel dafür zu dienen, warum ich etwas geschafft haben soll, was andere mit meiner Vergangenheit nicht geschafft haben. Oder mir als Muster der überangepassten Deutschtürkin den Ärger jener zuzuziehen, die sich anmaßen, bestimmen zu können, wie man seine Identität leben darf.

Und was ist eigentlich genau mit Integration gemeint? Weitaus einfacher wäre es für mich zu erklären, warum ich mich in Deutschland zuhause fühle. Und auch, warum ich manchmal Heimweh nach Duisburg habe. Also was bedeutet es, integriert zu sein? Und wodurch unterscheidet es sich davon, nicht integriert zu sein? Aber vor allem: Wer entscheidet über das Maß der Integration? Wenn soziale und gesellschaftliche Teilhabe damit gemeint ist, Chancen zu haben und sie auch wahrnehmen zu können, wenn man darunter versteht, Sozial- und Kulturtechniken zu beherrschen, die es einem ermöglichen. ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes und erfülltes Leben in der Gesellschaft zu führen, und wenn es bedeutet, gleiche Rechte und Pflichten zu haben und sie nicht nur erfüllen zu müssen, sondern auch reklamieren zu können, spätestens dann wird jedem klar, dass der Integrationsbegriff sich nicht nur auf Menschen mit dem seltsam technokratisch definierten Migrationshintergrund beschränkt, sondern viel, viel weiter greift.

Es mag sein, dass ich etwas privilegiert bin. Ich darf meine Eindrücke »senden« und »empfangen«. Wenn ich zum Beispiel eine Kolumne über den Unsinn der Herdprämie schreibe, bekomme ich Lesebriefe, ich solle doch zu dem Thema schweigen. Meine islamistischen Freunde wären doch Nutznießer dieser staatlichen Prämie. Wie können wir eigentlich die im gestrigen Verbliebenen in unsere Gesellschaft integrieren? Wir haben so viel Bedarf, jenseits von Herkunft, Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, Jugendlichen zur Sprachfähigkeit zu verhelfen, Minderheiten ernst zu nehmen und sie einzubinden. Wir haben genug Alte, die am Rande stehen und sich verschämt abwenden. Ihrer Lebensleistung in der Gesellschaft Geltung zu verschaffen und ihnen einen menschenwürdigen Lebensabend zu ermöglichen, auch das ist eine große, unsere Integrationsaufgabe.

Integration ist nur ein komplizierteres Wort für Zusammenleben. Und es ist kein statischer, sondern ein evolutionärer Begriff. Nichts ist irgendwann abschließend geregelt. Der Konsens in einer Gesellschaft wird nahezu täglich neu verhandelt. Und wer meint, irgendwann wäre ein Prozess unumkehrbar abgeschlossen, der irrt gewaltig. Obwohl ich bemüht bin, die Chancen nach vorne zu stellen, sage ich, der Weg ist noch weit. Und zur Erkenntnis gehört einzusehen, dass nicht ethnische Fragen im Vordergrund stehen, sondern die eigentliche: die soziale Frage. Wie wäre es also, aus dem Einwanderungsland Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft zu machen, die so attraktiv und chancenreich ist, dass für jeden etwas dabei ist. Und die einzig zulässige Frage an diejenigen, die kommen, sollte sein: Hilfst du mit?

Um sich dies einzugestehen, bedarf es einer großen Portion Mut und viel Gefühl. Denn das stößt sich an unseren statischen Begrif-

fen, wie Migrationshintergrund, Integration, hybride Existenzen oder Leitkultur. Es ist vielleicht was deutsches, Sachverhalte präzise und technisch abzubilden. Das übersieht aber, dass es um Menschen geht. In der technokratischen Debatte finden sich die Gefühle der Mehrheitsgesellschaft genauso wenig wieder, wie die persönliche Erfahrung des Nicht-Verstanden-Werdens, bis hin zur Ablehnung und Ausgrenzung.

Wenn gut ausgebildete Deutsche auf Grund ihres Nachnamens keine Stelle entsprechend ihrer Abschlüsse bekommen, geht das über die gedankenlose alltägliche Benachteiligung hinaus. Wenn sie dann in das fremde Land ihrer Vorfahren auswandern, machen sie das nicht, weil sie unbedingt ihr Heimatland verlassen wollen, sondern weil man ihnen hier die Integration verweigert. Wer sich um eine Wohnung bemüht, kämpft oft mit dem Zerrbild des Ausländers, wer seine Kinder auf eine weiterführende Schule schicken will, ist oft der Empfehlung der Lehrerinnen und Lehrer ausgeliefert, wer seine Religion ausüben will, fällt unter den Generalverdacht der Staatsferne.

Integration heißt für mich mitmachen, ohne sich aufzugeben; dazugehören ohne umzufallen; andere mit zu nehmen, ohne zu bevormunden und ankommen zu können, ohne seine Vergangenheit wegwerfen zu müssen. Aber das geht nur, wenn man wechselseitig Vertrauen fasst. Es ist die ehrliche Chance, in einer Gesellschaft aufgehen zu dürfen, die einen zwar fordern darf, aber jeden auch so annimmt, wie er ist, damit man seinen ganz persönlichen Platz finden kann.

Langsam, vielleicht zu langsam, färben wir aufeinander ab. Wir wachsen zusammen. Und mir wird nicht bange davor, ganz im Gegenteil. Ich freue mich auf eine Zukunft, in der mein Land weltoffen, tolerant, frei und sozial gerecht ist. Für alle!

Hatice Akyün ist als Journalistin, Schriftstellerin, Drehbuchautorin, Rednerin und Moderatorin tätig. Sie zählt seit Jahren zu den wichtigsten Impulsgeber*innen in der deutschen Integrationsdebatte. Mit ihren kritischen Reportagen unter anderem für Der Spiegel, Die Zeit, Der Tagesspiegel, taz, stern und Emma hat sie sich ein großes Renommee erworben. Seit 2005 hat Hatice Akyün drei Bücher veröffentlicht: »Einmal Hans mit scharfer Soße«, »Ali zum Dessert« und »Ich küss dich, Kismet«.

Kontakt: hatice@akyuen.de

VERSPROCHEN – GEBROCHEN

DIE PLURALE DEMOKRATIE HÄLT NICHT EIN, WAS SIE EINWANDERERN VERHEISST – DAS FÜHRT ZU PROBLEMEN, ERKLÄRT DIE SOZIALWISSENSCHAFTLERIN NAIKA FOROUTAN

STEFFEN BLATT

Wer hart arbeitet, der kommt voran. Bildung sorgt für sozialen Aufstieg. Alle werden gleich behandelt. Diese Versprechen gibt die plurale Demokratie ihren Bürgern, auch denen mit Migrationshintergrund – spätestens, seit mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes im Jahr 2000 auch offiziell anerkannt wurde, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Was aber passiert, wenn Staat und Gesellschaft diese Versprechen nicht einhalten? Dieser Frage widmete sich die Sozialwissenschaftlerin Prof. Dr. Naika Foroutan, die Leiterin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung, in ihrem Vortrag bei der Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche in Berlin.

Doch schon der Begriff »plurale Demokratie« trifft in der erhitzten Debatte der vergangenen Jahre auf Widerspruch, treten die Kritiker des bunten, des Multi-Kulti-Deutschland immer lauter auf – jene, die eine homogene Gesellschaft beschwören, die ihre »alte Bundesrepublik« wiederhaben wollen. Doch gab es dieses Deutschland je? Nein, sagt Foroutan. Denn die plurale Demokratie ist keine Erfindung von Gutmenschen in den vergangenen Jahrzehnten, vielmehr ist dieses Konzept schon sehr viel älter.

Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung der Geschlechter, Verbot der Diskriminierung aufgrund von Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft oder religiöser Anschauung sowie Glaubens- und Religionsfreiheit – all das findet sich bereits in den ersten vier Artikeln des Grundgesetzes der Bundesrepublik von 1949. Und als 100 Jahre zuvor in der Frankfurter Paulskirche die erste Verfassung für einen Deutschen Bundesstaat erarbeitet wurde, musste ein wahres Multi-Kulti-Gebilde unter einen Hut gebracht werden: Dutzende verschiedene Fürstentümer mit unterschiedlichen Herrschaftssystemen, Sprachen, Religionen. »Deutschland lag schon immer in der Mitte Europas. Wer auf Wanderschaft war, konnte nicht darüber hinwegfliegen«, sagt Foroutan. In den 1950er und 60er Jahren war die deutsche Gesellschaft tatsächlich homogener. Doch das war das Resultat der Barbarei des Dritten Reiches, der Verfolgung und Ermordung von Andersdenkenden und -gläubigen.

Und heute? Da haben 40 Prozent der Schulkinder Erfahrung mit einem multikulturellen Umfeld, in Städten wie Berlin, Hamburg oder Frankfurt sind es noch mehr. Fast jede dritte Familie besitzt ausländische Wurzeln, das heißt, es wurde ein Elternteil eingebürgert, ist Spätaussiedler oder hat eine andere Staatsangehörigkeit als die deutsche – und das sind Zahlen von 2013. Die plurale Gesellschaft ist Realität, und als das Instrument zur Umsetzung ihrer Versprechen gilt die Integration.

Erst seit den 1970er Jahren ist dieser Begriff stark an Migration gekoppelt, vorher wurde er viel breiter verwendet, erklärt Foroutan. Deut-

lich macht sie das, indem sie fragt, was denn »Desintegration« bedeutet. Häufige Antworten sind keine Arbeit, kein Zugang zu Kultureinrichtungen, schlechte Wohnverhältnisse, fehlende Verbundenheit zu Freunden und Nachbarn – und niemand wird bestreiten, dass die genannten Probleme für alle Menschen gelten, nicht nur für Migranten. Daher fordert die Sozialwissenschaftlerin: »Integration muss ausgeweitet werden auf alle, die Bedarf dafür haben.«

Und doch trifft strukturelle Benachteiligung häufig Menschen mit Migrationshintergrund. Dazu gibt es dutzende Studien, die bei ihrer Veröffentlichung meist ein großes mediales Echo erfahren, ohne dass sich danach Wesentliches ändert. So verschickten Forscher zum Beispiel 1500 fiktive Bewerbungen an Unternehmen. Die Informationen waren immer gleich, auch das Foto: Nur hieß die Bewerberin einmal Sandra Bauer und einmal Meryem Öztürk, und im dritten Fall trug sie zusätzlich ein Kopftuch. Das Ergebnis: Die Bewerberin mit typisch deutschem Namen wurde in 18,8 Prozent der Fälle zum Vorstellungsgespräch eingeladen, ihr Alter Ego mit türkischem Namen nur in 13,5 Prozent. Und mit Kopftuch gab es nur in 4,2 Prozent der Fälle eine positive Antwort.

Auch in der Schule gibt es offenbar Probleme mit der Gleichbehandlung. So benoteten Lehrer fiktive Diktate von »Max« besser als von »Murat« – obwohl die Texte identisch waren und die gleiche Anzahl von Fehlern enthielten. »Bei solchen Abweichungen in standardisierten Tests können wir schon von institutionellem Rassismus sprechen«, folgert Foroutan. Auch wurde festgestellt, dass Lehrer ab der ersten Klasse im Unterricht weniger Zeit für die Interaktion mit Kindern mit türkischem Migrationshintergrund aufbringen als mit Kindern ohne Migrationshintergrund. »Das führt dazu, dass die Schülerinnen und Schüler bis zur vierten Klasse tatsächlich schwächere Leistungen bringen und dann auch keine Gymnasialempfehlung erhalten.«

Naika Foroutan referierte bei der Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche in Berlin über »Das Versprechen der pluralen Demokratie«. Foto: ÖVA / Nils Bornemann

Kontakt:
bim.direktorium@hu-berlin.de

In einem Feldversuch hatte eine Forscherin des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) 1500 fiktive Bewerbungen an Unternehmen in Deutschland geschickt und die Rückmeldungen der Personalabteilungen analysiert. Das Ergebnis: Selbst hier aufgewachsene Bewerberinnen mit besten Deutschkenntnissen und deutscher Bildungs- und Ausbildungsbiografie werden erheblich benachteiligt, wenn sie einen türkisch klingenden Namen haben und noch dazu ein Bewerbungsfoto mit Kopftuch vorlegen.

Quelle: Weichselbaumer, Doris (2016): »Discrimination against Female Migrants Wearing Headscarves«, IZA Discussion Paper No. 10217. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn. S. 22.

»Bei solchen Abweichungen in standardisierten Tests können wir schon von institutionellem Rassismus sprechen.«

Und wenn sich der schulische Erfolg trotz aller Widrigkeiten doch einstellt: Dann haben ausgerechnet die Jugendlichen mit Abitur und Fachhochschulreife die schlechtesten Karten bei Bewerbungen – wenn sie einen türkischen oder arabischen Migrationshintergrund haben. Darum warnt Foroutan: »Wenn wir das Versprechen, dass Leistung zum Erfolg führt, weiterhin brechen, werden wir massive Probleme bekommen.«

Auch werden in Umfragen oft Teilhaberechte aberkannt. Zwar finden es fast 70 Prozent der Bevölkerung gut und legitim, wenn Muslime Forderungen stellen. Wird aber gezielter gefragt, würden 60 Prozent die religiöse Beschneidung verbieten, 50 Prozent das Kopftuch bei Lehrerinnen nicht erlauben und 40 Prozent den Moscheebau einschränken. Auch werden Muslime häufig aus dem »Wir« ausgeschlossen, mit dem dann auf Nachfrage oft »die Deutschen« gemeint waren.

Hinzu kommt eine mangelnde Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in vielen Bereichen, von sozialen Berufen über den öffentlichen Dienst, bis hin zu Parlamenten und der Besetzung von wichtigen Positionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Letzteres gilt auch für Ostdeutsche, die hier eine ähnliche Benachteilugung erfahren – das hat Foroutan in einer weiteren Studie herausgefunden.

Das Versprechen der pluralen Demokratie wird also nicht eingehalten – und das führt laut Foroutan bei allen, die sich dessen bewusst und gleichzeitig überzeugt sind, dass es eigentlich eingehalten werden müsste, zu einer »hochgradigen kognitiven Dissonanz«. Dabei können verschiedene Wahrnehmungen, Einstellungen oder Gefühle nicht in Übereinstimmung gebracht werden, das Ergebnis ist ein allgemein ungutes Gefühl, Stress und Druck. Wie bei Hunger oder Durst muss einer kognitiven Dissonanz abgeholfen werden, und das kann bei der Integrationsdebatte auf zwei Arten geschehen: durch den Einsatz von mehr Ressourcen oder durch die Absenkung der Normen.

»Wir sind gerade dabei, unsere Normen zu senken«, sagt Foroutan. Das heißt, das Gleichheitsversprechen wird als doch nicht mehr so essenziell wichtig bewertet, man ist gleichzeitig für Vielfalt, aber auch dagegen, wenn es um die Details geht. Es entsteht Angst vor Pluralität und die Sehnsucht nach einem vermeintlich besseren Gestern, die sich äußert in Forderungen wie »Die sollen weg, dann sind wir wieder wir.«

Zudem holen die Migranten auf, sie schaffen den Aufstieg, wollen zur Elite gehören und gleichberechtigte Partner werden. Damit treten sie in Konkurrenz zu etablierten Schichten der Bevölkerung, die ablehnend reagieren. Es entsteht ein Paradox: »Je stärker die Integration voranschreitet, desto härter werden die Diskurse.«

Was müsste also geschehen? Mehr Ressourcen einsetzen, anstatt die Normen abzusenken. Und wegkommen von der Fokussierung der Integration nur auf Migranten. Foroutan fasst das in der Abkürzung »ACTIV« zusammen: Die Ermöglichung von Anerkennung, Teilhabe und Chancengleichheit in Vielfaltsgesellschaften – und zwar egal, woher jemand kommt.

EU-BÜRGER UND WOHNUNGSLOS

IN DER WOHNUNGSNOTFALLHILFE ZEIGEN SICH DIE BAUMÄNGEL DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

JOHANNES BRANDSTÄTER

Die migrantisch geprägte Obdachlosigkeit in den großen Städten ist unübersehbar. Wer in Hamburg durch die Innenstadt läuft, trifft auf Leute ohne Obdach, die in Hauseingängen schlafen. In Berlin-Mitte ließ die rot-rot-grüne Stadtregierung Anfang 2019 in einer Grünanlage ein von osteuropäischen Obdachlosen errichtetes Zeltlager räumen, um hernach »acht Kubikmeter Unrat« zu beseitigen. In Dortmund und in anderen Städten treibt Wohnungslosigkeit EU-Eingewanderte in »Schrottimmobilien«.

Die Zahl der wohnungslosen Menschen betrug 2016 bundesweit etwa 860.000. Davon waren allein 440.000, also gut die Hälfte, anerkannte Flüchtlinge, die behelfsmäßig in den Gemeinschaftsunterkünften geduldet wurden. Weitere 50.000 oder sechs Prozent der Wohnungslosen sind EU-Bürgerinnen und -Bürger. Viele von ihnen leben auf der Straße. Vor allem in den Metropolen beträgt ihr Anteil an den Personen ohne jede Unterkunft bis zu 50 Prozent. Die »Straßenobdachlosigkeit« wird somit stark durch die EU-Binnenzuwanderung geprägt. Viele der Betroffenen sind von Wohnen, Arbeit, Gesundheit und Bildung gleichzeitig ausgeschlossen. Ihre Lebenssituationen sind sehr komplex und individuell verschieden.

Die Gesundheitsversorgung für Wohnsitz- und Erwerbslose aus EU-Staaten ist unzureichend. Sie sind ähnlich wie einheimische Wohnsitz-

lose überdurchschnittlich von seelischen und Suchtkrankheiten betroffen, doch es fehlen ambulante und intensive psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlungsmöglichkeiten.

Ein verschärfendes Risiko stellt die Schutzlosigkeit vor Gewalt und Diskriminierungen dar. Wer draußen schläft, körperliche Beeinträchtigungen hat oder psychisch krank ist, wird besonders leicht zum Opfer von Gewalt gegen Leib und Leben, sowohl durch andere Wohnungslose als auch durch andere Menschen aller sozialen Schichten – hier spielen menschenfeindliche und rassistische Motive eine wichtige Rolle. Nichtdeutsche Obdachlose dürften dabei besonders gefährdet sein.

Der Anteil nichtdeutscher Nutzender der Wohnungsnotfallhilfe stieg 2016 bis auf 30 Prozent an, vor allem aufgrund der vollständigen EU-Freizügigkeit 2014 und des »Flüchtlingsherbsts« 2015. In den sehr niederschwelligen Einrichtungen der großen Städte wird der Anteil sogar auf mehr als die Hälfte beziffert.

Die Wohnungsnotfallhilfe ist also zunehmend migrantisch geprägt. Der hohe Andrang konzentriert sich auf die ambulanten niederschwelligen Angebote, die mittlerweile zu mehr als der Hälfte von Eingewanderten nachgefragt werden. Die Notversorgung wird zu hohen Teilen von Zugewanderten aus Ost- und Südosteuropa aufgesucht, besonders die Winternotprogramme der Großstädte. In der Fachberatung fehlen Fremdsprachenkompetenzen und professionelle Dolmetschangebote bzw. die Mittel dafür. Der Zugang zu den weiterführenden gesetzlichen Regelangeboten ist dagegen weitgehend versperrt, da viele der nichtdeutschen Bedürftigen nicht über die sozialrechtlichen Anspruchsvoraussetzungen verfügen, so dass es dort weniger Engpässe gibt.

»Moderne Sklaverei«: Fallbeispiel aus Dortmund (Nordstadt)

Die Migrationsberatung der Diakonie berichtet von einer 2017 eingereisten rumänischen Familie mit vier Kindern in der Dortmunder Nordstadt, die in einen unentrinnbaren Teufelskreis der Armut geraten ist (das Fallbeispiel ist typisiert):

- **Wohnen:** Die Familie lebt ohne Mietvertrag überteuert in einer sogenannten »Schrottimmobilie«. Die Wohnung ist zu klein, hat Schimmelbefall, die Heizung funktioniert kaum und der Hauseigentümer ist unbekannt. Ohne Wohnungsgeberbescheinigung ist eine Anmeldung als Wohnsitz nicht möglich.
- **Arbeiten:** Ohne Wohnsitzanmeldung wird keine Steuernummer ausgegeben. Ohne Steuernummer ist weder der Abschluss eines regulären Arbeitsvertrags noch die Zahlung von Kindergeld möglich. Der Ehemann muss sich auf befristete und gering bezahlte Jobs einlassen. Die psychische und körperliche Belastung führt zur Krankheit.
- **Gesundheit:** Für eine Krankenversicherung ist kein Geld da. Die schwangere Ehefrau kann daher keine Vorsorgeuntersuchung wahrnehmen und die Geburtshilfe nicht bezahlen.
- **Sozialleistungen:** Der Antrag auf Arbeitslosengeld 2 wird abgelehnt, denn es liegt kein Arbeitnehmerstatus vor. Der Druck zur Annahme jeder Arbeit wird größer.
- **Rechtsschutz:** Da der Vermieter gleichzeitig Arbeitgeber ist, besteht ein extremes Abhängigkeitsverhältnis. Ein Anwalt kann nicht bezahlt werden. Die Bedrohung geht auch von den Mitbewohnern aus, die sich in ihrer Existenz bedroht fühlen, wenn dieses System durchbrochen wird. Es gibt kein Zeugenschutzprogramm für Arbeitsausbeutung.

Auswege: Ein Ansatzpunkt wäre, dass die Stadt bei der Einwohnermeldebehörde die Voraussetzung für eine Anmeldung schafft. Außerdem bedarf es einer gesetzlichen Regelung des Zugangs zu Sozialleistungen für diese Betroffenen.

Diskriminierungen

Die mediale Aufmerksamkeit ist für Geflüchtete höher als für die in prekären Verhältnissen lebenden EU-Staatsangehörigen. Vielleicht hat das damit zu tun, dass ost- und südost-

Menschen ohne Obdach werden häufig Opfer von Gewalt. In Dessau-Roßlau wird eines Mannes gedacht, der zu Tode geprügelt wurde.
Foto: Alexander Kolsch

europäische Zugezogene in der Bevölkerung auf viel weniger Akzeptanz stoßen als Geflüchtete, für deren Aufnahme und Eingliederung das freiwillige Engagement groß ist. Besonders Angehörige der südosteuropäischen Roma-Minderheiten sind in ihren Ländern Diskriminierungen oder sogar Verfolgungen ausgesetzt und damit de-facto Flüchtlinge – womit der Rassismus sie in Deutschland wieder einholt. Daran ändert auch nichts, dass in EU-Mitgliedstaaten und in den zu sicheren Herkunftsländern erklärten Balkanstaaten rechtlich kein Vorhandensein von Fluchtgründen angenommen wird. Rassistische Muster reichen bis in die Hilfestrukturen: In Berlin führte eine Tageseinrichtung für wohnungslose Menschen separate Öffnungstage für bedürftige Roma ein, was diese als stigmatisierend verstehen. Europäische Wohnungslose werden zuweilen auch als Roma diskriminiert, ohne dass sie es tatsächlich sind.

Europäische, gerade auch rumänische und bulgarische Zugezogene sind in der Regel erfolgreich darin, Erwerbsmöglichkeiten zu finden. Meistens finden sie aber nur gering entlohnte Tätigkeiten und haben keine Jobsicherheit. Sie gehören damit zu den am meisten »verletzlichen« Bevölkerungsgruppen. Eine Minderheit von zugezogenen EU-Staatsangehörigen findet gar keinen Job, oder nach einem Verlust keinen neuen mehr. Diese Menschen haben oft keine realistische Rückkehrperspektive. Solche Menschen wird es wahrscheinlich immer geben, ebenso wie unter den Einheimischen auch. Die Hilfsangebote zur Existenzsicherung dürfen gerade die Bedürftigsten nicht ausschließen.

»Teufelskreis der Armut«

Schaubild und Fallbeispiel: Antje Eichhorn, MBE Dortmund

Kommunale Aufgaben

Die Städte und Gemeinden müssen damit umgehen und ihre Aufgaben im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge erfüllen. Ihr Wille dazu ist aber oft, wenn es um die soziale Schattenseite der EU-Zuwanderung geht, nicht ausreichend erkennbar.

Vor fünf Jahren, zum 1. Januar 2014, trat die volle europäische Freizügigkeit für die beigetretenen Länder Rumänien und Bulgarien in Kraft. Seither treten kommunale Verantwortliche und Spitzenverbände als lautstarke Kritiker von Sozialleistungen für EU-Staatsangehörige auf, die zuweilen auch mit Missbrauchsunterstellungen verknüpft sind. Sie prangern zwar zu Recht die prekären Verhältnisse an, unter denen einige EU-Staatsangehörige in einigen Großstädten leben. Ihre Lösungsvorschläge sind jedoch nicht immer ganz sachgerecht. Sie gehen oft zu Lasten der Betroffenen, statt sie zu schützen. Im September 2018 forderte der Deutsche Städtetag eine Überprüfung des Kindergeldbezugs für im EU-Ausland lebende Kinder. Die Aussetzung des Kindergelds ist allerdings weder mit Europarecht vereinbar noch würde sie zu signifikanten Einsparungen führen.

Als eine der Ursachen für die prekäre Situation ist unter anderem die nicht überall umgesetzte Unterbringungsverpflichtung der Ordnungsbehörden und der Sozialämter anzusehen. Doch einige Kommunen lehnen für EU-Staatsangehörige eine Umsetzung ab, weil sie eine Sogwirkung befürchten. Eine solche Befürchtung mag für einzelne betroffene Großstädte wie Dortmund, Duisburg oder Gelsenkirchen berechtigt sein. Die Belastungen könnten aber durch einen überregionalen Ausgleich aufgefangen werden.

Johannes Brandstäter ist Diplom-Politologe, Grundsatzreferent Migration in der Diakonie Deutschland und Mitglied des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zur Interkulturellen Woche. Seine Eltern fanden einst als Kriegsflüchtlinge Obdach in Schleswig-Holstein.

Kontakt:
migration@diakonie.de

Foto: Andreas Langen

»ES WAR GUT, DASS WIR DURCHGEHALTEN HABEN.«

WIE LANDRAT GÖTZ ULRICH IM BURGENLANDKREIS DIE INTEGRATION ORGANISIERT – UND DEN RECHTSPOPULISTEN ENTGEGENTRITT

STEFFEN BLATT

Landrat Götz Ulrich bei einer Diskussionsrunde während der Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche.
Foto: ÖVA / Nils Bornemann

Es ist Frühjahr 2015, als Götz Ulrich mitten in einem Sturm steht. In Tröglitz, einer kleinen Gemeinde mit gut 2700 Einwohnerinnen und Einwohnern in Sachsen-Anhalt, gibt es ein Feuer in einem Gebäude, in dem rund 40 Geflüchtete untergebracht werden sollten – Brandstiftung. Ulrich, der Landrat des Burgenlandkreises, ist entsetzt, plädiert aber dafür, an der Unterbringung in Tröglitz festzuhalten. Er erhält Morddrohungen, die seine Familie einschließen – und macht sie öffentlich. Er steht unter Personenschutz.

Der Brandanschlag am 4. April 2015 ist der Höhepunkt einer Eskalation, die schon vorher begonnen hat. Seit die Pläne bekannt geworden sind, in Tröglitz Flüchtlinge unterzubringen, brodelt es in der Bevölkerung. Rechtsextreme organisieren »Spaziergänge« – Demonstrationen, zu denen auch Unterstützer »herangekarrt« werden. Als einer dieser Aufzüge vor dem Haus des ehrenamtlichen Ortsbürgermeisters Markus Nierth mit einer Kundgebung enden soll, tritt dieser zurück. Er hat zuvor öffentlich die Ängste der Bevölkerung thematisiert, aber gleichzeitig dazu aufgefordert, den Asylsuchenden »eine Chance« zu geben. Außerdem hat er Friedensgebete mitveranstaltet, die parallel zu den Demos der Rechten stattfinden.

Der Rücktritt macht bundesweit Schlagzeilen, die Politik ist schockiert und entsetzt, die Rechten marschieren weiter. Und Ulrich versucht, den Menschen ihre Ängste zu nehmen, organisiert Bürgerversammlungen – in jedem Ort im Kreis, in dem Asylsuchende untergebracht werden sollen – und versucht, mit Informationen durchzudringen. Dann brennt die Unterkunft.

»Das war eine schwierige Zeit, auch für meine Familie. Das wünsche ich niemandem«, sagt der CDU-Politiker heute. Aber auch: »Es war gut, dass wir durchgehalten haben.« Denn heute leben Asylsuchende in Tröglitz, einige Familien sind dort heimisch geworden. Die Politik ist nicht eingeknickt vor den Angstmachern und Brandstiftern. Und Ulrich macht wieder Bürgerversammlungen, in denselben Orten wie vor zwei, drei Jahren. »Die Situation hat sich deutlich entspannt«, beschreibt er seine Eindrücke. Offensichtlich ist das Abendland nicht untergegangen, weil ein paar Geflüchtete in den Burgenlandkreis kamen. Die Horrorszenarien der Populisten haben sich nicht erfüllt.

Mittlerweile steht Ulrich vor ganz anderen Problemen, zum Beispiel dem Rückbau oder der Abwicklung von ehemaligen Asylunterkünften, die nicht mehr gebraucht werden. Noch vor drei Jahren musste der Landkreis Immobilien anmieten, um Menschen unterzubringen – oft mit langer Vertragsdauer, um schnell an die Objekte zu kommen. Nun stehen sie leer und müssen »zurückgeführt werden«, wie Ulrich es ausdrückt. Gerade in kleinen Orten sollen ehemalige Unterkünfte nach und nach aufgelöst werden.

➔ **Info:** Einen Artikel über die Migrationsagentur im Burgenlandkreis lesen Sie auf www.interkulturellewoche.de

»Man muss lokale Unternehmen zu Wort kommen lassen, die erklären, wie nötig Zuwanderung ist. Gerade bei uns gibt es wunderbare Beispiele, wie sich Firmen um Integration bemühen.«

Denn es leben derzeit nur etwas mehr als 2000 Geflüchtete im Burgenlandkreis, das entspricht knapp 1,1 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im Februar 2016 waren es noch über 3000, auch nicht gerade eine »Welle« – doch das reichte den Angstmachern, das Gespenst einer »Flüchtlingskrise« an die Wand zu malen. Mit Erfolg: Bei den Landtagswahlen 2016 holte die AfD im Burgenlandkreis drei von vier Direktmandaten, trotz aller Bürgerversammlungen. Im Landesparlament ist sie die zweitstärkste Kraft. Dabei war die Zahl der Geflüchteten im Osten nie besonders hoch. »Die fünf Prozent haben wir nie überschritten«, so Ulrich.

Mit Blick auf die Landtagswahlen in den Nachbarbundesländern Brandenburg und Sachsen am 1. September sowie Thüringen am 27. Oktober geht Ulrich aber dennoch davon aus, dass die AfD auch dort stärker wird. »Ich hoffe nur, dass sie dann nicht das politische Zünglein an der Waage ist.« In Sachsen-Anhalt hat sie jedenfalls dafür gesorgt, dass CDU, SPD und Grüne eine Regierung bildeten – die deutschlandweit erste Kenia-Koalition auf Landesebene.

Was Ulrich macht, um den Populisten etwas entgegenzusetzen – und das empfiehlt er auch für Veranstaltungen der Interkulturellen Woche: über die Vorteile der Zuwanderung mit Blick auf den demografischen Wandel reden. »Man muss lokale Unternehmen zu Wort kommen lassen, die erklären, wie nötig Zuwanderung ist. Gerade bei uns gibt es wunderbare Beispiele, wie sich Firmen um Integration bemühen.« So hat der Kreis etwa spezielle Integrationsangebote für Geflüchtete, die noch Asylbewerberstatus haben. Rund 250 Unternehmen haben sich laut Ulrich gemeldet und engagieren sich in dem Programm. Rund 600 Asylsuchende hat der Kreis bisher so schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt ihres Verfahrens gefördert – etwa 200 von ihnen haben jetzt einen sozialversicherungspflichtigen Job, zirka 50 machen eine Berufsausbildung. Außerdem hat Ulrich eine Willkommensbehörde aufgebaut: die »Migrationsagentur«, in der alle Einrichtungen, die mit Integration oder der Gewährung von Leistungen für Zugewanderte zu tun haben, unter einem Dach vereint sind – eine ziemlich einmalige Institution.

Zuwanderung mit den Nöten der Wirtschaft rechtfertigen, das ist für Ulrich aber nur die zweite Ebene – wichtiger ist ihm das Gebot der christlichen Nächstenliebe, um die Aufnahme zu begründen. Denn der Landrat gehört selbst zu einer Minderheit in den neuen Bundesländern, den konfessionell gebundenen Menschen. Sie stellen im Burgenlandkreis in manchen Gegenden nur zehn Prozent der Bevölkerung – und doch sind es gerade die christlich geprägten Kreise, die sich für die Integration von Geflüchteten engagieren. »Ohne die Kirchen hätten wir die Flüchtlingskrise nicht bewältigt«, sagt der Landrat in der Rückschau. So habe es fast keine Bürgerversammlung gegeben, in der nicht ein Pfarrer in irgendeiner Form involviert gewesen sei. Und auch persönlich hat Ulrich seelsorgerische Hilfe in Anspruch genommen – damals im Frühjahr 2015, als er mitten in einem Sturm stand.

»DIE AUSLÄNDER MACHEN DIE DRECKSARBEIT«

ZWEI BERATUNGSPROJEKTE KÖNNEN DEN BETROFFENEN HELFEN – AG-BERICHT VON DER VORBEREITUNGSTAGUNG ZUR INTERKULTURELLEN WOCHE

GÜLSAH TUNALI UND JOCHEN EMPEN

Deutschland hat ein Rekordtief, was die Arbeitslosenquote anbelangt. Auch Geflüchtete finden immer häufiger den Weg in die sozialversicherungspflichtigen Jobs. Eine zunächst einmal erfreuliche Nachricht, die aber auch ihre Schattenseiten hat. Denn es wird deutlich, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt von Drittstaatangehörigen massive Probleme für unsere Gesellschaft darstellen.

Die Diskriminierungen, die Betroffene erleben, wirken im Arbeitsmarkt, im Bildungsbereich sowie in betrieblichen wie öffentlichen Institutionen und tragen so zu einer Prekarisierung bei. Erfahrungen aus der Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung im Projekt »IQ NRW Anerkennungsberatung in den Arbeitsverwaltungen« und der Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Fragestellungen im Projekt »Faire Integration« zeigen, wie Geflüchtete von struktureller oder individueller Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind. Im Rahmen der Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche in Berlin wurden in der Arbeitsgruppe »Die Ausländer machen die Drecksarbeit – Strukturelle Diskriminierung und Ausbeutung in der Arbeitswelt« den Teilnehmenden Beratungsfälle aus der Praxis der beiden Projekte nähergebracht. Darüber hinaus hatten sie die Möglichkeit, eigene Erfahrungen aus ihrem jeweiligen Arbeitskontext einzubringen.

»Schon in der Vergangenheit zeigte sich in Deutschland, dass besonders die sogenannte Gastarbeitergeneration von struktureller Diskriminierung betroffen war.«

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zweiter Klasse?

Studien zeigen, dass Geflüchtete häufig im Niedriglohnbereich arbeiten und durchschnittlich deutlich weniger verdienen als andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland[1]. Auffällig häufig finden Geflüchtete in der Leiharbeit Anstellung, was durch die Vermittlungspraxis der Arbeitsverwaltung befördert wird. Mit der Anstellung als Leiharbeiterin oder Leiharbeiter geht häufig eine Schlechterstellung zur Stammbelegschaft im Einsatzbetrieb einher. Zudem werden gerade Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern häufig Rechte vorenthalten, wie Erfahrungen aus der Beratung zeigen. Zum Beispiel werden auftragsfreie Zeiten nicht bezahlt, wodurch die Löhne der Betroffenen teilweise extrem gedrückt werden. Problematisch ist diese Art der Beschäftigung auch unter integrationsspezifischen Aspekten. Vorübergehende Einsätze in verschiedenen Betrieben machen eine gesellschaftliche Integration über die Arbeit im Betrieb kaum möglich.

Ausnutzen von Orientierungslosigkeit

Sprachliche Kenntnisse und Wissen über die Regelungen und Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis sind essentiell, um sich vor Benachteiligung und Ausbeutung zu schützen. Aus der Beratung wissen wir, wie das Fehlen dieser Kenntnisse ausgenutzt wird. So melden sich häufig Ratsuchende, die zum Unterschreiben von Unterlagen gedrängt wurden, die sie nicht verstanden haben. Das klassische Beispiel ist der sogenannte Aufhebungsvertrag, mit dem beide Seiten unterschreiben, dass das Arbeitsverhältnis zu einem bestimmten Zeitpunkt beendet wird. In der Konsequenz sind Betroffene nicht selten von einem Tag auf den anderen ohne Job und verlieren Lohnansprüche. Aufgrund der »selbstverschuldeten« Arbeitslosigkeit droht ihnen zudem eine Sperre beim Arbeitslosengeld.

Die Beispiele und Erfahrungen aus den beiden Projekten zeigen, dass dem entgegengewirkt werden kann durch das Aufzeigen der rechtlichen Handhabe sowie der Möglichkeiten zur Qualifizierung und Anerkennung von Abschlüssen und Kompetenzen. Schon in der Vergangenheit zeigte sich in Deutschland, dass besonders die sogenannte Gastarbeitergeneration von struktureller Diskriminierung betroffen war. Fehlende Anerkennungsverfahren für vorhandene Abschlüsse und Kompetenzen, ebenso wie nicht vorhandene Angebote im Bereich der schulischen und beruflichen Ausbildung führten dazu, dass eine Dequalifizierung und Herabstufung der Kompetenzen ausbeuterische und schlechte Arbeitsbedingungen zur Folge hatte. Die Erfahrungen zeigen, dass sich etwas wiederholt, was nicht sein darf.

Die Beratungsstellen **Faire Integration** sowie das Projekt **Support Faire Integration** werden im Rahmen des Förderprogramms »**Integration durch Qualifizierung (IQ)**« mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert.

➔ **Mehr zu den Beratungsstellen auf** www.faire-integration.de

Gemeinsam dafür zu sensibilisieren, dass Betriebe, Arbeitsverwaltungen und Bildung dem mit Nachdruck entgegenwirken ist unser gewerkschaftliches Ziel. Was an dieser Stelle passieren muss, ist die Sensibilisierung von Betrieben und Interessensvertretungen eine Anerkennungskultur zu leben, in der die Wertschätzung von informell und non-formal erworbenen Kompetenzen ebenso eine wichtige Rolle spielt wie alle anderen Interessen der Arbeitnehmenden. Gleichzeitig müssen Geflüchtete über ihre Rechte im Arbeitsleben informiert werden, damit sie sich gegen Ausbeutung und Benachteiligung wehren können. Bei der Durchsetzung ihrer Rechte brauchen sie Unterstützung.

Diese Erkenntnis aus der Arbeitsgruppe tragen die Teilnehmenden mit in ihre Vorbereitungen der Durchführung der Interkulturellen Woche in den jeweiligen Regionen und Städten beispielsweise durch das Aufgreifen der Thematik des Anerkennungsverfahrens oder der Zusammenarbeit mit Beratungsstellen.

Gülsah Tunali leitet seit 2016 das Projekt »IQ NRW Anerkennungsberatung in den Arbeitsverwaltungen« im DGB Bildungswerk BUND in Düsseldorf. Sie ist Islamwissenschaftlerin und Leiterin des Kompetenzzentrums Kulturelle Vielfalt.

➔ **Kontakt:**
guelsah.tunali@dgb-bildungswerk.de

Foto: C. Kniel/DGB Bildungswerk e.V.

Jochen Empen leitet seit 2018 das Projekt »Support Faire Integration« im DGB Bildungswerk BUND mit Sitz in Berlin. Er hat Soziologie und Sozialpolitik studiert.

➔ **Kontakt:**
jochen.empen@dgb-bildungswerk.de

Foto: C. Kniel/DGB Bildungswerk e.V.

1 IAB 2019: Zweite Welle der IAB-BAMF-SOEP-Befragung. Geflüchtete machen Fortschritte bei Sprache und Beschäftigung. IAB-Kurzbericht 3/2019. Zum Download unter: http://doku.iab.de/kurzber/2019/kb0319.pdf

EINSEITIGE DEBATTEN

WIE SICH DIE ABLEHNUNG VON ROMA IN DER DEUTSCHEN DISKUSSION ÜBER ZUWANDERUNG LEGITIMIERT

VASILE MARIAN LUCA

*In den medialen Diskursen in Deutschland über Flucht und Migration tritt häufig eine Ablehnung zutage, die Einwander*innen aus Südosteuropa und insbesondere eingewanderte Roma trifft. Die desaströse Wohn- und Lebenssituation von Menschen in sozialer Notlage wird dabei zum Ausgangspunkt eines Abwertungsdiskurses, der sich gegen Migrant*innen im Allgemeinen und Angehörige der Minderheit der Roma im Besonderen richtet.*

In Deutschland wird insbesondere die Debatte um eine sogenannte »Armutszuwanderung« mit Vorurteilen gegen Roma geführt. Die Beweggründe für Migration werden als illegitim und untragbar dargestellt. Politiker*innen sprechen von »Sozialtourismus« oder hetzen mit Parolen wie »Wer betrügt, der fliegt«. Diese Debatte wird auf dem Rücken von Menschen ausgetragen, die hier zum Teil in extremer Armut, in Obdachlosenunterkünften oder überfüllten Wohnungen leben. Statt allerdings auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse hinzuarbeiten, ist sie von einseitigen und verkürzten Fehldarstellungen geprägt.

»Statt Hetze und Migrationsbarrieren benötigt Deutschland eine konsequente politische Strategie.«

Ein Beispiel dafür sind die Äußerungen des Duisburger Oberbürgermeisters Sören Link (SPD) im August 2018. Er brachte die soziale Problemlage der Roma mit vermeintlich von ihnen verursachten »Müllbergen, Lärm und Rattenbefall« in Verbindung. Formulierungen, die in der Bevölkerung bereits vorhandene stereotype Vorstellungen verstärken. Angesichts der prekären Situation in manchen Wohnhäusern besteht sicher Handlungsbedarf, jedoch präsentiert der SPD-Politiker Link keinerlei Handlungsempfehlungen, um diese Fragen politisch anzugehen.

Die Hervorhebung der ethnischen Komponente der Minderheit der Roma im Zusammenhang mit desaströsen Wohn- und Lebensverhältnissen folgt einer spezifischen Logik der Ablehnung. Es ist der Versuch, die Ausgrenzung und Verdrängung von Roma aus unserer Gesellschaft ethnisch zu begründen und zu legitimieren – so wie es auch in der Vergangenheit schon geschehen ist. Diese Diskussion wird aufgrund des Aufstiegs rechtspopulistischer Parteien und des Euroskeptizismus zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt angestoßen.

Statt Hetze und Migrationsbarrieren benötigt Deutschland eine konsequente politische Strategie, die auch die Erfahrungen historischer und aktueller Diskriminierung in den Blick nimmt. Die Geschichte der Verfolgung der Roma in Rumänien beispielsweise reicht in einen der Öffentlichkeit kaum bekannten Teil der Geschichte Europas zurück. Über 500 Jahre wurden Roma in den rumänischen Fürstentümern Moldau und Walachei versklavt. Ein weiteres historisches Ereignis, das jenseits der Minderheit bis heute nur am Rande wahrgenommen wird, ist die Verfolgung der Roma zur Zeit des Zweiten Weltkrieges. Die kommunistische Assimilationspolitik hinterließ ihre Spuren ebenso wie die Umbrüche von der Wende bis zur Europäisierung.

Leider wird die Armut der Menschen gegenwärtig zur politischen Agenda von Populismus, gewaltbereitem Rassismus und offenem Hass – insbesondere auch in den sozialen Medien. Darum ist es notwendig, von der Ethnisierung sozialer Probleme abzulassen, um die damit verbundene Diskriminierung der Roma zu beenden. In Zeiten eines wachsenden Populismus und zunehmender Ablehnung der europäischen Idee erweist sich der Schutz der Menschenrechte und die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller als unerlässlich für das friedvolle Zusammenleben und die Bewahrung der Demokratie.

Foto: privat

Vasile Marian Luca (geb. in Rumänien) erwarb seinen Master-Abschluss im Studiengang »Osteuropastudien/Politik und Verwaltung« an der Universität Konstanz. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf der internationalen und der europäischen Gesetzgebung im Bereich Menschenrechte, Antirassismus und Gleichbehandlung sowie deren Umsetzung auf nationaler und kommunaler Ebene in den EU-Mitgliedsstaaten in Bezug auf die Minderheit der Roma.

Kontakt:
vasile.marian.luca@googlemail.com

Dieser Artikel ist eine gekürzte, leicht veränderte Version des Originaltextes:
Vasile Marian Luca: Einseitige Debatten. Wie sich die Ablehnung von Roma in der deutschen Diskussion über Zuwanderung legitimiert, in: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (Hrsg.): »Wir wollten unsere Zukunft nicht versäumen.« Geschichten von Romnja aus Rumänien, Berlin 2018.

Die Publikation »Wir wollten unsere Zukunft nicht versäumen.« Geschichten von Romnja aus Rumänien bietet eine biografisch orientierte Auseinandersetzung mit dem historischen und aktuellen Rassismus, der sich gegen die Roma-Minderheit richtet. Hintergrundtexte von Expert*innen erläutern die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge der Biografien und setzen sich mit den Themen Geschichte, Rassismus und Migration auseinander.

➔ Die Broschüre ist kostenfrei über Aktion Sühnezeichen Friedensdienste erhältlich. E-Mail: infobuero@asf-ev.de, Tel. 030 / 28 39 5 184.

Das Projekt wurde im Bundesprogramm »Demokratie leben!« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

DAS CHAMÄLEON ANTISEMITISMUS

ANFEINDUNGEN GEGEN JÜDINNEN UND JUDEN NEHMEN WIEDER ZU – DARIN NUR EIN »MIGRANTENPROBLEM« ZU SEHEN, GREIFT VIEL ZU KURZ

YASEMIN EL-MENOUAR

Deutschland ist heute eine moderne Vielfaltsgesellschaft, die sich zu ihrer historischen Verantwortung bekennt und das Recht auf Religionsfreiheit garantiert. So konnten sich vielfältige jüdische Lebenswelten entwickeln, die in der Gesellschaft ihren festen Platz gefunden haben. In den vergangenen Jahren erlebten Juden aber auch in Deutschland wieder vermehrt offene Anfeindungen und Angriffe. Laut einer Studie der EU-Grundrechteagentur haben 41 Prozent der in Deutschland befragten Jüdinnen und Juden in den vergangenen zwölf Monaten antisemitische Anfeindungen erfahren. Die Dunkelziffer antisemitischer Übergriffe jenseits der amtlich erfassten Straftaten ist hoch. Die Angst der jüdischen Gemeinden vor Übergriffen und gesellschaftlicher Ausgrenzung wächst.

Der neu aufkeimende Antisemitismus hat unterschiedliche Erscheinungsformen. Neben dem fest verwurzelten antisemitischen Gedankengut, das an den rechten Rändern der Gesellschaft immer offener verbreitet wird und in alle Bevölkerungsschichten fortwirkt, hat derzeit auch der auf Israel fokussierte Antisemitismus Konjunktur. Dabei tritt der Staat Israel an die Stelle der Juden als Kollektiv, sozusagen als Legitimierung antisemitischer Einstellungen. Es sei typisch für den Antisemitismus, dass er sich »chamäleongleich den jeweiligen Zeitläufen anpasst«, sagt Juliane Wetzel vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin. Daneben stehen die verschiedenen Facetten des Antisemitismus von Eingewanderten im Fokus.

Wer aber behauptet, der Antisemitismus sei hierzulande längst überwunden und gehe nur noch auf Flüchtlinge und Muslime zurück, versucht nur, sich selbst zu entlasten. Solche kategorisierenden Zuschreibungen dienen der Abwehr. Umgekehrt spielt eine »De-Thematisierung« des Antisemitismus unter Muslimen den Rechtspopulisten in die Hände, warnt Saba-Nur Cheema, pädagogische Leiterin der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main. Der Antisemitismus kennt verschiedene Herkünfte, und der Nahostkonflikt ist ein Anknüpfungspunkt. Entscheidend sei es, so Cheema, die Verflechtungen und Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Artikulationsformen des Antisemitismus in den Blick zu nehmen.

© Thomas Plaßmann

»Der Antisemitismus ist ebenso wenig ein ›Migrantenproblem‹ wie er auch kein bloß ›jüdisches Problem‹ ist.«

Der Antisemitismus ist ebenso wenig ein »Migrantenproblem« wie er auch kein bloß »jüdisches Problem« ist. Wir müssen den Antisemitismus als ein Problem begreifen, das die Grundlagen unserer Gesellschaft bedroht. Der moderne Antisemitismus verbindet auf gefährliche Weise tradierte Judenfeindlichkeit mit pseudo-wissenschaftlichem Rassismus zu einem Verschwörungsglauben. Dieser richtet sich zunächst gegen die Juden, weitet sich aber auf andere ethnische und religiöse Minderheiten und letztlich auf alle Demokraten, auf Justiz und Medien aus, die bezichtigt werden, Teil einer »jüdischen Weltverschwörung« zu sein.

Antisemitismus ist eine gefährliche Form der Menschenfeindlichkeit. Und deshalb ist es wichtig, antisemitische Stereotype frühzeitig zu erkennen. Wir brauchen nicht nur eine bessere Erfassung antisemitischer Vorfälle, sondern auch eine erhöhte Sensibilität im Alltag. Durch ein »Klima der Verrohung« würden sich heute mehr Leute trauen, antisemitische Positionen im Internet und auf der Straße zu äußern, sagt Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. Klein stellt fest: »Die Hemmschwelle ist gesunken.« Die Folge ist auch eine Gewöhnung an antisemitische Äußerungen, die als solche nicht mehr erkannt werden.

Umso wichtiger ist es deshalb, Antisemitismus nicht zu relativieren, sondern deutlich sichtbar zu machen. Nur so können wir unsere gesellschaftlichen Werte gegen antisemitische Verschwörungsmythen verteidigen. Dazu braucht es Gegennarrative und Initiativen, die ein Zeichen für unsere Werte setzen und alle Bevölkerungsgruppen – über Herkunft und Religion hinweg – beteiligen. Die Freiheit des Glaubens ist im Grundgesetz als unverletzlich definiert. Diese Freiheit zu verteidigen, ist die Aufgabe eines jeden von uns.

Dr. Yasemin El-Menouar
ist Senior Expert bei der Bertelsmann Stiftung und leitet dort das Projekt »Religionsmonitor«.

Kontakt:
yasemin.el-menouar@bertelsmann-stiftung.de

Foto: Steffen Krinke

»KOMMUNIKATION IST DER SCHLÜSSEL«

IN OSTDEUTSCHLAND GIBT ES VIELE JUNGE MUSLIMISCHE GEMEINDEN – DER POLITIKWISSENSCHAFTLER TIMON PERABO HAT IHRE BEDÜRFNISSE UNTERSUCHT

STEFFEN BLATT

Musliminnen und Muslime leben bereits seit 60 Jahren in Deutschland und sind längst Teil der deutschen Gesellschaft. Besonders durch den Zuzug von Geflüchteten seit 2015 sind Muslime auch in ländlichen Regionen Ostdeutschlands präsenter geworden. Und so stellen sich auch dort Fragen der Teilhabe und des Zusammenlebens in der Kommune. Welche das sind und wie Verwaltungen sie angehen können, hat der Politikwissenschaftler Timon Perabo in einem Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Robert Bosch Stiftung untersucht. Dazu hat er 13 Kommunen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen näher betrachtet.

»Es gibt viele Orte, in denen sich erst in den vergangenen Jahren muslimische Gemeinden gegründet haben. In den Verwaltungen gibt es in diesem Feld noch nicht viele Erfahrungen, und dementsprechend herrscht eine gewisse Unsicherheit«, sagt Perabo. Er hat festgestellt, dass die neuen muslimischen Gemeinden in den ostdeutschen Bundesländern jünger, kleiner und überwiegend anders organisiert sind als im Westen der Republik. Vor allem sind sie meist nicht an die großen Dachorganisationen gebunden.

An erster Stelle bei neuen Gemeinden steht laut Perabo in den meisten Fällen der Wunsch nach einem Raum zum Beten und als Treffpunkt – gerade in ländlichen Gebieten, wo die Gläubigen ansonsten in die nächste größere Stadt fahren müssten. »Schon da gibt es oft große Hürden, weil private Vermieter sich weigern, Räume für Gebet und Zusammenkunft an Muslime zu vermieten«, so Perabo. Auch haben es die Gemeinden häufig schwer, einen ausgebildeten Imam zu finden – entweder, weil es schlicht keine gibt oder weil man sie nicht bezahlen kann. Und schließlich haben die Gemeinden mit Muslimfeindlichkeit zu kämpfen. »Hier wurde von Beschimpfungen und tätlichen Angriffen berichtet. Es ging sogar so weit, dass Ärzte die Behandlung von Muslimen verweigert haben.«

Hier sieht Perabo Kommunen und Landkreise in der Pflicht: »Sie müssen Muslimfeindlichkeit entgegentreten. Zudem können sie sich öffentlich zu Teilhabe und zum Recht auf freie Religionsausübung bekennen und auch danach handeln.« Ganz praktisch könnten Kommunen direkt Räume an muslimische Gemeinden vermieten und sie dabei unterstützen, eine juristische und organisatorische Form zu finden, etwa als Verein. Und man müsse den Muslimen signalisieren, dass sie dazugehören, sie einladen zum Dialog und zum Mitmachen. »Man muss schauen, wo sich muslimische Gemeinden im kommunalen Leben einbringen können, zum Beispiel durch Jugendarbeit.« Kommunikation zwischen den Muslimen, den Verwaltungen und der Zivilgesellschaft ist laut Perabo der Schlüssel für ein gutes Zusammenleben. »Hier kann auch die Interkulturelle Woche einen Beitrag leisten, indem sie niederschwellige Begegnungsangebote macht. Es ist sicher auch sinnvoll, die muslimische Gemeinde vor Ort in die Vorbereitung der IKW einzubinden – wenn sie das organisatorisch schon leisten kann«, so der Politikwissenschaftler.

Das Gutachten »Musliminnen und Muslime in ländlichen Räumen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Wie kann Verwaltung neue Aufgaben gut meistern?« basiert auf den Ergebnissen einer Veranstaltungsreihe der Deutschen Kinder-und Jugendstiftung und der Robert Bosch Stiftung 2017/18 mit Verwaltungen von 13 Kommunen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Es nahmen daran Vertreter*innen muslimischer Gemeinden, der Verwaltung, der Politik und der Wissenschaft teil. Gemeinsam wurden Strategien für das Zusammenleben vor Ort entwickelt. Zudem wurden vertiefende Interviews mit einigen Teilnehmenden des Forums geführt.

Das Gutachten basiert auf den Ergebnissen einer Veranstaltungsreihe der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Robert Bosch Stiftung 2017/18 mit Verwaltungen von 13 Kommunen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Es nahmen daran Vertreter*innen muslimischer Gemeinden, der Verwaltung, der Politik und der Wissenschaft teil. Gemeinsam wurden Strategien für das Zusammenleben vor Ort entwickelt. Zudem wurden vertiefende Interviews mit einigen Teilnehmenden des Forums geführt.

Der Autor: Timon Perabo ist Senior-Berater bei Ramboll Management Consulting. Zuvor begleitete er als Programmleiter für die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung Kommunen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen dabei, Strategien für Integration und Teilhabe von Geflüchteten zu entwickeln und umzusetzen. Er ist Mitglied des Berliner Instituts für empirische Integrations-und Migrationsforschung und wirkt im kommunalen Qualitätszirkel für Integrationspolitik mit.

➔ Das Gutachten kann hier heruntergeladen werden: tinyurl.com/StudieMuslime

»Man muss schauen, wo sich muslimische Gemeinden im kommunalen Leben einbringen können, zum Beispiel durch Jugendarbeit.«

Foto: shutterstock/ThomBal

Das wird etwa aus dem Landkreis Bautzen bestätigt: »Die IKW ist DIE Veranstaltung zur Begegnung aller Kulturen untereinander und insbesondere mit der Aufnahmegesellschaft. Diese Begegnung wird durch die IKW befördert und gestärkt. Sie leistet ihren Beitrag zur Integration durch Angebote des Miteinanders, gezielte Informationen über unterschiedliche Religionen für Einheimische, durch Veranstaltungen gemeinsam mit Flüchtlingen«, heißt es aus dem Landratsamt. Zudem ist Landrat Michael Harig Schirmherr der Interkulturellen Woche. Und in der Stadt Bautzen, die auch von Perabo untersucht worden ist, unterstützt das aus Bundesmitteln finanzierte »House of Resources« Migrant*innen bei der Gründung von Selbstorganisationen. Auch die Stadt schießt Geld zu, etwa für einen Sprachmittlerpool.

Dabei hat Bautzen nicht gerade das beste Image, wenn es um das friedliche Zusammenleben mit Zugewanderten geht: Im März 2016 brannte ein ehemaliges Hotel, in dem eine Asylbewerberunterkunft eingerichtet werden sollte, Aufmärsche von Rechten sind keine Seltenheit in der Stadt, auch Hetzjagden auf Flüchtlinge gab es schon. Bei der Bundestagswahl 2017 holte der Kandidat der AfD das Direktmandat. Das weiß auch SPD-Oberbürgermeister Alexander Ahrens, der sich gegen das Stigma der »braunen Stadt« wehrt und die Erfolge der vergangenen zehn Jahre herausstellt: Arbeitslosigkeit halbiert auf unter zehn Prozent, keine Schulden, sanierte Schulen, beliebtes Ziel für Touristen. Und sagt: »Viele Menschen in der Region haben Ängste beim Thema Zuwanderung. Das muss man ernst nehmen und geduldig daran arbeiten und zeigen, dass in der Zuwanderung eben auch Chancen liegen.«

DEUTSCHLAND IST NICHT GESPALTEN

DAS ZEIGT EINE STUDIE DER BERTELSMANN STIFTUNG: GROSSE ÜBEREINSTIMMUNG BEI DEN GRUNDREGELN DES ZUSAMMENLEBENS

ORKAN KÖSEMEN

Migration ist ein Dauerthema in der öffentlichen Debatte, die in den letzten Jahren immer härter ausgefochten wurde. Gleichzeitig ist die deutsche Gesellschaft vielfältiger als je zuvor, in urbanen Zentren ist Vielfalt längst Normalität. Mit der neuen Vielfalt steigt aber auch die Zahl der Bedürfnisse und Akteure in der gesellschaftlichen Interessenaushandlung. Diese Interessenkonflikte sind ein normaler Teil von Demokratien, solange sie nach fairen Regeln ausgehandelt werden und durch eine Bereitschaft in der Bevölkerung begleitet werden, sich in die Gesellschaft einzubringen. In diesem Zusammenhang steht Bürgersinn für Orientierungen, Einstellungen und Verhaltensweisen in Bezug auf Staat, Gesellschaft und Mitmenschen, die ein Gemeinwesen ermöglichen. Kurz: das Verständnis für die Regeln des Zusammenlebens.

Aber wie steht es um den Bürgersinn in Deutschland? Unabhängig von Herkunft oder Staatsbürgerschaft haben die Einwohner Deutschlands gemein, dass sie hier zusammen leben, zur Schule gehen, arbeiten und dieses Land als ihren Lebensmittelpunkt betrachten. Gerade in Einwanderungsgesellschaften, in denen sich historisch gewachsene Bezugspunkte lockern und an Bindungskraft verlieren, sind universelle Identifikationsangebote ebenso relevant wie eine ähnliche Vorstellung von Bürgersinn bei »Einheimischen« und Einwanderern. Hierzu hat Kantar Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durchgeführt, in deren Mittelpunkt die Frage stand, was einen »guten Bürger« ausmacht. Der »gute Bürger« steht stellvertretend für den Bürgersinn und ist eine positive Assoziation für ein funktionierendes Zusammenleben. In der Umfrage haben die Befragten eine Auswahl von 15 Merkmalen dahingehend beurteilt, wie wichtig diese für einen »guten Bürger« sind. Die Ergebnisse sollen zeigen, was die in Deutschland lebende Bevölkerung – in all ihrer Vielfalt – unter dem Bürgersinn versteht und ob es hierbei systematische Unterschiede gibt.

Das Ergebnis ist positiv: Trotz der gesellschaftlichen Vielfalt in Deutschland ist die Bevölkerung in grundlegenden Fragen des Zusammenlebens nicht gespalten. So bewerteten mindestens 90 Prozent aller Befragten 11 der 15 abgefragten Merkmale als wichtig oder sehr wichtig. Die höchste Zustimmung erhielten »Gesetze befolgen«, »Respekt vor älteren Menschen zeigen« und »eigenverantwortlich

Foto: shutterstock/Arthimedes

Die Grundlage der Studie »Bürgersinn in der Einwanderungsgesellschaft – Was Menschen in Deutschland unter einem guten Bürger verstehen« ist eine repräsentative Befragung der Bevölkerung (ab 14 Jahren), die Kantar Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung im Juli/August 2018 bundesweit durchgeführt hat. Die Stichprobe der telefonischen Interviews betrug 2.059 Personen (davon 1.168 mit Migrationshintergrund).

➔ Alle Ergebnisse der Studie im Detail sind hier zu finden: tinyurl.com/Buergersinn

für seinen Lebensunterhalt sorgen« mit jeweils 98 Prozent, die geringste »bereit sein, Militärdienst zu leisten« (48 Prozent) und »seinen Stolz auf Deutschland zeigen« (61 Prozent). Die Zustimmung zum Merkmal »Einwanderern helfen« liegt bei 80 Prozent – in Anbetracht der zugespitzt geführten Migrationsdebatte in Deutschland ein relativ hoher Wert. Insgesamt zeigen die Antworten, dass zumindest bei grundlegenden Verhaltensregeln des Zusammenlebens ein breiter Konsens in der Bevölkerung vorhanden ist. Dies ist eine gute Basis, um das gemeinsame Zusammenleben zu gestalten. Sie sind ebenso ein Indiz für die Bindekraft einer pluralen und freiheitlichen Gesellschaftsordnung, so wie sie in Deutschland existiert. Die Attraktivität und Integrationskraft dieses Gesellschaftsmodells wird in der Migrationsdebatte häufig unterschlagen.

Unterschiede in der Beurteilung existierten bei den Präferenzen einzelner Bevölkerungsgruppen. Hier machen sich sozioökonomische Faktoren und generationstypische Erfahrungen bemerkbar. Eine überraschende Erkenntnis hierbei ist, dass Alter und Wohnort bei den Befragten einen weitaus stärkeren Einfluss auf die Präferenzen bei der Beurteilung eines »guten Bürgers« haben als der Migrationshintergrund. Ein Grund mehr, sich in der Migrationsdebatte nicht auf die Frage zu konzentrieren, wer angeblich nicht »zu uns passt«, sondern konsensorientierte Antworten auf die Frage »in was für einem Land wollen wir leben« zu finden und dementsprechend gesellschaftliche Strukturen zu stärken. ◀◀

»Ein Grund mehr, sich in der Migrationsdebatte nicht auf die Frage zu konzentrieren, wer angeblich nicht ›zu uns passt‹, sondern konsensorientierte Antworten auf die Frage ›in was für einem Land wollen wir leben‹ zu finden …«

Dr. Orkan Kösemen ist Senior Project Manager bei der Bertelsmann Stiftung und leitet dort das Projekt »Migration fair gestalten«

➔ **Kontakt:**
orkan.koesemen@bertelsmann-stiftung.de

Foto: Thomas Kunsch

CHRISTEN MIT RECHTSDRALL

ANTIPLURALISTISCHES DENKEN FINDET AUCH IN KIRCHENKREISEN WIDERHALL – EINE BESTANDSAUFNAHME

LIANE BEDNARZ

Die Zivilgesellschaft wehrt sich gegen Rechtspopulisten, etwa bei einer Gegendemo in Berlin.
Foto: Shutterstock / L T Photography

In den vergangenen Jahren hat sich das rechte Denken in Deutschland weit ausgebreitet und verfügt mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland über einen politischen Arm, der sowohl im Bundestag als auch in allen 16 Länderparlamenten vertreten ist. Besonders irritierend daran ist, dass dieser Erfolg möglich war, obwohl die Partei sich seit ihrer Gründung kontinuierlich radikalisiert hat und mittlerweile zu einer stramm rechtspopulistischen Strömung geworden ist. Mit einer sich selbst als »Flügel« bezeichnenden Gruppierung rund um den Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke und den Brandenburger Parteichef Andreas Kalbitz ist in der Partei überdies eine völkische, radikal rechte Gruppierung aktiv, die mittlerweile vom Bundesamt für Verfassungsschutz als »Verdachtsfall« eingestuft wird.

Wer glaubt, dass Christen gegenüber derartigen politischen Bestrebungen immun sind, irrt. Die AfD verfügt sogar über eine von ihr offiziell anerkannte Gruppierung namens »Christen in der AfD«. Wer genau hinsieht, stellt fest, dass es sich dabei nur um die Spitze des Eisberges eines seit Jahren zu beobachtenden Zusammenwachsens zwischen säkular-rechten und bestimmten christlichen Milieus handelt. Ein Teil der sich als besonders konservativ verstehenden Christen beider Konfessionen neigt mehr und mehr dazu, rechte Ideenwelten zu übernehmen. Bei den Protestanten ist diese Entwicklung vor allem unter Evangelikalen vorzufinden. Das erwähnte Zusammenwachsen vollzieht sich hauptsächlich über gemeinsame Feindbilder, allen voran die »Islamisierung« sowie der »Genderwahn«.

Das rechte Denken basiert im Wesentlichen auf den drei Säulen Antipluralismus, Liberalismus und Ethnopluralismus, wobei Letzterer mit seinen völkischen Vorstellungen vorwiegend in radikal rechten Kreisen beheimatet ist. Damit sprengen rechte Vorstellungen den bundesrepublikanischen Konservativismus, wie er sich seit 1945 herausgebildet hat. Dieser steht für die Bewahrung traditioneller Werte wie Heimat, Nation und Familie, befürwortet dabei aber die liberale, pluralistische Demokratie, als deren Teil er sich sieht. Er steht zudem für die Westbindung und die europäische Einigung.

Demgegenüber zeigen nicht wenige Rechtsdenker grundsätzliche Vorbehalte gegenüber der EU und vor allem eine deutliche Verachtung gegenüber der liberalen Moderne, verwenden eine ausgeprägte Untergangsrhetorik und wettern gegen den »dekadenten Zeitgeist«. Namentlich die »Ehe für alle« und der bereits erwähnte, so titulierte »Genderwahn« – ein Begriff, mit dem jedwede Form des Gender-Mainstreamings sowie der Gender Diversity abgelehnt und als große Gefahr aufgebauscht wird – gelten als Belege für den Verfall der Gesellschaft, besonders in den christlichen Zirkeln mit Rechtsdrall.

Des Weiteren stößt man auf starke Vorbehalte gegenüber dem Islam, der als Bedrohung für das christliche Abendland angesehen wird. Über diese Schiene sind nicht wenige, sich für konservativ haltende Christen in rechte Milieus hineingeraten, allen voran der katholische Publizist Matthias Matussek, der in den vergangenen Jahren eine regelrechte Turboradikalisierung hingelegt hat und mittlerweile nicht nur die Pegida-Bewegung verteidigt, sondern auch offen für die vom Verfassungsschutz beobachtete »Identitäre Bewegung« schwärmt.

»Das Konzept der ›Nächstenliebe‹ wird vorzugsweise örtlich interpretiert, so dass Flüchtlinge als ›Fernste‹ gar nicht erst darunterfallen.«

Die große Aversion gegenüber dem Islam ist auch der Grund für die oft drastische Ablehnung der gegenwärtigen Flüchtlingspolitik. Je radikaler die gen rechts blinkenden christlichen Milieus sind, umso häufiger findet sich auch dort das typisch rechtsradikale Gerede vom »Bevölkerungsaustausch«. Das Konzept der »Nächstenliebe« wird vorzugsweise örtlich interpretiert, so dass Flüchtlinge als »Fernste« gar nicht erst darunterfallen.

Matussek ist längst nicht der einzige Christ, der sich für die Pegida-Bewegung ins Zeug gelegt hat. So echauffierte sich Helmuth Matthies, der langjährige und damals noch amtierende Chefredakteur des evangelikalen Monatsmagazins »idea spektrum«, ebendort im November 2015 über den EKD-Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm, weil dieser »›Pegida‹ und die AfD mit den härtest möglichen Worten des Rechtsradikalismus verdächtigt« und so »die Demokratieverdrossenheit weiter voran« getrieben habe. Zum Zeitpunkt von Matthies' Kommentar war der radikalrechte Verleger Götz Kubitschek bereits mehrfach bei Pegida aufgetreten, so dass die Einstufung der Bewegung als rechtsradikal in Wahrheit mehr als naheliegend war.

Die Pegida-typischen Ausdrücke »Lügenpresse« und »Volksverräter« sind besonders drastische Beispiele für jene antipluralistische Haltung, die kennzeichnend für den Rechtspopulismus und dementsprechend auch unter Christen mit Rechtsdrall vorzufinden ist, die übrigens nicht nur unter AfD-Sympathisanten, sondern auch am rechten Rand der Unionsparteien anzutreffen sind. Ihr Vokabular ist meistens allerdings nicht ganz so drastisch, man spricht dort eher von »Lückenpresse«.

Der Antipluralismus ist dadurch gekennzeichnet, dass seine Vertreter, wie der Politologe Jan-Werner Müller es ausdrückt, für sich einen »moralisch-politischen Alleinvertretungsanspruch« reklamieren. Dieser manifestiert sich in der starken Tendenz, die eigenen Haltungen als Ausdruck des »Volkswillens« oder der »schweigenden Mehrheit« zu deklarieren. Zugleich werden politische Gegner gerne als »Altparteien« oder »Kartellparteien« diffamiert. Der Dominikanerpater Wolfgang Ockenfels, der inzwischen im Kuratorium der offiziell AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung sitzt, empfahl im März 2017 sogar, AfD-kritische Bischöfe mit »Herr Hohlkopf« anzureden. Beliebt ist auch, sich selbst als Opfer einer Quasi-Diktatur zu inszenieren und Kritik an den eigenen Ansichten als »Tugendterror« zu denunzieren.

Das aktuelle Buch von Liane Bednarz mit dem Titel »Die Angstprediger – Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern« ist im Frühjahr 2018 im Droemer-Verlag erschienen.

256 Seiten, 16,99 Euro.
ISBN: 978-3-426-27762-1

Christen mit Rechtsdrall sind vor allem deshalb so anfällig für antipluralistische Sichtweisen, weil sie dazu neigen, den Wahrheitsanspruch des Christentums auf die Sphäre der Politik zu übertragen und politreligiös zu denken, also zu glauben, es gebe so etwas wie die einzige politische Wahrheit. Frustriert über die unter Angela Merkel in die Mitte gerückte CDU haben sich viele von ihnen frühzeitig und unkritisch der AfD zugewendet und sich über die Jahre gewissermaßen mit der Partei mitradikalisiert.

Nicht zu unterschätzen sind zudem die seit Jahrzehnten bestehenden personellen und inhaltlichen Verflechtungen von Christen und Medien der Neuen Rechten. Allen voran ist hier die Wochenzeitung »Junge Freiheit« zu nennen, die den moderaten Teil der rechten Publizistik abbildet. Ausweislich seines Leitbildes vertritt das Blatt einen »festen, christlichen Standpunkt«. Aber auch führende Vertreter der völkischen, radikalen Rechten treten seit einiger Zeit betont christlich auf, vor allem der bereits erwähnte Götz Kubitschek und seine Ehefrau Ellen Kositza, die beide katholische Traditionalisten sind.

Das Thema »Abtreibung« bildet die dritte zentrale Schnittstelle zwischen säkularen und christlichen Rechten. Anders als die beiden Fantasmen »Genderwahn« und »Islamisierung« ist die Abtreibungskritik ein kernchristliches Anliegen. Das Problem besteht in den christlichen Milieus mit Rechtsdrall allerdings darin, dass diese dazu neigen, politische Parteien und Akteure fast ausschließlich an ihrer Haltung zur Abtreibung zu messen. Der bloße Umstand, dass die AfD abtreibungskritisch ist, ist für viele dieser Christen folglich ausreichend, um sie zu wählen.

Wer in rechte Ideenwelten hineingeraten ist, ist oft so sehr davon überzeugt, richtig zu liegen, dass ein Diskurs schwierig wird. Dennoch sollten Christen versuchen, im Gespräch zu bleiben und sich darüber bewusst sein, dass viele Christen mit Rechtsdrall sich letztlich haben verführen lassen. Man sollte daher versuchen, namentlich ihre aufgebauschten Feindbilder zu entkräften. Dazu bedarf es neben viel Geduld auch einer guten Kenntnis von diskursiven Gegenstrategien, die inzwischen vielfach angeboten werden. Eine Vorbildfunktion kommt etwa dem Projekt »Netzteufel« der Evangelischen Akademie zu Berlin zu, das in diesem Heft ebenfalls näher vorgestellt wird.

Liane Bednarz ist Publizistin und promovierte Juristin mit dem Schwerpunkt Neue Rechte, Populismus und religiöse Bewegungen. Sie unterhält eine monatliche Kolumne bei Tagesspiegel Causa.

Sie kann für Lesungen und Diskussionsveranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche eingeladen werden.

Kontakt:
liane.bednarz@web.de

Foto: privat

WIR MÜSSEN UNSERE GESCHICHTEN BESSER ERZÄHLEN

WIE DEMOKRATIE VOM RECHTSPOPULISMUS LERNEN KANN

MICHAEL ROOS

Wissen Sie noch, wie Sie die ersten Englischvokabeln auswendig lernten? Vermutlich nicht. Aber sehr wahrscheinlich werden Sie sich an Ihren ersten Kuss erinnern. Der Grund hierfür ist einfach: Menschen verinnerlichen Geschehnisse umso intensiver, je emotionaler sie erlebt werden. Werbung funktioniert so: Nicht die »Fakten« zu einem Produkt stehen im Vordergrund, sondern die Gefühle, mit denen das Produkt innerlich verbunden wird. In gleichem Maße funktionieren auch politische Propaganda und Agitation – und genau das hat die »Neue Rechte« verstanden.

Vor allem die »Identitäre Bewegung« (IB) versteht es zunehmend virtuos, ihre Botschaften an junge Menschen zu vermitteln. Vor Ort fallen deren Aktionen zwar kaum auf (wie kürzlich vor den Redaktionsgebäuden verschiedener Medien), aber sie werden virtuell so spektakulär »vermarktet«, dass sie eine hohe Klickzahl und damit Wirkmächtigkeit generieren. Hinzu kommt, dass diese virtuellen Auftritte immer gekonnter in Szene gesetzt werden – verfolgt man sie über die letzten Jahre, muss festgestellt werden, dass es die IB zunehmend besser versteht, ihre »Geschichten« zu erzählen. Nicht ohne Grund wechselte Melanie Schmitz, eine der Protagonist*innen der IB in Deutschland, ihr Studienfach und studierte dann Medienwissenschaft. Insgesamt ist festzustellen, dass die sogenannten Alternativen Medien von Hagen Grell über KenFM hin zum »Volkslehrer« professioneller auftreten. Verstärkt wird diese Entwicklung von Medienangeboten wie z.B. Jürgen Elsässers »Compact-Magazin«, Götz Kubitscheks »Sezession« und dem fast reinen Propagandaportal »RT Deutsch«.

Um dieser Entwicklung zu begegnen, wurden und werden u.a. die dort gebrachten »Fakten« und Behauptungen geprüft (zum Beispiel durch Angebote wie »Mimikama« oder »Faktenfinder«). Auch ich hatte zunächst in der Arbeit mit jungen Menschen hierauf den Fokus gelegt – um festzustellen, dass dieses Aufdecken von Fake News oft wenig interessierte und noch seltener etwas bewirkte.

Zudem: hier den Schwerpunkt in der präventiven Arbeit zu setzen, läuft nicht selten ins Leere, da Fakten für die »Alternativen Medien« kein entscheidendes Trägermedium sind, um überzeugend rechtspopulistische Inhalte darzustellen. Vielmehr wird auf Emotionalisierung (Angst, Empörung usw.) und Moralisierung gesetzt – und das mit großem Erfolg! Es schadet dieser Form der Vermittlung kaum, wenn deren »Tatsachen« größtenteils aus Fakes und Halbwahrheiten bestehen.

Gibt es weitere Aspekte, durch die die Wirksamkeit rechtspopulistischer Agitation verstärkt wird?

Sie greift ständig an, verteidigt sich nicht, korrigiert nie Falschaussagen und Lügen. Und genau hierdurch muss sie sich nie erklären, verlangt aber ständig, dass wir es tun. Dieser zunächst unscheinbar wirkende Faktor erweist sich als ein veritabler Nachteil in der Auseinandersetzung mit deren Propaganda. Denn hierdurch bestimmen AfD, IB, Pegida und Co. sowohl die Themen wie auch die

Foto: Adobe Stock

»Erzählen wir unsere Geschichte so, dass sie nicht den Themensetzungen der Rechtspopulisten hinterherjagt, sondern die Werte/Haltungen deutlich in den Vordergrund stellt, für die wir stehen: Demokratie, Pluralität, Diversität.«

inhaltliche Diskussion. Eine Falle, in die Vertreter*innen aus Politik, Bildung und Gesellschaft häufig laufen: denn wenn ich hauptsächlich nur reagiere, überlasse ich den Agierenden das Feld, jage ihnen hinterher, springe über die Stöckchen, die sie mir hinhalten. Ich lasse mich jagen, indem ich ihnen hinterherjage. Und gerade diese »Methode« trägt nicht unerheblich zum medialen Erfolg des Rechtspopulismus bei. Ein Beispiel: Natürlich kann und sollte ich betonen, dass die AfD eine Partei mit deutlichen rassistischen und antisemitischen Anteilen ist. Ein großes Geheimnis enthülle ich allerdings nicht, denn dies ist sowohl der AfD bekannt, wie auch ihren meisten Wähler*innen, da diese Positionen mit den Markenkern dieser Partei darstellen. Sie wird nicht trotz dieser Positionen gewählt, sondern von Vielen genau deswegen.

Wie kann eine wirkungsvolle präventive und aufklärende Arbeit mit jungen Menschen gelingen?

Zunächst müssen wir akzeptieren: die »Alternativen Medien« erzählen ihre Geschichten gut und zumeist weit wirkungsvoller als wir. Denn sie erzählen ihre Geschichten spannend und emotional packend.

Das mag zunächst bitter anmuten, gleichwohl können wir einiges von diesen medialen Strategien lernen, ohne es dann nur kopierend und inhaltlich genauso unlauter anzuwenden. Anders gesagt: Es ist nicht anrüchig, ein gutes »Produkt« auch gut zu bewerben. Hierzu ein paar Gedanken, die ich selbst in der Arbeit mit jungen Menschen umzusetzen versuche:

Was ist »tragend«? Die Geschichte, mit der die jeweilige Botschaft transportiert wird. Scheuen wir uns nicht, unsere Geschichten emotional zu erzählen. Denn wir haben gute Geschichten zu erzählen! Von der Würde eines jeden Menschen, von den Schätzen der Freiheit, die uns jeden Tag zuteil werden – und viele mehr! Scheuen wir uns zudem nicht, auch die Moral (also ethische Werte) zu betonen. Nicht moralisierend, sondern mit deutlichen Statements zu den Positionen, die richtig oder falsch sind: Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Ausgrenzung/Menschenfeindlichkeit sind grundsätzlich falsch!

Erzählen wir unsere Geschichte so, dass sie nicht den Themensetzungen der Rechtspopulisten hinterherjagt, sondern die Werte/Haltungen deutlich in den Vordergrund stellt, für die wir stehen: Demokratie, Pluralität, Diversität – und eben nicht nur als eine »Gegenhaltung«, die sich oft durch ein »Abarbeiten« an rechtspopulistischen Vorstellungen definiert, sie im (gutgemeinten) Widerlegen erneut aufnimmt und so weiter verstärkt. Also: lassen wir uns nicht »jagen«!

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAG K+R) informiert in einem Flyer über das Phänomen des Rechtspopulismus. Der Begriff wird erklärt und ebenso, wer die »Neuen Rechten« sind. Vor allem aber geht es um die Frage »Was können Kirchen tun?« Hier werden Elemente einer christlichen Haltung zum Rechtspopulismus erläutert und Empfehlungen zum Umgang mit Rechtspopulismus in der Gemeinde gegeben.

In einer ganzen Broschüren-Reihe widmet sich die BAG K+R sechs Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Es geht um Antisemitismus, Rassismus, um Vorbehalte gegenüber Homosexualität, Antimuslimischen Rassismus, Ressentiments gegenüber Sinti und Roma sowie um vermeintliche »Vorrechte von Etablierten«. In jeweils fünf Fragen werden auch hier die Begriffe und ihre Erscheinungsformen geklärt und die Frage beantwortet, warum Christ*innen zu diesen Phänomenen nicht schweigen dürfen. Abschließend stehen immer Handlungsmöglichkeiten für den Einzelnen. (sb)

Die Broschüren können unter www.bagkr.de/publikationen heruntergeladen oder bestellt werden. Foto: Steffen Blatt

Wie kann Präventionsarbeit mit Jugendlichen aussehen?

Fragen wir junge Menschen, ob und wie Demokratie in ihrem Leben stattfindet. Gehen wir auf Augenhöhe mit ihnen! Und in ihre Lebens- und Erlebniswelten! Eines meiner Projekte heißt: »Demokratie zahlt sich aus. Auch für dich?«. Hier steht das Fragezeichen als Angebot an junge Menschen, um in den Dialog zu treten. Manchmal erhält man so Antworten, die verblüffend und doch zutreffend sind: da meinte ein 14-Jähriger, dass Demokratie für ihn auch bedeutet, dass er seine Haare färben kann, wie er will. Und manchmal ist eine Antwort nur schwer zu geben: Findet Demokratie wirklich gleichermaßen für alle statt? Für den jungen Menschen in prekären Lebensumständen ebenso wie für denjenigen aus einem bürgerlichen Umfeld? Wie ist es mit der Demokratie und der Gerechtigkeit? So fordernd diese Fragen auch sind, lassen wir uns auf sie nicht ein, überlassen wir diese Kernthemen unserer Gesellschaft dem Rechtspopulismus, der immer öfter und deutlicher unsere Demokratie grundsätzlich in Frage stellt.

Lassen WIR uns auf diese Fragen ein! Denn Demokratie kann und darf kritisch hinterfragt werden, ohne sie selber in Frage zu stellen. Suchen wir den offenen und nicht belehrenden Dialog mit jungen Menschen, suchen wir sie in ihren Lebenswelten. Benennen wir deutlich, was ethisch richtig und falsch ist – ohne dem Rechtspopulismus hinterherzujagen. Erzählen wir einfach unsere »Geschichte« besser!

Michael Roos ist Historiker (M.A.), Diplom-Sozialarbeiter/-pädagoge und Medienpädagoge.

Kontakt:
michael_roos@freenet.de

Foto: Nils Bornemann/ÖVA

FROM #HATESPEECH TO #HOPESPEECH

ANSÄTZE FÜR EINE DIGITALE ZIVILCOURAGE

TIMO VERSEMANN UND KRISTINA HERBST

Facebook, Twitter, Instagram und Co. – soziale Plattformen bieten Raum für zivilgesellschaftliche Debatten, mehr Sichtbarkeit von marginalisierten Gruppen und können ein Ort der Nächstenliebe und Solidarität sein. Gleichzeitig spiegeln digitale Räume deutlicher denn je Polarisierungen im politischen Diskurs wider, und wir erleben Diskriminierungen von Minderheiten, Beleidigungen und Einschüchterungen. Antidemokratische Kräfte nehmen im digitalen Diskurs viel Raum ein, und wir können beobachten, wie bestimmte politische Kräfte soziale Medien gezielt nutzen, um die Stimmung aufzuheizen und die Kommunikation zu vergiften. Mit dem Projekt »NetzTeufel« der Evangelischen Akademie zu Berlin wenden wir uns »Hate Speech« im Namen des christlichen Glaubens zu: Wir führen eigene Analysen durch, entwickeln Handlungsstrategien, vernetzen Aktive aus kirchlichen und kirchennahen Einrichtungen und erstellen Bildungsmaterialien.

Hate Speech – Wissen worum es geht

Auf unserer Website www.netzteufel.eaberlin.de haben wir die Ergebnisse unserer Social-Media-Analyse veröffentlicht. Wir haben Hate Speech in Form von »toxischen Narrativen« herausgearbeitet – darunter verstehen wir wiederkehrende erzählerische Elemente, die die Kommunikation im Netz vergiften. Thematisch geht es dabei um die Bereiche Islam, Migration, Homosexualität, Gender und Demokratie. Das verbindende Element in vielen Hasskommentaren ist eine Konstruktion von Angst, durch die häufig eine Endzeitstimmung oder ein Kulturkampf heraufbeschworen wird. Es geht immer gleich um alles: Die gesamte Gesellschaftsordnung ist in Gefahr, die Kirche oder die Institution der Ehe. Und wenn große Gefahr droht, so die Logik, darf polemisiert, diskriminiert und skandalisiert werden.

Hope Speech – mehr als nur dagegen

Das Problem enthemmter Online-Kommunikation wird mit »Hass« unzureichend beschrieben. Es geht um das Schüren von Ängsten und die Diskriminierung von Menschen; ein kritischer Umgang mit solchen Positionen muss deshalb auch mehr sein als reine argumentative Gegenrede oder liebevoller Trotz. Es braucht eine christliche Perspektive der Hoffnung, die auf die grundsätzliche Gestaltbarkeit des Diskussionsklimas und von politischen Prozessen zielt.

Mit unserem offline #hopeSpeech-Workshop, der sich an Jugendliche richtet, haben wir ein Format entwickelt, diesen Ansatz pädagogisch umzusetzen. Wir stellen alle für den Workshop benötigten Materialien zur Verwendung und Weiterentwicklung als freies Bildungsmaterial auf unserer Website zur Verfügung. Dazu gibt es einen Online-Kurs, in dem alle Grundlagen zur Durchführung des Work-

»Das Problem enthemmter Online-Kommunikation wird mit »Hass« unzureichend beschrieben.«

NetzTeufel ist nicht nur online aktiv: Das Projekt bietet zum Beispiel einen Workshop für Jugendliche an, dessen Materialien in einem #hopeSpeech-Koffer geliefert werden. Foto: EAzB

shops vermittelt werden. Der Workshop basiert auf einer ausgedruckten fiktiven Social-Media-Plattform mit dem Namen »Diss Kurs«. Die Jugendlichen werden darin nach ihren eigenen Erfahrungen mit verachtenden Kommentaren und ihren Umgangsformen damit gefragt. Die Vielheit an möglichen Reaktionen reicht von Diskutieren, Ignorieren, Solidarisieren bis zum Ironisieren oder Löschen. All diese Formen finden sich als Bastelmaterial in unserem #hopeSpeech-Koffer wieder: Leere Kommentarfelder, ausgedruckte Memes und Emojis sowie Glitzerpulver und Zensurmarker. Die Vielfalt der Möglichkeiten eröffnet im angeregten Basteln das Gespräch über unser Handeln in einer komplexer werdenden Welt.

Kein Neuland und doch unvertraut

Digitale Lebenswelten sind kein Neuland – keine völlig andere Welt. Auch wenn gewisse Dynamiken online anders ablaufen, bleibt es doch menschliche Kommunikation auf von Menschen gemachten Plattformen. Jugendliche brauchen keine Erklärung, wie sie sich auf den unterschiedlichen Portalen bewegen sollen, aber Räume, um ihre Praxis zu reflektieren. Es entstehen immer mehr Materialien, die sich positiv auf digitale Lebenswelten beziehen. Auf unseren Social-Media-Kanälen versuchen wir, möglichst viele dieser Projekte vorzustellen, um einander zu inspirieren und nicht selbst vor dem Schreckgespenst Social Media zu resignieren.

Timo Versemann leitet das Projekt NetzTeufel der Evangelischen Akademie zu Berlin, **Kristina Herbst** ist Projektkoordinatorin

Kontakt: NetzTeufel@eaberlin.de,
Website: netzteufel.eaberlin.de

Foto: EAzB/Karin Baumann

Foto: EAzB/Karin Baumann

Fortbildung: #hopeSpeech-Workshop

Jugendliche sind in ihrer Lebenswelt ständig mit Hass im Netz konfrontiert. Wie macht man sie dafür fit? Und welche Gegenstrategien gibt man ihnen an die Hand? Im Workshop lernen die Teilnehmenden eine offline anwendbare Methode kennen, mit der verschiedene Kulturtechniken der digitalen Kommunikation wie Memes oder Gifs abgebildet und zugleich in Frage gestellt werden. Eigene Erfahrungen von Diskriminierung und dem Engagement dagegen in Online- und Offline-Situationen werden besprochen und miteinander verschränkt. Das bereitgestellte Material gibt Impulse dazu, was ein spezifisch christlicher Beitrag in diesem neuen Feld digitaler Zivilgesellschaft sein kann.

Zielgruppe:
haupt- & ehrenamtliche Multiplikator*innen (nicht nur) der christlichen Jugendbildung.

Anleitung:
Timo Versemann ist evangelischer Theologe und leitet das Projekt »NetzTeufel« der Evangelischen Akademie zu Berlin.

Netz Teufel

»MAN BRAUCHT EIN DICKES FELL«

ALEXANDER WEINLEIN GEHT MIT ANDEREN AKTIVEN VON »HERZ STATT HETZE« REGELMÄßIG ZU AFD-VERANSTALTUNGEN

STEFFEN BLATT

Wie soll man mit Rechtspopulisten umgehen? Das fragen sich viele Menschen – gerade auch solche, die Interkulturelle Wochen organisieren. Soll man gegen sie protestieren, sie bekämpfen oder vielleicht sogar einfach ignorieren? Die Aktivisten der Initiative »Herz statt Hetze« im baden-württembergischen Neckar-Odenwald-Kreis haben einen weiteren Weg ausprobiert: Sie sind zum AfD-Stammtisch gegangen, immer wieder. Alexander Weinlein erzählt, wie das war.

Wie kam es dazu, dass Sie einen AfD-Stammtisch besuchten?

Der Anlass war ein Besuch von Alexander Gauland in Buchen 2016, da haben wir eine Kundgebung auf dem Marktplatz als Gegengewicht organisiert. Dann kam die Ankündigung des AfD-Stammtisches, und wir haben uns gefragt, wie wir damit umgehen sollen. Wieder demonstrieren? Dann haben wir uns einfach zu dritt da reingesetzt.

Wie waren die Reaktionen der AfD-Mitglieder und Sympathisanten?

Wir wollten eigentlich unerkannt bleiben und nur zuhören. Dann wurden wir aber schnell als Linke »geoutet«. Die direkten Reaktionen reichten von Häme bis zu Beleidigungen. So wurden wir zum Akteur, aber ein Gespräch oder argumentative Gegenrede war gar nicht erwünscht.

Das Motiv »Fliegendes Herz« ist als Postkarte und zum Download erhältlich. Weitere Informationen unter www.interkulturellewoche.de und auf der letzten Heftseite.

Gestaltung: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

Alexander Weinlein engagiert sich im Neckar-Odenwald-Kreis in der Initiative »Herz statt Hetze«.
Foto: Matthias Grimm

Warum nicht?
Die Funktionäre arbeiteten mehrfach mit Falschmeldungen. Einmal etwa ging es um einen geplanten Erweiterungsbau zur Moschee in der Stadt, das war nichts Großes. Aber bei der AfD haben sie Bilder von der riesigen Moschee in Köln gezeigt. Wenn man darauf hinweist, wird das ignoriert und schnell zum nächsten Thema gesprungen.

Hat sich inzwischen ein irgendwie geartetes Verhältnis zu den AfD-Aktivisten entwickelt?
Das ist ein bisschen skurril: Der Kreisvorstand hat uns auf seiner Homepage hämisch als »Rote Socken« bezeichnet, aber explizit eingeladen. Andererseits haben wir mehrere anonyme Briefe bekommen mit der Bitte, nicht mehr zu kommen. Andere Gäste des Stammtisches reden in der Öffentlichkeit schlecht über uns und beschimpfen uns.

Würden Sie Ihr Vorgehen weiterempfehlen?
Grundsätzlich wünschen wir uns, dass möglichst viele Leute zu AfD-Veranstaltungen gehen, um gegen die dort vorgebrachten Schein-Argumente und -Informationen Contra zu geben. Aber man braucht dafür ein dickes Fell. Wir haben auch Menschen in unserer Initiative, die das nicht vertragen.

Sollte man generell das Gespräch mit Rechtspopulisten suchen?
Gespräche führen ist nie verkehrt. Man kann AfD-Wähler und -Sympathisanten erreichen, wenn man auf ihre Probleme eingeht. Denn die hat die etablierte Politik vielerorts zu lange ignoriert. Wenn etwa bei uns auf dem Land die letzten Postagenturen und Bankfilialen schließen, dann ist es schon richtig, das anzuprangern. Da muss gegengesteuert werden, damit sich die Menschen nicht abgehängt fühlen. Bei den AfD-Funktionären hingegen ist meist Hopfen und Malz verloren. Sie verfolgen eine Strategie der Spaltung der Gesellschaft und der Verschärfung der Armut, um zum Erfolg zu kommen und sind davon nicht mehr abzubringen.

Wie kann man den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken?
Die etablierten Parteien müssen raus aus ihrer Blase – das sage ich als SPD-Mitglied. Die demokratischen Kräfte und eine breite Bürgerschaft müssen sich vernetzen und transparent austauschen. Man muss Reiche und Arme, Flüchtlinge und Einheimische, Junge und Alte zusammenbringen und Themen positiv besetzen, für etwas sein statt immer nur dagegen. Da kann auch die Interkulturelle Woche einen großen Beitrag leisten, indem sie solche Begegnungen möglich macht.

»Man muss Reiche und Arme, Flüchtlinge und Einheimische, Junge und Alte zusammenbringen und Themen positiv besetzen, für etwas sein statt immer nur dagegen.«

»WIR KÄMPFEN GERADE UM DIE ESSENZ DES PROJEKTES EUROPA«

KARL KOPP VON DER BUNDESWEITEN ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR FLÜCHTLINGE PRO ASYL SPRICHT ÜBER FLÜCHTLINGSPOLITIK, ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND DIE »OFFENSTE WUNDE« DER EUROPÄISCHEN UNION

STEFFEN BLATT

Karl Kopp leitet die Europa-Abteilung bei PRO ASYL und vertritt die Organisation im Europäischen Flüchtlingsrat ECRE (European Council on Refugees and Exiles). Außerdem ist er verantwortlich für die Pressearbeit im europäischen Kontext sowie für die europaweite Vernetzung von PRO ASYL mit Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen.

Foto: Kamali-Hippler

Was muss sich in Europa beim Umgang mit Flüchtlingen ändern?
Eigentlich alles. Denn derzeit stehen wir an einem Abgrund. Seit 20 Jahren arbeitet die Europäische Union an einem gemeinsamen Asylsystem. Heute gibt es Gesetze und Verordnungen, aber es hat den Anschein, als blickten wir nur noch auf die Trümmer oder den Embryonalzustand eines europäischen Schutzsystems.

Wie sieht dieser Abgrund aus?
Wir sehen das Massensterben im Mittelmeer und dass der Zugang zu Schutz nur unter Lebensgefahr möglich ist. Am 3. Oktober 2013 waren auf Lampedusa nach einer Schiffskatastrophe 63 Särge zu sehen, und Europa hat gesagt: »Nie wieder!« Seitdem gab es allein auf der Strecke Nordafrika – Italien oder Malta 13.000 Tote. Das ist die offenste Wunde der europäischen Flüchtlingspolitik. Europa hat nicht nur keinen Seenotrettungsdienst aufgebaut, sondern die Kapazitäten zurückgefahren und delegiert die Rettung – die dann meist keine ist – an ehemalige Milizionäre, an Gangster, Schmuggler und Menschenhändler, die heute die Uniform der so genannten libyschen Küstenwache tragen. Sie verletzen im Namen Europas die Menschenrechte und bringen Zehntausende zurück in die Haft-, Folter- und Vergewaltigungslager in Libyen.

Was bedeutet dies für die europäischen Grundwerte?
Niemand bestreitet die Menschenrechtsverletzungen – wir sehen alle paar Monate auf Video die Folter- oder Versklavungsszenen. Die Welt schreit auf, auch Europa ist kurz betroffen – und dann geht es weiter wie bisher. Die europäischen Nationalstaaten wissen sehr genau, was sie tun. Alles wird einem Ziel untergeordnet: Die Menschen sollen nicht ankommen. Und darum arbeitet man mit Verbrechern zusammen, die diesen Job als Türsteher erledigen. Wir kämpfen gerade um die Essenz des Projektes Europa: Menschenrechte, Menschenwürde, Anti-Diskriminierung, Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergleichheit. Wir ver-

»Sie verletzen im Namen Europas die Menschenrechte und bringen Zehntausende zurück in die Haft-, Folter- und Vergewaltigungslager in Libyen.«

Ein Lichtblick: »Die Gruppen, die Geflüchtete unterstützen, sind in ganz Europa stärker als jemals zuvor«, sagt Karl Kopp. Foto: Steffen Blatt

teidigen gemeinsam die Errungenschaften der Zivilisation nach der Barbarei des Holocaust. Die Rechte, die etwa in der Europäischen Menschenrechtskonvention oder der Genfer Flüchtlingskonvention festgeschrieben sind, gelten für alle. Sie sind nicht relativierbar – und doch stehen sie derzeit zur Disposition.

Welche Rolle spielt die deutsche Politik dabei?
Bei der Vergemeinschaftung der Asylrechtsstandards waren die verschiedenen deutschen Regierungen eigentlich immer in einer Bremser-Rolle und haben befördert, dass diese Standards relativ niedrig und restriktiv bleiben. Ein Bruch war im September 2015, als die deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel für ein paar Wochen einen humanitären Kurs gehalten hat und bereit war, die Menschen nicht in Ungarn hängenzulassen, sondern sie weiterreisen zu lassen. Aber ab Oktober 2015 gab es schon wieder eine Gegenbewegung mit Gesetzesverschärfungen und dem Türkei-Deal. In diesen paar Wochen hat auch die deutsche Zivilgesellschaft Hervorragendes geleistet, um eine humanitäre Katastrophe abzuwenden. Und die Politik hat – zu Recht – nicht auf Grenzschließungen und Gewalt gesetzt. Seitdem gab es aber in ganz Europa ein Stakkato an Verschärfungen von Asylgesetzen.

Gibt es auch positive Beispiele?
Die Zivilgesellschaft ist ein starkes positives Beispiel. Die Gruppen, die Geflüchtete unterstützen, sind in ganz Europa stärker als jemals zuvor – wenn wir den Herbst 2015 als Sondersituation in Deutschland mal außen vor lassen. Das muss uns bewusst sein, und darum sollten wir auch die Nerven behalten angesichts des Erstarkens der rechtspopulistischen, rechtsradikalen und faschistischen Parteien, die teilweise in Regierungen sitzen. Wir haben in Deutschland immer eine sehr engagierte Debatte zum Thema Seenotrettung und Sterben im Mittelmeer gehabt, die Kirchen spielen da eine ganz zentrale Rolle. Nicht umsonst haben deutsche Gruppierungen bei der Seenotrettung einen ganz starken Anteil. Auch Initiativen wie die SEEBRÜCKE oder europaweite Zusammenschlüsse von Städten, die Geflüchtete aufnehmen wollen, sind herausragend. Unter den Mitgliedsländern ragt Portugal heraus, das sich bereit erklärt hat, mehr Geflüchtete aufzunehmen.

Was müsste sich politisch ändern, um wieder ein Stück weg vom Abgrund zu kommen?
Momentan fordern wir von PRO ASYL gemeinsam mit vielen anderen Organisationen in Deutschland und Europa einen Notfallplan für das Mittelmeer. Menschen müssen gerettet werden und brauchen einen sicheren Hafen in der Europäischen Union. Es darf keine Kooperation mit autoritären Regimen auf der anderen Seite des Mittelmeers mehr geben. Wir brauchen dann einen Zusammenschluss von Staaten, Regionen und Städten, die bereit sind, Menschen aufzunehmen. Das sind wenige, aber sie sind stark genug, das zu schaffen.

Wie kann es dann weitergehen?
In einem zweiten Schritt brauchen wir legale und gefahrenfreie Wege, etwa über humanitäre Aufnahmeprogramme und humanitäre Visa, damit die Menschen erst gar nicht in ein Boot steigen müssen. Die Familienzusammenführung darf nicht eingeschränkt werden, denn damit schickt man Frauen und Kinder aufs Meer.

Welche Themen aus der Diskussion um Flucht und Zuwanderung können gut bei Veranstaltungen der Interkulturellen Woche angesprochen werden?
Die Kirchen und Kirchengemeinden etwa spielen eine zentrale Rolle, damit das Ankommen überhaupt funktioniert, sie befördern die Integration und die Inklusion. Sie verhindern, dass Menschen ohne Zukunftsperspektiven in Lagern gehalten werden. Gleiches gilt für die Auseinandersetzungen bei der Diskussion über Gesetzesverschärfungen und natürlich beim Thema Kirchenasyl und den Versuchen, es zu kriminalisieren. Aber auch den Kommunen kommt eine Verantwortung zu: Sie können Spielräume nutzen und sich engagieren. Diese Themen sollten aufgegriffen werden,

um die vielen Menschen vor Ort zu stärken. Denn wir müssen uns bewusst sein: Nichts ist weit weg. Wenn Leute in der Ägäis oder im Mittelmeer sterben, trauern Familien in Deutschland.

Wie können es die Organisierenden schaffen, sich positiv auf Europa zu beziehen?
Die Kirchengruppen und Initiativen stehen auch für ein Europa von unten. Sie stehen dafür, dass Europa nicht ein abstraktes Ding in Brüssel ist. Wir sehen vielmehr an den großen zivilgesellschaftlichen Bewegungen auf dem ganzen Kontinent, dass Leute Europa auch anders denken: nämlich ganz konkret. Denn vor Ort, in der Kommune, in der Gemeinde findet die Auseinandersetzung statt – und das Gelingen. Diese Gruppen sind eigentlich die Kernakteure für eine gelungene Partizipation von Neuangekommenen – nicht die Eliten in den Hauptstädten, in Brüssel und Straßburg.

Nach der Europawahl wird die Zahl der Europafeinde im EU-Parlament vermutlich deutlich gestiegen sein. Was heißt das für die zukünftige Flüchtlingspolitik der EU?
Das Europäische Parlament hat in den vergangenen Jahren – bei aller berechtigten Kritik – immer eine fortschrittliche Haltung zur Flüchtlingspolitik und zu Menschenrechten eingenommen. Nach der Wahl wird es härtere Auseinandersetzungen und Aushandlungsprozesse geben, um diesen Kurs beizubehalten. Die Rechten werden voraussehbar stärker, und die Fraktionen der großen Volksparteien werden wahrscheinlich alleine nicht mehr die Mehrheit haben. Das heißt, sie müssen neue Bündnisse eingehen, etwa mit den Liberalen oder den Grünen. Es wird wechselnde Mehrheiten geben, aber wir müssen weiterhin hoffen, dass sich das Europaparlament der »Orbanisierung« oder »Salvinisierung« Europas entgegenstellt.

Wie kann die Zivilgesellschaft darauf reagieren?
Uns bei PRO ASYL und auch anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen bläst jetzt der Wind entgegen, aber das entbindet uns nicht davon, unserer Verantwortung gerecht zu werden. Wir sind stärker als vor einigen Jahren, und das ist unser Pfund, um den Menschen beizustehen – jeden Tag, bei der Integration, wenn es um unfaire Verfahren geht oder um drohende Abschiebung. Wir müssen uns um unsere Leute kümmern – seien es Geflüchtete oder die vielen wundervollen ehrenamtlich arbeitenden Menschen.

SEEBRÜCKE FORDERT: SCHAFFT SICHERE HÄFEN!

DIE ORGANISATION WURDE IM JUNI 2018 GEGRÜNDET UND HAT BISHER SCHON MEHR ALS 250.000 MENSCHEN MOBILISIERT

TABEA REIFFERT

SEEBRÜCKE streitet für ein offenes Europa, solidarische Städte und sichere Häfen – wie hier bei einer Demonstration in Berlin.
Foto: Yara Malina

Das Mittelmeer ist die tödlichste Grenze der Welt: Im Jahr 2018 starben dort mindestens 2297 Menschen, insgesamt nach Angaben der Vereinten Nationen fast 18.000 Menschen in den vergangenen fünf Jahren. Es gibt keine sicheren Fluchtrouten für Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen. Sie steigen, oft durch Schlepper mit Waffengewalt gezwungen, in nicht hochseetaugliche Boote. Sie geraten unumgänglich in Seenot und ertrinken, wenn sie nicht – zumeist von zivilen Seenotrettungsorganisationen – gerettet werden.

Die Regierungen der Mittelmeerstaaten jedoch verhindern zivile Seenotrettung: Rettungsschiffe werden mit fadenscheinigen Argumenten in Häfen blockiert und dürfen nicht auslaufen, Retter*innen finden keinen sicheren Hafen, Politiker*innen feilschen in Hinterzimmern um Menschenleben. In der Zwischenzeit sterben Menschen: Männer, Frauen und Kinder. »Sie sinken hinab ins Meer wie Steine«, so beschrieb es ein Überlebender. Wer überlebt, ist häufig traumatisiert, braucht ei-

nen sicheren Ort, an dem er das Erlebte verarbeiten kann. Aber Libyen ist kein sicherer Ort: Geflüchtete sind in libyschen Lagern Folter, Vergewaltigung und Sklaverei ausgesetzt, die sogenannte »libysche Küstenwache« bringt Gerettete zurück in diese Folterlager.

Diese menschenverachtende Politik will die SEEBRÜCKE nicht hinnehmen. Gegründet im Juni 2018 als Reaktion auf die Irrfahrt der »Lifeline« mit 234 Menschen an Bord, solidarisiert sich die Organisation mit allen Menschen auf der Flucht und streitet für ein offenes Europa, solidarische Städte und sichere Häfen. Die SEEBRÜCKE ist auch künftig Teil dieser Gegenbewegung und setzt sich für eine solidarische und offene Gesellschaft ein. Während Nicht-Regierungsorganisationen wie »Sea-Watch« oder »Sea-Eye« im Mittelmeer Menschen in Seenot retten, kämpft die SEEBRÜCKE für eine menschenwürdige Aufnahme von Menschen auf der Flucht und setzt sich für eine Unterstützung der Seenotrettungs-NGOs ein.

Kontakt zu den SEEBRÜCKEN vor Ort gibt es im Internet unter https://seebruecke.org/lokalgruppen/. Sollte es keine SEEBRÜCKE in Ihrer Nähe geben, schreiben Sie bitte eine E-Mail an: support@seebruecke.org.

Die Aktivist*innen der SEEBRÜCKE werden sich nicht daran gewöhnen, dass Menschen auf der Flucht ertrinken und Europa sich immer weiter abschottet. Sie sind ein breiter Querschnitt der Gesellschaft; von Studierenden und linken Aktivist*innen bis hin zu Menschen im Ruhestand, Umweltaktivist*innen und kirchlichen Gruppen. Inzwischen haben bereits mehr als 250.000 Menschen in mehr als 150 Städten an Demonstrationen der SEEBRÜCKE teilgenommen. Rund 50 Städte in Deutschland haben sich zu sicheren Häfen für Geflüchtete erklärt und sind bereit, aus Seenot gerettete Menschen bei sich aufzunehmen.

Tabea Reiffert ist Aktivistin der SEEBRÜCKE.

Kontakt:
support@seebruecke.org

Foto: privat

SEENOTRETTUNG, VERTEILUNG, KOMMUNALE AUFNAHME

WAS JETZT IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK PASSIEREN MUSS: MEHR ALS 30 ORGANISATIONEN FORMULIEREN LÖSUNGSANSÄTZE

ANSGAR GILSTER, MARIE VON MANTEUFFEL UND KATHARINA STAMM

Aktuell scheint eine tragfähige flüchtlingspolitische Lösung in europäischer Solidarität entfernter denn je. Trotz jahrelanger Verhandlungen ist die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) mit einer faireren Verantwortungsteilung und verpflichtenden Quoten für die Aufnahme von Flüchtlingen gescheitert. Und da weder südliche EU-Mitgliedstaaten »kontrollierte Zentren« einrichten wollen, noch nordafrikanische Staaten »Ausschiffungsplattformen« akzeptieren, werden auch diese Konzepte nicht realisiert werden – völlig unabhängig davon, wie Hotspots oder die Auslagerung von Schutzverantwortung vor Europas Außengrenzen zu bewerten sind. Die fortgesetzte Krise ist damit absehbar: Das tausendfache Sterben auf dem Mittelmeer wird weitergehen, ebenso wie die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung. Und so absehbar die humanitäre Katastrophe ist, so absehbar ist, dass der Status quo beibehalten wird und weiterhin die politische in eine »Migrationskrise« umgedeutet wird.

Vor diesem Hintergrund braucht es dringend Ansätze, die nicht länger die Menschenrechte und den Flüchtlingsschutz gefährden – und gleichermaßen politisch umsetzbar sind. Denn nur Vorschläge, die politische Mehrheiten finden und verwirklicht werden, können das Sterben im Mittelmeer beenden und die Not lindern.

Deshalb haben sich Anfang des Jahres rund 30 Organisationen – flüchtlingspolitische Verbände, Seenotrettungsorganisationen, sowie Vertreter*innen des Bündnisses Seebrücke – zu einem Arbeitstreffen getroffen, um konkrete Forderungen zu formulieren: politisch praktikabel, fachlich fundiert und skalierbar, das heißt mit unterschiedlichen Personenzahlen umsetzbar.

Neben dem unbedingten Vorrang der Seenotrettung zeigte sich als wesentlicher Kern der Überlegungen große Einigkeit, ein europäisches Umverteilungsprogramm für Gerettete zu fordern – bis eine permanente politische Lösung gefunden ist. Solange sollte sich eine Koalition europäischer Staaten unter Koordinierung der EU-Kommission und des Europäischen Asylunterstützungsbüros EASO dazu bereiterklären, alle Menschen, die aus internationalen Gewässern gerettet wurden, nach einem vorher ausgehandelten Schlüssel aufzunehmen und Zugang zu einem Asylverfahren zu gewähren. Zugrunde lag dabei die Einsicht, dass die Aufnahme von Schutzsuchenden in der EU nicht aufgrund von Zwang oder Sanktionen, sondern auf der freiwilligen Basis gemeinsamer Überzeugungen durchgeführt werden sollte. Ein Zusammenschluss aufnahmebereiter Staaten wäre nicht nur ein sichtbares Zeichen von Solidarität und Kooperation, sondern auch Ausgangspunkt für weitere

Schritte zu besseren, europäischeren Lösungen. Rechtliche Grundlage könnte hierfür die Anwendung der humanitären Klausel (Art. 17 II Dublin III-VO) für alle aus Seenot geretteten und sonstigen ankommenden Personen durch die Mitgliedstaaten sein. Die Geretteten würden registriert und könnten einen Asylantrag stellen – womit ihnen auch die Familienzusammenführungsregeln der Dublin-Verordnung offenstehen.

Und auch auf kommunaler Ebene könnte das Freiwilligkeitsprinzip Schule machen – gera-de in Deutschland, wo sich bereits rund 50 Städte und Gemeinden zum »Sicheren Hafen« erklärt haben und zusätzliche Aufnahmebereitschaft signalisieren. Für diese große Bereitschaft von Kommunen, über ihre Aufnahmepflicht gemäß Königsteiner Schlüssel hinauszugehen, müssen Möglichkeiten für die zusätzliche freiwillige Aufnahme geschaffen werden – entweder auf Grundlage bestehender oder neuer rechtlicher Regelungen. Dies sollte im Einvernehmen mit Bund- und Landesebene in aufnahmebereite Kommunen in Deutschland ermöglicht werden; die Umsiedlung also durch den Selbsteintritt Deutschlands nach der Dublin-VO erfolgen. Kommunen sind längst zu Akteurinnen der Migrationspolitik geworden, auch wenn sie im föderalen System Deutschlands kein allgemeinpolitisches Mandat besitzen. Sie müssen langfristiger planen als bis zur nächsten Wahl. Es gibt viele Best-Practice Beispiele, die zeigen, wie gut gestaltete Integration aller gelingt.

Die zunehmende Erosion der EU beim Flüchtlingsschutz in den vergangenen Monaten hat vor allem gezeigt: Es darf nicht weiter wertvolle Zeit verloren werden! Dringender denn je braucht es Beispiele gelingender menschenwürdiger Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene. Und auf kommunaler Ebene Möglichkeiten, mehr als nur symbolisch Solidarität zu zeigen.

Marie von Manteuffel ist politische Referentin für Flucht und Migration bei Ärzte ohne Grenzen e.V. / Médecins Sans Frontières

Kontakt: Marie.von.Manteuffel@berlin.msf.org

Foto: MSF

Katharina Stamm ist Referentin für Europäische Migrationspolitik der Diakonie Deutschland (im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung).

Kontakt: katharina.stamm@diakonie.de

Foto: Die Hoffotografen

Ansgar Gilster ist Referent im Referat Migration und Menschenrechte im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland

Kontakt: ansgar.gilster@ekd.de

Foto: DEKT/Jens Schulze

Das Motiv »Dem Leben Brücken bauen« ist als Postkarte und zum Download erhältlich. Weitere Informationen unter www.interkulturellewoche.de und auf der letzten Heftseite.

Gestaltung: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

KOMMUNEN DÜRFEN EINE MENGE

WIE STÄDTE UND GEMEINDEN IHREN HANDLUNGSSPIELRAUM BEI DER FLÜCHTLINGSPOLITIK NUTZEN KÖNNEN

HANNES SCHAMMANN

*Können Kommunen eine aktive Flüchtlingspolitik betreiben? Noch vor ein paar Jahren hätten die meisten Praktiker*innen und Forscher*innen wahrscheinlich müde gelächelt und darauf verwiesen, dass Flüchtlingspolitik Sache des Bundes und maximal der Länder sei. Doch die Erfahrungen der letzten Jahre haben diese Sichtweise gründlich geändert. Städte, Kreise und Gemeinden haben gelernt, dass sie innerhalb kürzester Zeit auch größere Zahlen an Menschen unterbringen können. Sie haben erfahren, dass Verwaltung und Zivilgesellschaft effektiv zusammenarbeiten können. Und sie haben gelernt, wo ihre flüchtlingspolitischen Handlungsspielräume liegen – und wie sie sich ausdehnen lassen.*

Drei Typen kommunaler Aufgaben

Ungeachtet bundeslandtypischer Besonderheiten lassen sich die Aufgaben der Kommune grundsätzlich in drei Typen unterscheiden: Bei den sogenannten weisungsgebundenen Pflichtaufgaben werden Aufgabeninhalt und -durchführung detailliert durch das Land vorgegeben. Ein Ermessensspielraum ist eigentlich nicht vorgesehen, da die Ministerien des Landes das »Ob« und »Wie« der Aufgabenerfüllung grundsätzlich im Detail steuern können. Bei den Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung besteht eine Verpflichtung zum kommunalen Handeln. Zusätzlich sind Zielrichtung und Umsetzung der Maßnahmen durch Landesgesetze oder Verordnungen vorgegeben. Allerdings sind Eingriffe in die Umsetzung durch Ministerien eher selten. Den größten Gestaltungsspielraum haben Kommunen im Bereich der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben. Hier kann lokale Politik entscheiden, ob sie überhaupt tätig wird und wie sie dabei vorgeht. Die Landesministerien wachen lediglich über die Einhaltung bestehender Gesetze.

Aufenthaltsrecht, Unterbringung und Sozialleistungen

Eine Pflichtaufgabe der Kommunen ist der Vollzug des Aufenthaltsrechts. Beispielsweise stellen kommunale Ausländerbehörden nach Ablehnung eines Asylantrags fest, ob Abschiebungshindernisse vorliegen und für wie lange ggf. eine Duldung, also die Aussetzung einer Abschiebung, ausgestellt werden kann. Sie entscheiden auch darüber, ob Asylsuchende ihrer Mitwirkungspflicht, zum Beispiel bei der Passbeschaffung, nachgekommen sind. Erkennen sie hier Versäumnisse, kann etwa der Zugang zu Arbeit, Ausbildung oder Studium versagt werden. Die Sachbearbeitenden in Ausländerbehörden gehen dabei mit zahlreichen Ermessensspielräumen und unbestimmten Rechtsbegriffen um. Dies hat zur Folge, dass das Aufenthaltsrecht teilweise – überspitzt ausgedrückt – vor Ort neu geschrieben wird.

Forschungen zur Abschiebungspraxis in deutschen Kommunen zeigen, dass zivilgesellschaftliches Engagement und das lokale Klima die Entscheidungen der Ausländerbehörde stark beeinflussen. In offiziellen Integrationskonzepten der Kommunen wird die Ausländerbehörde jedoch bislang kaum mitgedacht, selten sitzen ihre Vertreter*innen in Integrationskommissionen. Im Einbezug der Ausländerbehörden liegt jedoch ein enormer Spielraum. Wird dies von Kommunalverwaltungen nicht erkannt, kann Zivilgesellschaft diese Frage durchaus auf die Tagesordnung der Lokalpolitik bringen. Einige Beispiele für Kommunen, in denen die Ausländerbehörde intensiv

Ein Werkzeugkasten gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit

European Coalition of Cities against Racism

Die European Coalition of Cities against Racism (ECCAR) ist ein Zusammenschluss von 146 Städten (39 davon in Deutschland), die sich in besonderer Weise zum Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit bekennen. Die Coalition wurde 2004 in Nürnberg gegründet und hat in einem Aktionsplan zehn Punkte festgehalten, welche die Städte in ihre kommunale Politik und ihre Strukturen integrieren wollen, etwa verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus, die Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen oder bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung.

Um Kommunen bei der Erarbeitung und Umsetzung eines Aktionsplanes zu unterstützen, hat die ECCAR ein »Toolkit« (Werkzeugkasten) mit ganz konkreten Tipps herausgebracht. Sie reichen von der Planung und der Einbindung von relevanten Akteur*innen über die Umsetzung bis hin zum »Dranbleiben«, damit der Aktionsplan keine Eintagsfliege bleibt.

➔ **Die Broschüre kann unter www.eccar.info heruntergeladen werden (unter »Toolkit for Equalitiy«)** (sb)

Foto: Steffen Blatt

Kinder aus einer geflüchteten Familie aus Syrien freuen sich 2016 über ihr neues Zimmer in ihrer Unterkunft in Röhrsdorf bei Chemnitz. Foto: UNHCR / Gordon Welters

in die lokale Integrationspolitik eingebunden ist, sind die Städte Wuppertal, Hamm und Freiburg i. Br. sowie der Landkreis Böblingen (Baden-Württemberg) oder der Burgenlandkreis (Sachsen-Anhalt).

Ein zweiter Komplex an Pflichtaufgaben umfasst die Schaffung von Wohnraum und die Sozialleistungen. Hier ergeben sich erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten in der Praxis. Auch wenn beispielsweise die Standards einer Sammelunterkunft vom jeweiligen Bundesland vorgegeben werden, liegt es im Ermessen der Kommune, ob sie weitere Standards setzt und noch während der Such- und Bauphase zivilgesellschaftliche Akteure einbezieht und/oder informiert.

Auch bei der Gewährung sozialer Leistungen, zu denen auch die Gesundheitsversorgung zählt, haben Kommunen erheblichen Spielraum. Beispielsweise haben Asylbewerber*innen und Geduldete in den ersten 15 Monaten lediglich Anspruch auf die Behandlung akuter Erkrankungen. Kommunen der meisten Bundesländer können aber selbstständig darüber entscheiden, wie sie die Prüfung der Notwendigkeit gestalten, d. h. welche bürokratischen Hürden sie Asylsuchenden auf dem Weg zu einem Arztbesuch auferlegen. Auch Fragen der Notwendigkeit von psychosozialer Begleitung, der Zugang zu Gesundheitsleistungen für Menschen, die eine oder mehrere Voraussetzungen für Aufenthalt oder Einwanderung nicht erfüllen, sowie Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung des lokalen Gesundheitswesens können durch Kommunen geklärt werden. Als seit Jahren bereits sehr fortschrittlich gelten beispielsweise Kiel und München.

Bildungsangebote, insbesondere Kinderbetreuung

Im Rahmen der verpflichtenden Selbstverwaltungsaufgaben sind Kommunen Träger von Schulen, übernehmen Aufgaben der Jugendhilfe oder betreiben Kindertageseinrichtungen. Wie die staatlichen Schulämter des Landes gemeinsam mit kommunalen Stellen beispielsweise die Schulpflicht durch- und umsetzen, kann sehr unterschiedlich sein: Werden Schülerinnen und Schüler mit Fluchterfahrung in einem inklusiven Ansatz auf bestehende Klassen verteilt, oder werden gesonderte »Willkommensklassen« eingerichtet? Werden spezielle begleitende Angebote für Asylsuchende geschaffen oder bestehende Einrichtungen für Flüchtlinge geöffnet? In solchen Fragen spiegelt sich die Diskussion um eine interkulturelle Öffnung kommunaler Einrichtungen.

Diese Debatte ist für kommunale Integrationspolitik geradezu paradigmatisch und wird je nach Standort bereits unterschiedlich lange, unterschiedlich intensiv und mit unterschiedlichem Ausgang geführt. Besonders große Unterschiede zwischen Kommunen gibt es auch mit Blick auf den Besuch von Kitas: Für Geflüchtete gilt der allgemeine Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Die Verwirklichung des Rechtsanspruchs ist jedoch erstens davon abhängig, ob vor Ort genügend Plätze vorhanden sind. Zweitens müssen Geflüchtete ihren Rechtsanspruch kennen. Einige Kommunen scheinen die Hoffnung zu haben, dass der Kita-Besuch aus kulturellen Gründen wenig nachgefragt wird und daher auch nicht gesondert beworben werden muss.

Beratung, Arbeitsmarktintegration, Förderung von Zusammenhalt und Engagement

Unter die freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben kann beispielsweise die positive Antwort auf die Frage fallen, ob Migrationsberatungsstellen auch für Asylsuchende mit schlechter oder unklarer Bleibeperspektive bereitgestellt werden. Auch zusätzliches arbeitsmarktpolitisches Engagement der Kommune jenseits der üblichen Angebote der Jobcenter und Arbeitsagenturen fällt in diese Kategorie. Dies gilt auch für Projekte zur Herstellung des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Ort, also zum Beispiel Begegnungsprojekte, oder die Förderung des freiwilligen Engagements.

Natürlich hängen die Spielräume bei den freiwilligen Leistungen teilweise von der kommunalen Finanzlage ab. Doch mindestens ebenso entscheidend ist der kommunalpolitische Wille. Dies betrifft nicht nur die Finanzen, sondern auch die Einbindung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft in die flüchtlingspolitische Strategie der Kommune. Zur Finanzierung entsprechender Maßnahmen und Projekte gibt es außerdem zahlreiche Fördertöpfe auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Die Kommune muss sich nur zutrauen, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Prof. Dr. Hannes Schammann ist Professor für Migrationspolitik an der Universität Hildesheim

➔ **Kontakt:** hannes.schammann@uni-hildesheim.de

Foto: Isa Lange, Uni Hildesheim

Ein neues Feld: Initiativen zur kommunalen Aufnahme von Flüchtlingen

Seit einiger Zeit melden sich Kommunen auch in einem Feld zu Wort, in dem sie eigentlich gar keine Kompetenzen haben: die direkte Aufnahme von Flüchtlingen aus Dritt- oder anderen EU-Staaten. Besonders prominent sind dabei die Aktivitäten der deutschen »Seebrücke«, aber auch einzelner Kommunen in ganz Europa (zum Beispiel Palermo, Barcelona, Danzig). Angesichts der verfahrenen Situation zwischen europäischen Mitgliedsstaaten bieten sich Kommunen als Teil einer Lösung an.

Noch allerdings sind Ideen eines »kommunalen Relocation-Mechanismus« oder gar eines »kommunalen Visums« weit von einer Realisierung entfernt. Doch es mehren sich die Stimmen, die fordern, dass diejenigen über die Verteilung von Geflüchteten entscheiden sollten, die es am meisten betrifft: die Kommunen und die Schutzsuchenden selbst. Bis es soweit ist, bleibt kommunalen Initiativen die Möglichkeit, ihr Bundesland zu überzeugen, ein Sonderaufnahmeprogramm zu starten. Dies ist in Abstimmung mit dem Bundesinnenministerium möglich und wurde auch bereits mehrfach durchgeführt.

Fazit

Städte und Gemeinden in Stadt und Land dürfen und können also eine ganze Menge in der Flüchtlingspolitik. Sie sind sich dessen nur nicht immer bewusst. Es braucht daher eine breite lokale Debatte darüber, wie mit den verschiedenen Spielräumen umgegangen werden sollte. Im besten Fall werden Pflicht- und freiwillige Aufgaben dann gemeinsam in ein kohärentes Integrationskonzept zusammengefügt – und das unter Beteiligung migrantischer und nicht-migrantischer Akteur*innen. Wie aktiv hier eine Kommune ist, hängt nicht so sehr von ihrer finanziellen Ausstattung ab. Auch die geografische Lage – also: ländlich oder städtisch – scheint für die Frage, wie modern und fortschrittlich kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik ist, nicht ausschlaggebend. Viel wichtiger ist der politische Wille, etwas bewegen zu wollen.

»DER UN-MIGRATIONSPAKT IST EINE GROSSE CHANCE FÜR EINE FAIRERE MIGRATIONSPOLITIK«

ANKE WIEDEMANN VON CARITAS INTERNATIONAL BERICHTET VON DER INTERNATIONALEN KONFERENZ IN MARRAKESCH

FRIEDERIKE EKOL

Anke Wiedemann, Referentin für die Themen Flucht und Vertreibung bei Caritas international, reiste Anfang Dezember nach Marrakesch und diskutierte dort auf einer internationalen Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaften und Regierungen über Chancen und Herausforderungen des UN-Migrationspakts. Hier beantwortet sie die wichtigsten Fragen rund um das Papier und die Konferenz.

Wie kam es zum Migrationspakt?

Die Vereinten Nationen (UN) schätzen die Zahl der Migrant*innen auf weltweit 358 Millionen. Angesichts zunehmender Flucht- und Migrationsbewegungen, etwa im Jahr 2015 nach Europa, drängten viele Nationalstaaten auf Abkommen in der Migrationspolitik, um die internationale Verantwortungsteilung zu verbessern. Im September 2016 einigten sich die Mitgliedsstaaten der UN in ihrer »New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten« auf die Ausarbeitung zweier globaler Rahmenwerke zum Umgang mit Migrations- und Fluchtbewegungen. Am 10. Dezember 2018 wurde der »Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration« in Marrakesch von 164 Staaten angenommen.

Was beinhaltet der Migrationspakt und wie verbindlich ist er?

Der UN-Migrationspakt enthält 23 Ziele, auf die sich die Länder, welche das Abkommen unterzeichnet haben, verpflichten. Sie umfassen etwa den grenzüberschreitenden Kampf gegen Schleuser, Erleichterungen bei der Anerkennung von Qualifikationen, Abstimmungen bei Grenzkontrollen oder die Erhebung von Daten. Der Pakt ist jedoch rechtlich nicht bindend – die Umsetzung der Ziele ist somit vom Willen der internationalen Staatengemeinschaft und politischen Konstellationen abhängig. Die Souveränität der Nationalstaaten wird – wie im Vorfeld der Annahme oft fälschlicherweise behauptet – nicht angetastet; es handelt sich um eine Absichtserklärung der Unterzeichnerstaaten.

Worum genau ging es auf der Konferenz und wie war die Stimmung vor Ort?

Einer der Schwerpunkte der Gespräche war die Frage, wie die Einhaltung grundlegender Rechte für Migrantinnen und Migranten sichergestellt werden kann. Es war ein spannender und intensiver Austausch. So wurde über verschiedenste Themen diskutiert: Von potenziellen Wegen für sichere und legale Migration, über den Zusammenhang von Klimawandel und Migration bis zum Themenbereich Integration, Rückkehr und Reintegrati-

Anke Wiedemann ist Referentin für die Themen Flucht und Vertreibung bei Caritas international, das weltweit tätige Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes.

Kontakt:
anke.wiedemann@caritas.de

on. Die zivilgesellschaftlichen Akteure, zu denen auch wir uns zählen, werden im Prozess als »Brückenbauer« zwischen Regierungen, internationalen Organisationen und kritischen Stimmen verstanden.

Welche Chancen bietet der Migrationspakt? Und wo sehen Sie Herausforderungen?
Eine Herausforderung stellt zum Beispiel die innenpolitische Instrumentalisierung des UN-Migrationspaktes dar. In einigen Ländern wie etwa Ungarn, Österreich, Israel oder den USA ist der Pakt gänzlich abgelehnt worden. Auch in Deutschland wurde viel darüber diskutiert. Dabei dient er vor allem dazu, sich auf eine geordnete, sichere und reguläre Migration zu einigen und Rechte und Pflichten von allen beteiligten Akteuren klarer zu definieren. Eine weitere Herausforderung ist die Unverbindlichkeit des Pakts.

Wie ist Ihre persönliche Prognose, was den Pakt anbelangt?
Es bleibt abzuwarten, wie der Pakt in Zukunft mit Leben gefüllt wird. Ich hoffe, dass sich die Lage von Migrant*innen, die oft Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind, verbessern wird. Die allgemeinen Menschenrechte, Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit müssen gewahrt sein. Der Migrationspakt stellt eine große Chance für eine fairere Migrationspolitik dar: die Interessen von Herkunfts-, Transit- und Zielländern sowie Migrantinnen und Migranten können zusammengebracht werden.

Neben dem Migrationspakt gibt es den Pakt für Flüchtlinge. Wofür steht dieses Abkommen?
Vor dem Hintergrund stark gestiegener Flüchtlingszahlen hat der Pakt für Flüchtlinge das Ziel, die internationale Lasten- und Verantwortungsteilung bei akuten und langandauernden großen Fluchtbewegungen zu verbessern. So sollen beispielsweise die Hauptaufnahmeländer von Flüchtlingen entlastet werden oder die Eigenständigkeit von Flüchtlingen gestärkt werden.

Foto: Stefan Rother

Sollte auch im Rahmen der Interkulturellen Woche über die Pakte gesprochen werden?
Die beiden Vereinbarungen lassen sich sehr gut mit dem großen Themenfeld Migration und Integration verbinden. Es lohnt sich, die Ziele genauer anzuschauen und gemeinsam zu diskutieren, was dies für die Herkunfts-, Transit- und Aufnahmeländer bedeutet und wie eine Umsetzung in nationale Rechtsprechung aussehen kann. Lassen sich die Ziele mit aktuellen Bestimmungen vereinbaren? Denkbar wäre auch ein Planspiel: Die Teilnehmenden nehmen die Rolle eines/einer Regierungsvertreter*in ein und verhandeln untereinander. Dies veranschaulicht die Interessen der Staaten und die Herausforderung auf internationaler Ebene zu kooperieren und gemeinsame Lösungen zu finden.

ALLES ANDERE ALS EIN SICHERER ANKER FÜR GEFLÜCHTETE MENSCHEN

IN DEN ANKER-ZENTREN ZEIGEN SICH DIE AUS GROSSUNTERKÜNFTEN BEKANNTEN PROBLEME

SIMONE HAAF

Nach der Veröffentlichung des Koalitionsvertrags im Frühjahr 2018 wurde bundesweit über sie diskutiert; in seinem »Masterplan Migration« skizzierte Bundesinnenminister Horst Seehofer seine Vorstellung zu ihrer Ausgestaltung und die Jury der Aktion Unwort des Jahres wählte den Begriff auf Platz drei der Unwörter 2018. Seit Frühjahr 2018 erhielten sogenannte AnkER-Zentren große Aufmerksamkeit.

Doch was ist ein AnkER-Zentrum?

Der Begriff »AnkER« ist eine Abkürzung für »Ankunft, Entscheidung kommunale Verteilung bzw. Rückführung«. In den Zentren sollen – laut Konzept – Schutzsuchende nach ihrer Ankunft in Deutschland zentral untergebracht und ihre Identität festgestellt, anschließend ihr Asylantrag zügig bearbeitet und entschieden und schließlich abgelehnte Antragsteller*innen schneller abgeschoben werden. Grundsätzlich soll nur wer eine sogenannte positive Bleibeprognose hat bzw. als Flücht-

ling anerkannt wird in kommunale Unterbringungen weiter verteilt werden. Für eine Beschleunigung der Asylverfahren sollen in den Zentren alle am Asylverfahren beteiligten Behörden vor Ort präsent sein und zusammenarbeiten.

Wo gibt es AnkER-Zentren?

Seit August 2018 wurden sieben bereits bestehende Standorte in Bayern sowie jeweils ein Standort in Sachsen und im Saarland in AnkER-Zentren umbenannt und werden nun in einer zunächst 12- bis 18-monatigen »Pilotierungsphase« erprobt. Derzeit plant kein weiteres Bundesland die Inbetriebnahme eines AnkER-Zentrums.

Wie läuft es nun in den bestehenden AnkER-Zentren?

AnkER-Zentren sind als Großunterkünfte angelegt, die Kapazität erreicht bis zu 1500 Menschen pro Standort. In einigen der Zentren bieten freie Träger, darunter auch die Caritas Beratung und Unterstützung für die Bewohner*innen an. Ihre Erfahrung zeigt, dass, kaum verwunderlich, die bereits aus anderen Großunterkünften bekannten Probleme auch in AnkER-Einrichtungen vorherrschen: Fehlende Privatsphäre, weil z. B. Zimmer nicht abschließbar sind, mangelhafte hygienische Bedingungen, eine unzureichende Versorgung von Personen mit besonderen Schutzbedarfen, weitgehender Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe, weil die Unterkünfte fernab von Kommunen liegen, und der oftmals auch für Flüchtlingsorganisationen, Anwält*innen und Ehrenamtliche reglementierte Zugang.

Durch das geltende Sachleistungsprinzip erhalten die Menschen keine Geldleistungen, sondern teils Lebensmittelpakete, in der Regel Kleidungslieferungen und Ähnliches. Das geltende Arbeitsverbot nimmt den Bewohner*innen solcher Unterkünfte zudem die Möglichkeit eigenes Geld zu verdienen. Insbesondere für in den Einrichtungen lebende Kinder und Jugendliche, die häufig keine regulären Schulangebote bzw. Kindergärten besuchen, ist diese Lebenssituation sehr bedrückend.

Immer wieder finden Polizeirazzien und Abschiebungen statt; nicht selten mitten in der Nacht. Für Menschen, die ohnehin in ständiger Angst leben, abgeschoben zu werden, kann dies traumatisierend wirken. Die geballte Perspektivlosigkeit ist oftmals sehr belastend mit negativen Folgen für das psychische und körperliche Befinden. Die Erfahrung vor Ort zeigt auch, dass durch die Unterbringung mehrerer hundert Menschen auf engem Raum Konflikte gefördert werden.

Insbesondere Menschen mit unklarer Bleibeperspektive sitzen teils monate- bzw. gar jahrelang in den Zentren fest. Diese Situation wird auch dadurch befördert, dass die persönliche Anhörung von Schutzsuchenden im Asylverfahren in AnkER-Zentren ohne Vorbereitung durch unabhängige Beratungsstellen bzw. anwaltliche Begleitung stattfindet. Viele klagen gegen einen ablehnenden Asylentscheid. So findet eine Verlagerung der Sachverhaltsklärung auf gerichtliche Verfahren statt. Und während des laufenden Verfahrens verbleiben die Betroffenen mit unklarer Bleibeperspektive in den Zentren.

Was muss sich ändern?

Mit Blick auf die Unterbringung von Schutzsuchenden sind, um nur einige der zentralen Punkte zu nennen, folgende Änderungen dringend nötig: Verbindliche Unterbringungsstandards müssen geschaffen und eingehalten werden. Dazu zählen beispielsweise besser ausgestattete, kleinere und abschließbare Räumlichkeiten und die Etablierung von Gewaltschutzkonzepten. Es sollte wenigstens die Möglichkeit geben, selbst Essen einzukaufen oder zu kochen. Auch sollte geflüchteten Kindern der frühzeitige Besuch von Kitas bzw. Regelschulen ermöglicht werden. Die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in AnkER-Zentren ist generell kritisch zu sehen. Die Erfahrungen von Caritas-Einrichtungen vor Ort bestätigen, was auch durch Studien belegt ist: Eine adäquate Unterbringung von Minderjährigen in solchen Großunterkünften ist nicht möglich; sie wird der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen nicht gerecht. Gleiches gilt auch für andere Menschen, die einen zusätzlichen besonderen Schutzbedarf haben, wie beispielsweise schwangere Frauen. Nicht zuletzt muss für alle Bewohner*innen die Aufenthaltsdauer in AnkER-Zentren und anderen Großunterkünften deutlich verkürzt werden.

Essentiell für die Gewährleistung eines fairen Verfahrens ist auch, dass die Asylverfahrensberatung in AnkER-Einrichtungen durch von Behörden unabhängige Beratungsstellen durchgeführt wird. Eine klare personelle, institutionelle und räumliche Trennung von behördlichen Stellen, welche für eine vertrauensvolle Beratung erforderlich ist, ist bei der derzeit durch das BAMF durchgeführten Beratung nicht gewährleistet.

»Eine adäquate Unterbringung etwa von Minderjährigen und Schwangeren in solchen Großunterkünften ist nicht möglich.«

Wie kann das Thema aufgriffen werden?

Die Interkulturelle Woche kann genutzt werden, um auf die Situation von Menschen in den AnkER-Zentren aufmerksam zu machen, Missstände zu problematisieren, für Verbesserungen einzutreten und mit den Betroffenen in direkten Kontakt zu kommen.

Gemeinden, Ehrenamtliche und andere Engagierte können sich bei den Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände vor Ort informieren, wie sich beispielsweise ein Willkommenscafé organisieren lässt. Auch eine Diskussionsveranstaltung, die politische Verantwortungsträger vor Ort mit direkt Betroffenen ins Gespräch bringt, wäre eine gute Möglichkeit.

Simone Haaf ist Referentin im Bereich Migration und Integration beim Deutschen Caritasverband. Hier arbeitet sie zu flucht- und asylspezifischen Themen. Schwerpunktmäßig beschäftigt sie sich u.a. mit der Aufnahme und Versorgung von Personen mit besonderem Schutzbedarf sowie der Unterbringung von geflüchteten Menschen in Deutschland.

Kontakt:
Simone.Haaf@caritas.de

Foto: DCV/Jean-Marie Schaldach

»DER HERZSCHLAG GOTTES IST BUNT«

»ZUSAMMEN LEBEN, ZUSAMMEN WACHSEN.« GEDANKEN ZUM PLAKAT DER INTERKULTURELLEN WOCHE

CHRISTOPH STIBA

»Gut, dass wir einander haben, gut, dass wir einander sehn,
Sorgen, Freuden, Kräfte teilen und auf einem Wege gehen.
Gut, dass wir nicht uns nur haben, dass der Kreis sich niemals schließt
und dass Gott, von dem wir reden, hier in unserer Mitte ist.«

Dieser Refrain eines Liedes von Manfred Siebald drückt die Freude über ein gelingendes Zusammenleben aus. Keiner kreist mehr nur um sich oder ist alleine unterwegs. Zusammen wird ein Weg beschritten und Lebensumstände werden geteilt. Dabei kann es passieren: das Zusammenwachsen und zusammen zu wachsen. »Zusammen leben, zusammen wachsen.«, so lautet auch das Motto der Interkulturellen Woche 2019. Ich schaue mir das Plakat genauer an:

Rosa, gelb, lila, hell- und dunkelblau, grün, rot und nicht zu vergessen schwarz und weiß. Kunterbunte Herzen und Kreise formen ein großes Herz auf einer schwarzen Mauer. Ein farbenfrohes Durcheinander. Einzelne Formen mischen und überschneiden sich, prägen einander und wieder andere stechen in ihrem Profil deutlich hervor. Jeder Klecks für sich genommen unspektakulär, doch gemeinsam bilden sie ein Kunstwerk. Ein großes Ganzes, bei dem keiner mehr von seinem Platz wegzudenken ist. Zusammen wirken sie lebendig. Genauso stelle ich mir den Herzschlag Gottes vor: bunt.

Der Herzschlag Gottes ist bunt. Jede Farbe und Form spiegelt eine Facette seines Herzens wieder. Sein Herz schlägt für jede und jeden, für alle Menschen gleich. In ihrer Verschiedenheit nach Geschlecht, Hautfarbe, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung,

Das Motiv »Konfettiherz« ist als Plakat und zum Download erhältlich. Weitere Informationen unter www.interkulturellewoche.de und auf der letzten Heftseite.

Gestaltung: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

nationaler oder sozialer Herkunft, nach Vermögen, Geburt odersonstigem Status. Kein Unterschied bei Gott. Sein Herz schlägt für jeden einzelnen seiner Menschen, interkulturell. In dieser Gemeinschaft der geliebten Menschen Gottes ergänzt einer den anderen. »Keiner, der nur immer redet; keiner der nur immer hört. […] Keiner, der nur immer jubelt; keiner, der nur immer weint« und »Keiner ist nur immer schwach, und keiner hat für alles Kraft«, heißt es in den Strophen des Siebald-Liedes weiter. Zusammen ist man weniger allein und kann voneinander profitieren. Man braucht einander, um zusammen zu wachsen. Doch bei aller Liebe – das ist nicht immer leicht. Wie kann es gelingen, zusammen zu leben?

Der Baptistenpastor und Bürgerrechtler Dr. Martin Luther King, der in diesem Jahr seinen 90. Geburtstag feiern würde, sagte: »Das ist das große neue Problem der Menschheit. Wir haben ein großes Haus geerbt, ein großes ›Haus der Welt‹, in dem wir zusammen leben müssen – Schwarze und Weiße, Morgenländer und Abendländer, Juden und Nichtjuden, Katholiken und Protestanten, Moslems und Hindus – eine Familie, die in Ideen, Kultur und Interessen zu Unrecht getrennt ist, die, weil wir niemals wieder getrennt leben können, irgendwie lernen muss, in Frieden miteinander auszukommen.«

Eine Gesellschaft, in der dieses Miteinander gelingt, nennt King eine »Beloved Community«. In dieser Gemeinschaft wird der andere als Bereicherung wahrgenommen und jede und jeder ist in seiner Andersartigkeit willkommen. Sich mit seinem Gegenüber an einen Tisch zu setzen, sich mit ihm oder ihr auseinanderzusetzen: Was denkt er eigentlich über das eine Thema und was braucht sie, damit sie sich zu uns setzt? Eine solche Gesprächskultur, die den anderen annimmt und wertschätzt, kann das Fundament für ein »Haus der Welt« sein. In Deutschland bilden wir mit unseren unterschiedlichen Kulturen und Religionen ein kleines »Haus der Welt« ab. Wir haben die Wahl, wie wir dieses Haus gestalten. Martin Luther King würde gemäß dem Herzschlag Gottes sagen: »Zusammen leben, zusammen wachsen.«

Christoph Stiba ist Präsident der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF)

Kontakt:
praesident@vef.de

Foto: Mirko Thiele

»KULTUR HAT VON SICH AUS ETWAS PARTIZIPATORISCHES«

GEDANKEN AUS EINEM JÜDISCH-CHRISTLICHEN GESPRÄCH ÜBER INTERKULTURALITÄT, DAS VERHÄLTNIS VON KULTUR UND RELIGION UND DIE NOTWENDIGKEIT GEGENSEITIGER TEILHABE

INNA GOUDZ UND WOLFGANG HÜLLSTRUNG

Es mag paradox erscheinen, dass die Interkulturelle Woche eine Initiative von Religionsgemeinschaften darstellt. Denn in unserer Gesellschaft wird das Religiöse häufig wahrgenommen als etwas, das der Abgrenzung dient. Durch Religion werden Zugehörigkeiten und Nicht-Zugehörigkeiten definiert. Doch sind gelebte Religionen viel mehr als nur die Wiedergabe theologischer Überzeugungen oder die Befolgung religiöser Vorschriften. Gelebte Religion kleidet sich stets in kulturelle Formen. Sie schlägt sich nieder in einem religiösen Kalender, in kulinarischen Traditionen, in Bräuchen der Bekleidung, der Musik, in bestimmten religiösen Zeichenhandlungen usw. Indem sich Religion in kulturelle Formen kleidet, wird sie sichtbar, spürbar, von außen wahrnehmbar – also wahrnehmbar für alle Menschen.

»Kultur verstehen wir alle gemeinsam als etwas Partizipatorisches« (Inna Goudz). Dieses Partizipatorische entfaltet seine Wirkung in zwei Richtungen: Einerseits stehen die kulturellen Formen, in die sich religiöser Glaube und religiöse Sitte kleiden, im Austausch mit der allgemeinen Kultur und Sprache, in der man lebt. Andererseits sind es gerade die kulturellen Formen von Religion, die einen erlebbaren Zugang auch für Menschen anderer Kulturen eröffnen.

Religiöses im Rahmen von Kulturveranstaltungen zu thematisieren – z. B. bei den Jüdischen Kulturtagen Rhein-Ruhr oder bei der Interkulturellen Woche –, hat den großen Vorteil, Partizipation zu ermöglichen über alle Grenzen hinweg. Menschen können teilnehmen und sinnlich nachvollziehen, was in einer bestimmten Religion gelebt wird. »Man kann für einen Moment partizipieren, ohne gleich in Zugehörigkeitskonflikte zu geraten« (Wolfgang Hüllstrung).

In diesem Sinne wurde z B. bei den Jüdischen Kulturtagen Rhein-Ruhr eine neue Idee realisiert: Die Veranstalter haben ein Festival-Zentrum eingerichtet, in dem der jüdische Landesverband selbst Veranstaltungen organisiert. Das Thema lautete in diesem Jahr »zuhause«. Das Festival-Zentrum diente in gewisser Weise als ein »Zuhause«, indem dort erlebbar gemacht wurde, was Menschen jüdischer Prägung »zu Hause« machen, wie sie ihren Alltag – jenseits des sakralen Raums der Synagoge – kulturell und religiös gestalten. So wurden im Festival-Zentrum familiäre Zeremonien gefeiert, auch eine Schabbat-Feier wurde be-

Inna Goudz ist Referentin für Kultur des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein K.d.ö.R. und Projektleiterin der Jüdischen Kulturtage Rhein-Ruhr 2019

Wolfgang Hüllstrung ist Beauftragter der Evangelischen Kirche im Rheinland für den Christlich-Jüdischen Dialog.

Kontakt: wolfgang.huellstrung@ekir.de

Foto: privat

»Trotz aller Unterschiede, die in interkulturellen Begegnungssituationen erlebbar werden – manchmal auch verbunden mit befremdlichen Erfahrungen – birgt die kulturelle Perspektive aber auch die Chance, universelle Gemeinsamkeiten zu entdecken.«

gangen. Eine zentrale Rolle spielte dort natürlich die jüdische Küche, die eine unglaublichen Breite und Vielfalt charakterisiert und anhand derer sich zeigen lässt: »In dieser jüdischen Küche steckt irgendwie die gesamte Geschichte des Judentums drin« (Inna Goudz).

Aber noch etwas Anderes ist wertvoll am kulturellen Blick auf Religion: Man richtet seine Aufmerksamkeit nicht auf das Vereinheitlichende, sondern auf die Vielfalt unterschiedlicher Traditionen, Bräuche, aber auch Lehren innerhalb einer einzelnen Religion wie auch im Vergleich der Religionen untereinander. Dabei wird deutlich: Diese Vielfalt mag sich zum Teil bestimmten theologischen Differenzen verdanken, sie verdankt sich in vielen Fällen aber eher den Kulturen, in denen sich Religionen entfalten.

Für Christinnen und Christen in Deutschland wird dieser kulturelle Aspekt des Religiösen besonders deutlich in der Begegnung mit den zahlreichen, meist kleinen Gemeinden oder Kirchen außereuropäischer Provenienz. Sie setzen sich zusammen aus zugewanderten Menschen, die ihre Kultur mit nach Deutschland bringen – und damit auch die kulturellen Formen, in die sie christlichen Glauben und christliche Frömmigkeit kleiden. So kann man heute in den meisten Großstädten am Sonntag an christlich-evangelischen Gottesdiensten in unterschiedlichsten kulturellen Formen teilnehmen. Und dabei spielen die Klänge, die Gebetshaltungen, die Bewegungen – alles sinnlich Wahrnehmbare eine herausragende Rolle. Nicht zuletzt natürlich auch das gemeinsame Essen, das in diesen Gemeinden stets nach dem Gottesdienst auf dem Programm steht.

Trotz aller Unterschiede, die in interkulturellen Begegnungssituationen erlebbar werden – manchmal auch verbunden mit befremdlichen Erfahrungen – birgt die kulturelle Perspektive aber auch die Chance, universelle Gemeinsamkeiten zu entdecken. Menschen, die den Schabbat halten, werden immer sagen: Das ist für mich ein Tag, an dem ich durchatme. Das ist für mich ein Tag, an dem ich kein Telefon benutze, an dem ich kein Geld ausgebe, an dem ich keine E-Mails lese, an dem ich mich nur meiner Familie und mir selbst widme. Natürlich hat dieser Tag zu tun mit einem religiösen Gebot. Aber auf der Ebene der konkreten Erfahrung, taucht hier Vieles von dem auf, was man heutzutage in Ratgebern zur Work-Life-Balance findet.

Andererseits kann für jemanden, der mit der Einhaltung des Schabbats vertraut ist, die Zeit der Weihnachtstage eine wunderbare Erfahrung darstellen: Alle Jahre wieder kann man sich darauf verlassen, dass es ein paar Tage gibt, an denen das normale Leben kollektiv unterbrochen wird, an denen nichts Geschäftliches passiert. Es sind Tage, an denen sich die Menschen gemeinsam Zeit nehmen für sich selbst und für ihre Familien. An dieser Erfahrung, die zu Weihnachten gehört, kann man auch als Jüdin oder Jude gerne partizipieren.

Aber nicht nur in Bezug auf das Zusammenleben mit Juden und Jüdinnen in unserem Land, sondern letztlich in Bezug auf uns alle bleiben interkulturelle Veranstaltungen ein unersetzliches Instrument, um Möglichkeiten der Teilhabe zu schaffen. Ohne sie wird unsere Gesellschaft wohl kaum eine Kultur der Konvivenz, des Zusammenhalts und der gegenseitigen Solidarität bewahren können.

HEIMAT FÜR ALLE

WAS BEDEUTET KIRCHE-SEIN IN EINER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT?

PFARRERIN AGUSWATI HILDEBRANDT RAMBE

Wo ist deine Heimat? Was bedeutet Heimat für dich?« Auf diese einfache Frage habe ich meist keine einfache Antwort. Als gebürtige Indonesierin, die schon über 20 Jahre in Deutschland lebt, verbindet mich das mit vielen Menschen in diesem Land, vielleicht auch weltweit: Im Zeitalter der Migration steht für sie »Heimat« im Plural, eben nicht im Sinne eines »Entweder-oder«, sondern eines lebendigen und spannungsreichen »Sowohl-als-auch« und »dazwischen«. Es ist interessant zu beobachten, dass der Heimatbegriff in den letzten Jahren in Deutschland wieder an Aktualität gewonnen hat. Zahlreiche Diskussionen darüber reichen von einer romantischen Besinnung auf etwas, was schon längst vergangen und verloren scheint, bis hin zu einem semantischen Kampf zur Verteidigung von kulturellen, politischen und sozialen Räumen.

»Was bedeutet Heimat für mich?« Das fragen sich nicht nur die Neuankömmlinge, sondern auch die Alteingesessenen.
Foto: Kreuzschnabel / Lizenz: www.artlibre.org

Pfarrerin Dr. Aguswati Hildebrandt Rambe arbeitet in der Fachstelle »Interkulturell Evangelisch in Bayern« der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche.

Kontakt:
interkulturell@elkb.de

Foto: ÖVA / Nils Bornemann

Die Debatte um Heimat wird in letzter Zeit sehr oft in Verbindung gebracht mit Geflüchteten oder mit Migrant*innen insgesamt, so als ob mögliche Ursachen für Bedrohung und Verlust von Heimat aus der Perspektive der Aufnahmegesellschaft allein in der Ankunft von Fremden zu suchen wären. Dabei gibt es sehr unterschiedliche Faktoren für Heimatverlust. Wirtschaftliche Entwicklungen in Zeiten der Globalisierung führen zu starken Veränderungen kultureller und sozialer Räume: Das Verschwinden von Wäldern für ein neues Wohnbauprojekt, die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland oder die Schließung von kleinen Betrieben zugunsten großer Handelsketten sind nur wenige Beispiele für die Veränderungen sozialer und kultureller Räume, die einen wichtigen Teil dessen prägen, was Menschen als Heimat erleben. Solche Veränderungen führen wiederum zu Entfremdung und Unsicherheit in der Gesellschaft. Sie korrespondieren mit dem großen Wunsch und der Sehnsucht nach Sicherheit und Verlässlichkeit.

Wenn das Bild von Heimat also etwas zu tun hat mit einer solchen Sehnsucht nach Sicherheit und Geborgenheit, dann haben nicht nur die neu Hinzugekommenen ein Bedürfnis nach Beheimatung, sondern auch die Alteingesessenen, weil beide Entfremdung und Unsicherheit erleben, wenn auch auf unterschiedliche Weise und aus unterschiedlichen Gründen. Und wenn das Bedürfnis nach Beheimatung ein lebendiger Prozess ist, der verschiedene Bereiche des Lebens – einschließlich der spirituellen Dimension – umfasst, dann spielen auch die Religionsgemeinschaften eine wichtige Rolle in diesem Prozess.

Im christlichen Kontext stellt sich deshalb sehr aktuell die Frage, was Kirche-sein in einer Einwanderungsgesellschaft bedeutet – auch im Blick darauf, dass auch die Mitgliedschaft in den etablierten Kirchen selbst inzwischen immer multikultureller zusammengesetzt ist. So haben etwa bis zu 20 Prozent der Mitglieder der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern eine eigene oder familiäre Zuwanderungsgeschichte, und zwar aus über 180 Nationen.

Die Wahrnehmung der eigenen kulturellen Vielfalt als Ausgangspunkt und Kontext der Evangeliumsverkündigung ist ein erster wichtiger Schritt zu einer Antwort auf diese ekklesiologische Frage. Damit verbindet sich die Herausforderung für die Kirche und die Gemeinden vor Ort, die Menschen – und besonders auch die »Alteingesessen« – mit ihren existentiellen Erfahrungen von Heimatverlust und Heimatsuche, Entfremdung und Unsicherheit infolge unterschiedlicher gesellschaftlicher Entwicklungen zu begleiten.

Gerade angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierungen braucht es sowohl soziale, als auch religiöse Räume, in denen kulturelle Diversität positiv sichtbar und als Gabe Gottes gefeiert werden kann. Orte der Begegnung, an denen Menschen erleben, wie Heimat im Miteinander neu gefunden und gestaltet werden kann und die Logik von Ausgrenzung und eines falschen »Entweder-oder« überwunden wird. Einen solchen Raum bietet die Interkulturelle Woche. Damit Kirche ein Ort der Beheimatung ist und wird für alle – jene, die neu hinzugekommen sind und jene, die schon vorher da waren.

»GEBT EINANDER RAUM ZU WACHSTUM UND ENTFALTUNG – FÜR FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT«

EINE PREDIGT ZUM MOTTO DER INTERKULTURELLEN WOCHE »ZUSAMMEN LEBEN, ZUSAMMEN WACHSEN.«

PFARRER DIRK VOOS

Es wächst zusammen, was zusammen gehört«. Dieser Satz von Willy Brandt fasst für viele Menschen bis heute richtig zusammen, was durch den Einheitsprozess in Deutschland 1989/90 geschehen ist. Dabei dachte Willy Brandt gar nicht nur an die Einigung Deutschlands, sondern hoffte mehr auf das Zusammenwachsen Europas. Während dieser Interkulturellen Woche frage ich, gilt dieser Satz sogar für die ganze Welt, dass alle Menschen gemäß dem Motto dieser Interkulturellen Woche »Zusammen leben, zusammen wachsen.«? Was bedeutet dieser Satz, wenn in Deutschland und vielen anderen Ländern inzwischen immer mehr Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen leben? Wenn durch moderne Technik selbst weit entfernte Orte schnell erreichbar sind? Die Welt sozusagen zusammenrückt? Aber auch, wenn so viele Menschen wie noch nie zuvor auf der Flucht und Suche nach einer neuen Heimat sind, wo sie sicher leben können?

Mit meinen Fragen habe ich den Radius des »Zusammenlebens und Zusammenwachsens« immer weiter ausgedehnt und dabei das »Zusammenwachsen« bewusst als zusammengeschrieben aufgefasst. In den Hochzeiten der Globalisierung wurden die Grenzen in der Welt immer mehr aufgehoben, so dass der Glaube an »eine Welt« Gestalt annahm und die Notwendigkeit allgemeiner Verantwortung für das Wohl der Welt von vielen Menschen wahrgenommen wurde. Neben globalem Handel entstanden weltweite Initiativen gegen Armut, für Gesundheit, Klimaschutz und vieles mehr. Viele Geschichten und Aussagen der Bibel unterstützen diese universelle Sicht der Welt und weisen einen Weg gemeinsamer Verantwortung füreinander. Angefangen von der Schöpfungsgeschichte bis hin zu Pfingsten, wenn dort die sprachlichen Verständnisgrenzen zwischen den Menschen durch Gottes Heiligen Geist aufgehoben werden. Oder wenn, wie im Psalm 107, die erlösende Vision entwickelt wird, dass schließlich im Reich Gottes die Menschen von überall, von Osten und Westen sowie von Norden und Süden zusammenkommen und zusammen leben. Dahin soll nach Gottes Willen sich alles entwickeln – zusammenwachsen.

Doch so weit ist es noch nicht. Vielmehr schlägt aktuell die öffentliche Meinung wie so oft auch schon früher wieder um. Nationalismus mit dem Wunsch zur Eingrenzung der eigenen Heimat wird wieder stärker. Auch das kennt die biblische Überlieferung. Schon die Apostelgeschichte berichtet, wie die Menschen an Pfingsten skeptisch reagierten, weil alle auf einmal die Apostel in ihrer eigenen Sprache gehört und verstanden haben. Aber auch die komplementäre biblische Geschichte vom Turmbau zu Babel erinnert daran, wie die Verbundenheit unter Menschen verloren geht. Die Geschichte erzählt von einer Zeit, in der alle Menschen noch eine Sprache sprachen und zusammengehörten. Zusammen suchten sie nach einem geeigneten Ort, zusammen zu leben und zu wachsen. Ich stelle mir vor, die Menschen wollten wachsen im Sinne von sich weiter entwickeln und entfalten. Sie wollten Macht über die Welt, selbst bestimmen, was wird, wie sie leben. Doch dafür brauchen Menschen Raum. Ohne Platz zum Ausprobieren und sich entfalten gibt es solchen Gestaltungsraum nicht. Die Menschen brachen deshalb auf, den richtigen Platz für sich zu finden, und entdeckten ihn in einer Ebene im Lande Schinar. In einer Ebene hat man freien Blick. Für die eigene Entfaltung scheint es keine Grenze zu geben. Weit und breit viel Platz zum Wachsen. Doch weil die Menschen am Horizont keine Grenze erkannten, fanden sie damals keine Ruhe. Sie wurden unzufrieden und unsicher. Irgendetwas stimmte nicht, so dass sie immer weiter schauen wollten. Was ist am Rand des Horizonts? Verpassen sie dort etwas? Droht irgendeine Gefahr? Wegen dieser Unsicherheit und Gier begannen sie, einen hohen Turm zu bauen. So hoch wie es ging –

bis zum Himmel. Dann könnte ihnen nichts passieren. Doch damit übernahmen sie sich. Gemäß der biblischen Erzählung zerstreute Gott sie wegen dieser Hybris, damit sie nicht zu mächtig wurden. Ich verstehe dies aber auch noch anders. Gott begrenzte den Machtbereich der Menschen und zeigte: Halt. Das ist zu viel. Mehr als ihr versteht und beherrscht. Ich ahne, dass die Menschen für die Fülle ihrer Erfahrungen keine gemeinsame Sprache mehr fanden. Es gab zu viele Möglichkeiten, zu unterschiedliche Wünsche und Ziele. Deshalb verloren sie gemeinsame Worte für das, was sie wollten. Die Kommunikation zwischen ihnen funktionierte nicht mehr. So konnten sie sich nicht mehr auf gemeinsame Ziele einigen und brachen ihr Bauvorhaben ab. Sie trennten und zerstreuten sich. Es geschah genau das, was sie vermeiden wollten.

Neben der mythologischen Erklärung der Bibel vom Eingreifen Gottes verbirgt sich in dieser Geschichte die elementare psychologische Erfahrung, was geschieht, wenn Menschen Grenzen fehlen. Ohne erkennbare Grenzen verlieren Menschen sich in der Endlosigkeit. Wo sollen sie Halt machen, um Halt zu haben? Wie sollen sie den Raum finden, sich in Ruhe zu entwickeln und zu wachsen? Menschen brauchen Grenzen zur Orientierung, sodass sie anhalten können und sich aus einem bekannten Erfahrungsraum ausdehnen und entwickeln – wachsen können. Um dann auch

Die Orthodoxe Kirche wendet sich gegen Diskriminierungen

1. Der Herr lehnt als König der Gerechtigkeit (Hebr 7,2-3) die Gewalt und die Ungerechtigkeit ab (Ps 10,5) und verurteilt den unmenschlichen Umgang mit dem Nächsten (Mk 25,41-46; Jak 2,15-16). In Seinem Reich, das bereits jetzt auf Erden in Seiner Kirche abgebildet wird und präsent ist, gibt es keinen Raum für Hass, Feindschaft und Intoleranz (Jes 11,6; Röm 12,10).

2. Die Position der Orthodoxen Kirche in dieser Frage ist eindeutig. Die Kirche glaubt, dass Gott »aus einem einzigen Menschen das ganze Menschengeschlecht erschaffen hat, damit es die ganze Erde bewohne« (Apg 17,26) und dass es »nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau gibt; denn alle sind «eins» in Christus Jesus« (Gal 3,28). Auf die Frage »Und wer ist mein Nächster?« antwortet Christus mit dem Gleichnis des Guten Samariters (Lk 10,25-37) und lehrt dadurch das Niederreißen jeder Trennwand der Feindschaft und der Vorurteile. Die Orthodoxe Kirche bekennt, dass jeder Mensch unabhängig von Hautfarbe, Religion, Herkunft, Geschlecht, Nationalität oder Sprache nach dem Bild und zur Ähnlichkeit Gottes geschaffen wurde und gleiche Rechte in der Gesellschaft genießt. Ihrem Glauben getreu akzeptiert die Orthodoxe Kirche keine Diskriminierungen aus den obigen Gründen, da dies eine unterschiedliche Wertschätzung der einzelnen Menschen bedeuten würde.

Aus dem 6. offiziellen Dokument des Heiligen und Großen Konzils der Orthodoxen Kirche (Kreta 2016) mit dem Titel »**Der Auftrag der Orthodoxen Kirche in der heutigen Welt**« und dem Untertitel »**Der Beitrag der orthodoxen Kirche zum Walten der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Geschwisterlichkeit und der Liebe zwischen den Völkern und zur Überwindung der Rassendiskriminierungen und anderer Diskriminierungen**«.

➔ Das gesamte Dokument ist hier zu finden:
http://tinyurl.com/KonzilKreta2016

Das Monastère de Mirtiotissas auf der griechischen Insel Korfu.
Foto: Friederike Ekol

vorsichtig Grenzen zu überschreiten, um sich weiter zu entfalten und zu entwickeln. Dafür ist Religion wichtig, um zu erfahren und zu erkennen, wie Gott Grenzen setzt. Um anzuerkennen, was Menschen nicht selbst können. Dass Menschen mit dem auskommen müssen, was ihnen an Fähigkeiten und Möglichkeiten gegeben ist. Und trotz der Fülle der Möglichkeiten die eigenen erkennen zu können. Was hat Gott mir als Fähigkeiten und Möglichkeiten gegeben? Welchen Handlungsspielraum habe ich?

Dirk Voos arbeitet als Pfarrer in der Evangelischen Flüchtlings- und Migrationsarbeit Bonn. Dort sind Seelsorge sowie interkulturelle und multireligiöse Begegnungen seine Arbeitsschwerpunkte.

Kontakt:
dirk.voos@ekir.de

Foto: Markus Zielke

Wir Menschen tragen aber auch Mitverantwortung für den Zustand unseres Umfelds. Können wir Menschen zwar nur in den gesetzten Grenzen etwas bestimmen, weil vieles vorgegeben ist, so haben wir doch einen großen Entscheidungsspielraum, unsere Möglichkeiten zu erweitern – zu wachsen. Aber die Grenzen des Raums, den wir bewohnen und entwickeln, müssen wir zusammen mit unseren Mitmenschen bestimmen. Und mit ihnen zusammen sind wir dafür verantwortlich, friedliche menschengerechte Lösungen zu finden. Nicht nur für uns, sondern miteinander. Gott möchte, dass wir gerecht und friedlich zusammen leben.

Die biblische Vision, dass Gott einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen wird, gibt dieses lohnenswerte Ziel für verantwortungsvolles Wachsen vor. Einen Zielort, an dem Frieden herrscht, an dem niemand klagen muss, sondern alle fröhlich zusammen leben können. Wir Menschen können diese Vision zwar nicht allein aus eigenen Kräften verwirklichen. Wir können jedoch versuchen, uns von dieser Vision Gottes inspirieren zu lassen, Schritte zu einem guten und achtsamen Zusammenleben zu gehen. Wenn wir uns wie die Jünger an Pfingsten von Gottes Geist und Wort anleiten lassen, dann beharren wir nicht auf eigenen Standpunkten. Dann können wir andere kulturelle und religiöse Ausdrucksformen ohne Scheu akzeptieren, unseren Lebensraum teilen und zusammen wachsen. Wenn wir anderen Platz zum Entwickeln lassen, dann kann jede und jeder in der Gemeinschaft reifen, seine Fähigkeiten und Möglichkeiten entwickeln und zum Zusammenleben beitragen – für Frieden und Gerechtigkeit. Lasst uns mit Gottes Hilfe und in seinem Geist zusammen leben und wachsen. Amen.

Weitere Liturgiebausteine von Dirk Voos gibt es auf www.interkulturellewoche.de

BAUSTEINE FÜR EINEN GOTTESDIENST

WERNER HÖBSCH

KYRIE

Inmitten von Unsicherheiten und Ängsten, von Ausgrenzung und Aufrüstung weist dein Wort uns den Weg des Friedens und der Hoffnung.

Herr, erbarme dich.

In Zeiten von Unrecht und Gewalt, von Zerstörung und globalem Unrecht weist deine Menschwerdung uns den Weg des Friedens und der Gerechtigkeit.

Herr, erbarme dich.

In Zeiten der Müdigkeit und Resignation, des Rückzugs und schwindender Hoffnung ermutigt uns dein Geist zum Frieden und Weitermachen.

Herr, erbarme dich.

FÜRBITTEN

Gott, Herr des Lebens, dich bitten wir
für die Opfer von Krieg, Terror und Gewalt,
für die Männer, Frauen und Kinder, die der
entfesselten Gewalt erliegen, für die an
Leib und Seele Verletzten.
Liedruf: Herr, erbarme dich, erbarme dich unser, erbarme dich unserer Zeit

für die, die als Opfer der Gewalt ihre Heimat
verlassen mussten, die ihr Hab und Gut
verloren haben, für die Flüchtlinge, die jetzt
unsere neuen Nachbarn sind.
Liedruf

für die Politikerinnen und Politiker in
unserem Land, die in Regierung und
Opposition bereit sind, Verantwortung zu
übernehmen, für die vielen Engagierten
für Frieden und Gerechtigkeit
Liedruf

für die Menschen, die mutig gegen Hass
und Gewalt, gegen Rassismus und Aus-
grenzung aufstehen und sich gegen Stamm-
tischparolen stellen.
Liedruf

für die Menschen in Gruppen und Verbänden,
die sich vom Evangelium inspirieren lassen,
die sich einsetzen für das Zusammenleben
in der Gemeinde und der Stadt.
Liedruf

für uns selbst, wenn wir stark sind und
wenn wir schwach sind, wenn wir vor
Zuversicht strotzen und wenn Kleingläubig-
keit uns erfasst.
Liedruf.

Herr, Gott des Lebens, stehe uns bei. Amen.

FÜRBITTGEBET

Gott, erbarme Dich
der Gerechten und Aufrechten,
dass ihnen Gerechtigkeit zuteil wird.
Erbarme Dich
der Mutlosigkeit,
Ängstlichkeit und Ohnmacht.
Sende aus Deinen Geist,
dass er uns Mut macht,
das Wort gegen Gewalt zu ergreifen
und dem Unrecht zu widersprechen,
dass er uns den langen Atem gibt
im Einsatz für
das zusammen Leben und zusammen
Wachsen in Frieden.

WEM GEHÖRT DAS LAND?

Bitte entschuldigen Sie, dass ich das frage.
Ich weiß, es interessiert eigentlich keinen.
Ich weiß, Politik gehört nicht in die Kirche.
Ich weiß, man kann es auch anders sehen.
Ich weiß, es ist alles nicht so einfach,
gerade nicht in diesen Tagen.
Wem gehört das Land?
Also, ich sag es einfach.
Oder besser, ich lese es vor:
Selig, die keine Gewalt anwenden,
denn sie werden das Land erben.
Und:
Die Armen werden das Land bekommen,
sie werden Glück in Fülle genießen.

GESTERN WAR ALLES BESSER

Höre ich manchen sagen:
Die Menschen freundlicher
Die Straßen sicherer
Die Kirchen voller

Nein
Gestern war nicht alles besser
Blickt nicht zurück!
Verklärt nicht das Gestern

Seht vielmehr:
Neues wächst
schon kommt es zum Vorschein
Merkt ihr es nicht?

Lassen wir uns nicht einreden,
es sei ein Gesetz:
All unser Handeln sei zwecklos
Die da oben blieben oben
Die da unten blieben unten
Geld und Gewalt regieren die Welt

Vielmehr:
Neues wächst
Inmitten der Todeswelt

Menschen stehen auf
Gegen Hass und Gewalt
Und für das Leben

URALTE VERHEIßUNG

Wenn du Hungrigen
dein Brot schenkst
und Gebeugte sättigst,
wenn du Fremde und Flüchtlinge
bei dir aufnimmst,
dann – so die uralte Verheißung –
wird im Dunkel dein Licht erstrahlen.
Und du wirst uralte Trümmer
wieder aufbauen,
Man wird dich nennen:
den Mann, der Risse vermauert,
und die Frau, die Trümmer
zum Wohnen wiederherstellt.
Und sie werden heißen:
Friedensmenschen.
Das aufstrahlende Licht aus der Höhe
möchte unsere Schritte lenken
auf den Weg des Friedens.

Dr. Werner Höbsch leitete bis 2017 das Referat Dialog und Verkündigung des Erzbistums Köln. Er ist weiterhin im interreligiösen Dialog aktiv und Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche.

Kontakt:
Werner.Hoebsch@gmx.de

Foto: ÖVA / Nils Bornemann

ZUSPRUCH

Geh auf
Sonne der Gerechtigkeit
In der Dunkelheit des Tages
Geh auf
Gieß Dich aus
Recht wie Ströme des Wassers
In die Dürre des Landes
Gieß dich aus
Steh auf
Mensch gegen Unrecht und Gewalt
In deinem Dorf, in deiner Stadt
Steh auf
Mach auf
Deinen Mund gegen Hetze und Hass
In der Öffentlichkeit und im Privaten
Mach den Mund auf
Öffne deine Hand
Zum Teilen, zum Frieden
Jeden Tag neu
Öffne dich
Dann wird aufgehen
Die Sonne der Gerechtigkeit
Und Ströme des Rechts fließen
Wie Wasser
Gestärkt vom lebendigen Brot
Fang an
Getragen vom Segen
Geh weiter

WENN ES STIMMT

Schwestern und Brüder,
Wenn es stimmt, dass Reichtum glücklich macht,
sollten wir unser Handeln nur noch am Gewinn orientieren.
Wenn es stimmt, dass der Stärkere immer gewinnt,
sollten wir weiterhin aufrüsten und zuschlagen.
Wenn es stimmt, dass sich eh nichts ändert,
sollten wir bequem sitzen bleiben.
Schwestern und Brüder,
Wenn es aber stimmt, dass den Armen das Reich Gottes gehört,
lasst uns noch heute ihre Solidarität suchen.
Wenn es stimmt, dass die Gewaltlosen das Land erben,
lasst uns noch heute Gewaltlosigkeit einüben.
Wenn es stimmt, dass die reinen Herzens Gott schauen,
lasst uns noch heute mit der Umkehr beginnen.
Wenn es stimmt, dass die Friedensstifter Kinder Gottes sind,
lasst uns noch heute dem Frieden nachjagen.
Wenn es stimmt, dass der Geist Gottes
Hoffnungslosigkeit in Hoffnung,
Mutlosigkeit in Mut,
Verdorrtes in Leben wandelt,
lasst uns noch heute dem Geist Gottes trauen,
uns seinem schöpferischen Wirken öffnen
und handeln.

Weitere Liturgiebausteine sind auf www.interkulturellewoche.de zu finden.

AKTIONEN UND MATERIALIEN

Sie sind noch auf der Suche nach einer richtig guten Veranstaltung für »Ihre« Interkulturelle Woche? Ein Theaterstück vielleicht, eine Lesung, ein Film mit anschließender Diskussion oder eine Ausstellung? Es gibt viele Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die für eine IKW eingeladen werden können. Hier stellen wir einige vor. Weitere Beispiele für gelungene Aktionen und Materialien finden Sie auf www.interkulturellewoche.de.

PUPPENTHEATER: JÜDISCHE KULTUR MIT MUSIK, HUMOR – UND PUPPEN

»Bubales« ist das erste jüdische Puppentheater Deutschlands

Es gibt kein jüdisches Puppentheater in Deutschland.« Das war vor sieben Jahren die Motivation für Shlomit Tulgan, genau ein solches zu gründen. Seitdem spielt sie mit ihrer Truppe »Bubales« Stücke zur Rolle der Tiere im Judentum, zum Lichterfest Chanukka, erzählt zum Purim-Fest die Geschichte von Königin Esther – und hat seit vergangenem Jahr auch das Stück »Isaak und der Elefant Abul Abbas« im Repertoire. Das Besondere: Die Produktion entstand in Zusammenarbeit mit syrischen Künstler*innen und wird in deutscher und arabischer Sprache aufgeführt.

Das Team des Jüdischen Puppentheaters Bubales.
Foto: Gershom Tripp

Erzählt wird eine (fast) wahre Geschichte aus dem Mittelalter: Der jüdische Handelsmann Isaak soll einen weißen Elefanten namens Abul Abbas von Bagdad nach Aachen bringen und bei König Karl dem Großen abliefern. Die gefährliche Reise dauert fast zwei Jahre. Werden die beiden es bis nach Deutschland schaffen?

Damit zielt das Puppentheater nicht nur auf jüdische Familien, sondern auch auf muslimische – und eigentlich auf alle, egal welcher Religion sie angehören. Das war von Beginn an schon so. Shlomit Tulgan arbeitet im Jüdischen Museum Berlin und war 2012 für die Kinderprogramme zuständig. Dabei hörte sie von jüdischen Familien immer wieder, dass es zwar viele Puppentheaterstücke etwa zur christlichen Weihnachtsgeschichte gebe, aber zum Beispiel keine zu Chanukka. Das muss sich ändern, dachte sie sich, tat sich mit jüdischen Laien-Puppenspieler*innen und Profis zusammen und produzierte das erste jüdische Puppentheaterstück in Deutschland nach 70 Jahren. Die ersten sechs Vorstellungen im Jüdischen Museum waren ein voller Erfolg – ausverkauft. Kurze Zeit später gründete sie, unabhängig vom Jüdischen Museum Berlin, das Jüdische Puppentheater »Bubales«.

»Der erste Kontakt mit der jüdischen Kultur verläuft für die meisten Menschen immer noch über die Shoah. Wir wollten diesen Kontakt auf eine andere Ebene holen«, erklärt Tulgan. Das klappt gut mit Puppen, Musik, Humor – und einem multikulturellen Cast. So treten in den Stücken oft dieselben Charaktere auf, etwa der Junge Shlomo mit seinem Schaf Mendel – und deren Freundin Aische.

Die Besetzung der »Bubales«-Truppe ist immer etwas im Fluss: Es gibt ein Kernteam um Tulgan und Lewis Tripp, der vor allem für die Technik und administrativen Aufgaben zuständig ist, und einigen weiteren Stammkräften, andere Mitwirkende wechseln. Das sei aber kein Problem, versichert Tulgan. Ihr kommt dabei zugute, dass sie Kontakte zu den unterschiedlichsten Communities in Berlin und darüber hinaus hat. Ihre Eltern sind türkische Juden, die in den 1960er Jahren von Istanbul in die Bundesrepublik kamen. Weil sie danach als Zeitungskorrespondenten in Osteuropa arbeiteten, spricht Tulgan auch Russisch und Tschechisch. Als sie in der Vorbereitung für »Isaak und der Elefant Abul Abbas« syrische Künstler nach einer Zusammenarbeit fragte, seien die sofort »Feuer und Flamme« gewesen.

Von den Reaktionen auf das aktuelle Stück war Tulgan sogar etwas überrascht: »Es kommt bisher gut an. Ich habe eigentlich mit mehr antisemitischen Störungen gerechnet.« Stattdessen berichtet sie von einem »magischen Abend« im türkischen Theater »Tiya-

trom« in Berlin-Kreuzberg, wo sie vor 250 Besuchern spielten und sich ganze Familien im Anschluss mit den Puppen fotografieren ließen.

Das »Bubales«-Puppentheater ist für alle Beteiligten eine Nebenbeschäftigung, Geld verdienen sie damit eigentlich nicht wirklich. »Die Einnahmen stecken wir größtenteils in Reparaturen. Der hohe Verschleiß liegt daran, dass wir ständig auf Reisen sind, um bei den Organisationen, direkt vor Ort aufzutreten. Unsere Puppen sind echte Wander-Juden und -Jüdinnen!« so Tulgan. Wer die Truppe buchen will, kann sich bei Bubales über die Preise informieren. Für Non-Profit-Organisationen, die sich für Geflüchtete und arabische Familien einsetzen, gibt es finanzielle Förderung. (sb)

➔ Weitere Informationen:
www.bubales.de

➔ Kontakt: bubales@gmx.de

LESUNG: »DAS IST AUCH MEINE GESCHICHTE«

»Daughters and Sons of Gastarbeiters« teilen ihre Erinnerungen

Sie folgten ihren Eltern aus den Dörfern Anatoliens, Südeuropas, des Balkans nach Deutschland oder kamen in einem Arbeiterviertel der Bundesrepublik zur Welt. Ihre Väter und Mütter sollten in Deutschland als »Gastarbeiter« den Wirtschaftsaufschwung beflügeln. Ihre Erzählungen sind ein wichtiger Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte. Ihre Erinnerungen und Erfahrungen teilen sie seit 2015 mit jedem, der sie hören will: die »Daughters and Sons of Gastarbeiters«.

Rosaria Chirico bei einer Lesung der »Daughters & Sons of Gastarbeiters«. Foto: www.gastarbeiters.de

»Ich habe die Idee jahrelang mit mir herumgetragen«, sagt Çiçek Bacik, eine der Gründerinnen der Initiative. Sie hat als Teenager viel Tagebuch geschrieben, und Jahre später entdeckte sie die Texte wieder. Eines Abends saß sie mit der Journalistin Ferda Ataman in Berlin nach einer Lesung zusammen, und sie beschlossen: »Wir müssen unsere Geschichten erzählen!« Das war die Geburtsstunde der »Daughters and Sons of Gastarbeiters«.

Bacik und Ataman fragten in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis herum, und schnell waren einige Mitstreiter gefunden. Die erste Lesung fand im »Wasserturm« in Berlin-Kreuzberg statt, es kamen Freunde, Bekannte und Familienmitglieder der Autoren – und es war voll. »Rund 150 Leute in einem Raum für 70 Personen«, erinnert sich Bacik an die gelungene Premiere. Schon damals erlebte sie Reaktionen, wie sie noch häufiger bei Lesungen kommen sollten. Andere Gastarbeiterkinder kamen auf sie zu und sagten: »Das, was Ihr da erzählt, ist auch meine Geschichte, das habe ich auch so erlebt.« So ergriffen sind Besucher manchmal, dass auch Tränen fließen.

»Es ist unglaublich wichtig, unsere Perspektive in die Diskussion einfließen zu lassen, gerade in einer Zeit, in der in öffentlichen Debatten ethnische und religiöse Hintergründe eine immer größere Rolle spielen«, sagt Bacik. Die Lesungen der »Daughters and Sons…« richten so den Blick auf die Lebenswirklichkeit von Menschen mit Migrationserfahrung – auch auf die ihrer Eltern. So wie bei Bacik etwa, die in Almus in der türkischen Schwarzmeer-Region geboren wurde und später mit ihren Eltern nach Deutschland kam. Um ihre Geschichte aufzuschreiben, sprach sie zum ersten Mal ausführlich mit ihrem Vater über dessen Erfahrungen in Deutschland, wo er unter anderem im Straßenbau tätig war.

Mittlerweile sind es über 30 Gastarbeiterkinder, die bei der Initiative mitmachen. Aus den Gastarbeiterkindern von einst, die ursprünglich alle zurück in die Heimat ihrer Eltern sollten, sind Lehrer, Journalisten, Juristinnen, Architektinnen, Bildungsmanagerinnen oder Künstler geworden. Sie arbeiten in allen Berufsbranchen, engagieren sich politisch und gestalten die Gesellschaft in Deutschland mit.

Zu einer Lesung kommen immer vier bis fünf Autor*innen. Sie tragen ihre Texte vor (jeder einzelne soll nicht länger als 15 Minuten dauern), dazu werden Bilder auf eine Leinwand geworfen, oft aus dem Familienalbum der Protagonisten. Es gibt etwas Musik und zum Schluss die Möglichkeit zu Diskussion und Austausch.

»So eine persönliche Geschichte kann viel mehr berühren als ein Vortrag mit erhobenem Zeigefinger«, meint Rosaria Chirico, die seit zwei Jahren dabei ist. Sie wurde in Düsseldorf geboren, ihre Eltern kamen 1966 aus einem kleinen Dorf in Apulien in Süditalien nach Deutschland. Sie hat die »Daughters and Sons…« bei einer Lesung kennengelernt und war sofort Feuer und Flamme. »Ich hatte vorher bereits einen Text geschrieben, und habe ihn dann gleich an Çiçek Bacik geschickt.« Seitdem ist sie dabei – und immer wieder selbst erstaunt, wie bekannt ihr manche Geschichten vorkommen, die andere Autor*innen der Initiative vortragen. »Das gibt ein schönes Gefühl, dass man etwas gemeinsam hat«, sagt Chirico.

Gemeinsam haben die »Daughters and Sons …« auch etwas mit den allermeisten Veranstaltungen der Interkulturellen Woche. Denn Bacik sagt: »Wir wollen Empathie herstellen und Nähe und Möglichkeiten der Begegnung – gerade heutzutage, wo die Spaltung in der Gesellschaft immer größer wird.« (sb)

➔ Weitere Informationen:
www.gastarbeiters.de

➔ Kontakt:
kontakt@gastarbeiters.de

AUSSTELLUNG: MENSCHEN & RECHTE SIND UNTEILBAR

Die neue PRO ASYL-Ausstellung behandelt verschiedene Aspekte der Menschenrechte von ihrer Entstehung bis heute.

Foto: PRO ASYL / Florian Bachmeier

Menschenrechte sind die unveräußerliche Grundlage demokratischer Gesellschaften. Genau dies wird gegenwärtig in Europa infrage gestellt. Die Untergrabung der Unabhängigkeit von Gerichten, Angriffe gegen die Pressefreiheit, Einschränkung von Bürgerrechten – all das ist dort zu beobachten, wo Rechtspopulisten regieren. Die Plakatausstellung »Menschen & Rechte sind unteilbar« erinnert an die Entstehung und Begründung der Menschenrechte und erklärt ihre Bedeutung.

Wie und unter welchen Umständen sind sie entstanden? Wie ist es den vielen unvergessenen Streiter*innen gelungen, sie zu etablieren? Und warum müssen wir uns heute wieder verstärkt für sie engagieren? Diese und noch weitere Fragen werden aufgeworfen und beantwortet.

Konzipiert wurde die Ausstellung von PRO ASYL, die Interkulturelle Woche ist eine von mehreren Unterstützerinnen des Projekts. Die Ausstellung lässt sich gut in der Interkulturellen Woche einsetzen, etwa zum Tag des Flüchtlings. Die Ausstellung besteht aus 15 Einzelplakaten im Format DIN A2. Die einzelnen Plakate-Module sind variabel einsetzbar und jedes Plakat ist eine in sich abgeschlossene Informationseinheit. Sollten Sie z.B. keinen entsprechend großen Ausstellungsraum zur Verfügung haben, können Sie die einzelnen Tafeln auch frei kombinieren, von Zeit zu Zeit austauschen oder spezifische Informationsgruppen zusammenstellen.

➔ **Die Plakate können hier bestellt werden:** www.proasyl.de/material/menschen-rechte-sind-unteilbar/

WANDERAUSSTELLUNG: VON UND MIT ANNE FRANK LERNEN

Wanderausstellungen des Anne Frank Zentrums Berlin – Jugendliche als Guide

Das Anne Frank Zentrum in Berlin realisiert bundesweit Wanderausstellungsprojekte in Zusammenarbeit mit einem lokalen Trägerkreis aus zahlreichen Kooperationspartnern. Anhand der Lebensgeschichte von Anne Frank wird die Auseinandersetzung mit Themen wie Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung sowie der Bedeutung von Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie gefördert.

Zentraler Baustein jedes Projektes ist die aktive Einbindung von Jugendlichen: Sie werden zu Peer Guides qualifiziert, die andere Jugendliche durch die Ausstellung begleiten. Sie vermitteln Wissen, beantworten Fragen und regen zum Dialog an. Durch die aktive Teilhabe erwerben die Jugendlichen viele Kompetenzen, sie erleben Selbstwirksamkeit und erhalten Anerkennung für ihr Engagement. Kombiniert mit einem breiten Netzwerk werden so die lokalen demokratischen Strukturen gestärkt und Veränderungsprozesse angestoßen.

Ein regionales Rahmenprogramm sorgt dafür, dass die Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung nicht nur unter Kindern und Jugendlichen, sondern auch in der breiten Bevölkerung stattfindet.

Die Ausstellungsprojekte unterscheiden sich im Inhalt, in der dafür notwendigen Ausstellungsfläche und den zugehörigen pädagogischen Angeboten. Einzelne Sonderausstellungen können auch ohne Begleitkonzept gebucht und präsentiert werden.

Das Besondere an den Wanderausstellungen: Jugendliche begleiten Jugendliche durch die Präsentation.
Foto: Fotostudio Brandes

➔ **Weitere Informationen:**
www.annefrank.de/wanderausstellungen/

➔ **Kontakt:** Franziska Göpner
Tel.: 030/288 86 56-28
E-Mail: goepner@annefrank.de

BUCH: NACH DER FLUCHT – NEUE IDEEN FÜR DIE EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

Die Integrationsdebatte auf links gedreht

Neue Ideen für die Einwanderungsgesellschaft« verspricht der Autor Mark Terkessidis in seinem aktuellen Essay. Und tatsächlich: Indem er etablierte Begriffe der Debatte und der Praxis hinterfragt, eröffnet er einen neuen Blick auf das, was wir gemeinhin »Integration« nennen – und entwirft ein radikal neues Modell davon.

Nicht der Migrationshintergrund eines Menschen rückt in den Vordergrund (wie bisher), sondern einzig sein Bedarf an Förderung. Gleichzeitig muss die Tatsache, dass jemand einen Migrationshintergrund hat, von den Akteuren in Behörden, in Bildungseinrichtungen, im Gesundheitswesen oder in Wohlfahrtsverbänden mitgedacht und gegebenenfalls auch mitbeachtet werden – wenn er die oder eine Ursache für Benachteiligung ist. Für Terkessidis ist das eine »Kunstfertigkeit im Handeln«, die zu Ende gedacht alle speziell auf Zugewanderte zugeschnittenen Programme überflüssig machen würde.

Gelingen soll das durch »Vielheitspläne«, die Institutionen, Organisationen und Einrichtungen entwickeln sollen. Sie beinhalten Maßnahmen etwa zur Zusammensetzung des Personals betroffener Einrichtungen, zur Organisationsentwicklung oder zur Etablierung einer neuen Lernkultur. Einfach wird das nicht, das weiß der Autor, doch er plädiert für Optimismus und einen langen Atem. Und die Bereitschaft zum Streit, denn: »Niemand hat gesagt, die Gesellschaft der Vielheit sei eine gemütliche Angelegenheit«.

Mark Terkessidis hat im März sein neues Buch »Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute« veröffentlicht. Der Autor kann für Lesungen und Diskussionsveranstaltungen im Rahmen der IKW angefragt werden.

➔ **Kontakt:**
mark.terkessidis@isvc.org

Nach der Flucht: Neue Ideen für die Einwanderungsgesellschaft
Reclam, ISBN: 978-3-15-019449-2

FILM: YVES' VERSPRECHEN SCHEITERN AUSGESCHLOSSEN

Yves sitzt in Spanien fest. Es geht weder vorwärts noch rückwärts. Vor acht Jahren ist er in Kamerun aufgebrochen, um in Europa ein neues Leben zu beginnen. Seitdem hat die Familie nichts von ihm gehört. Die Filmemacherin Melanie Gärtner nimmt Videobotschaften von Yves auf, reist damit nach Kamerun und trifft dort seine Familie: Seine Schwester Annie hat die Rolle der Mutter übernommen und hält die Familie zusammen, der Vater ist krank und braucht dringend Medikamente, der jüngere Bruder übernimmt keine Verantwortung für sein Leben und wartet darauf, dass Yves seine Probleme löst. Doch bei all der Erleichterung über das Lebenszeichen von Yves werden Erwartungen artikuliert, schließlich hat Yves es ins gelobte Europa geschafft. Die Familienmitglieder nehmen nun ihrerseits Videobriefe für Yves auf. In den Augen seiner Familie kann nur er ihr Leben zum Besseren wenden. Er darf nicht scheitern, sonst ist seine Rückkehr ausgeschlossen.

➔ **Bei Interesse an einer Aufführung wenden Sie sich bitte an:**

Jutta Feit
JIP film & verleih, Peters & Feit GbR
Frankfurt am Main
Tel.: 069/805 322 73
jutta@jip-film.com
www.jip-film.com

WAS • WANN • WO?

MEHR INFOS ZUR INTERKULTURELLEN WOCHE

VERANSTALTUNGEN Um die Breite des großartigen Engagements in der IKW sichtbar zu machen, veröffentlicht der Ökumenische Vorbereitungsausschuss die Programme auf der Homepage www.interkulturellewoche.de. **NEU:** Ihre Programme können Sie dort bequem und ohne Registrierung selbst hochladen. Bitte schicken Sie uns zur Dokumentation die gedruckten Hefte oder Flyer auch per Post.

NEWSLETTER Drei- bis viermal jährlich erscheint der »Newsletter Interkulturelle Woche«, in dem wir über aktuelle Entwicklungen informieren, Materialien und Good Practice-Beispiele vorstellen. Gerne senden wir Ihnen den Newsletter kostenlos per E-Mail zu.
Sie können sich dafür auf unserer Homepage registrieren.

GOOD-PRACTICE-RECHERCHE In der IKW gibt es eine Vielzahl von gelungenen Projekten und Veranstaltungen. Wir möchten eine Auswahl im bundesweiten Newsletter, auf der Homepage und im Materialheft 2020 vorstellen. Bitte mailen Sie uns (Kurz-)Berichte über gute Projekte – nach Möglichkeit mit mehreren Bildmotiven in hoher Auflösung.

BAUSTEINE FÜR GOTTESDIENSTE Vorschläge für Aktionen und Texte, die in Gottesdiensten und religiösen Veranstaltungen im Rahmen der IKW verwendet werden können bzw. die bereits erfolgreich erprobt wurden, sind uns willkommen.
Wir stellen diese Impulse fortlaufend auf der Homepage ein. Bitte senden Sie Ihre Vorschläge – nach Möglichkeit mit mehreren Bildmotiven in hoher Auflösung – per Mail an uns.

FOTOGALERIE Fotos helfen das Engagement und die Aktivitäten innerhalb der IKW sichtbar zu machen: Schicken Sie uns Ihre ausdrucksstärksten Motive per Mail – mit Angabe des Copyrights.

FACEBOOK Posten, teilen und liken Sie Artikel zur IKW auf Facebook, Twitter, Instagram etc. Geben Sie uns einen Hinweis, wenn Sie etwas veröffentlichen, wir tragen Ihre Posts gerne weiter. Schauen Sie auf unserer Facebook-Seite vorbei und lassen Sie ein »Gefällt mir« da.

➔ Unsere Hashtags:

#ikw2019
#interkulturellewoche
#zusammenlebenzusammenwachsen

INFORMATION ZUM TERMIN DER IKW:

Früher galt die Regel: »Die IKW findet in der Regel vom Sonntag bis Samstag vor dem Erntedankfest statt.« Ab 2019 wird die IKW immer **von Sonntag bis Sonntag** laufen. Damit schließt sie auch den »Welttag des Migranten und Flüchtlings« ein, der von Papst Franziskus von Januar auf den letzten Sonntag im September verlegt wurde.

Auch zeigt sich mittlerweile, dass die meisten Interkulturellen Wochen Ende September beginnen, durchaus aber auch später starten und/oder länger als eine Woche dauern. Letztlich entscheidend für die Organisation der IKW vor Ort ist die lokale Planbarkeit – auch wenn die IKW damit gelegentlich von dem vom ÖVA empfohlenen Termin abweicht.

Das jeweilige Motto der kommenden IKW steht in der Regel spätestens Ende November fest.

TERMINHINWEISE

2019

➔ 19. bis 22. Juni:
Die Geschäftsstelle ist auf dem Evangelischen Kirchentag zu finden: Markt der Möglichkeiten in Halle 4, Stand F31.

➔ 22. und 23. September:
Bundesweiter Auftakt der IKW bundesweit in Kooperation mit dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale).

➔ Sonntag, 22. September bis Sonntag, 29. September, ist der empfohlene Termin für die IKW 2019.

➔ Freitag, 27. September: Tag des Flüchtlings.

2020

➔ 21. und 22. Februar:
Vorbereitungstagung zur IKW 2020 in Erfurt.

➔ Sonntag, 27. September bis Sonntag, 4. Oktober, ist der empfohlene Termin für die IKW 2020.

➔ Freitag, 2. Oktober: Tag des Flüchtlings.

www.interkulturellewoche.de
info@interkulturellewoche.de

Alle Materialien zur Interkulturellen Woche 2019 können sie unter www.interkulturellewoche.de bestellen. Dort finden Sie das Bestellformular mit den Kosten für die jeweiligen Artikel.

Herausgeber
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/Mainz
Tel.: 069 / 24 23 14 60, Fax: 069 / 24 23 14 71
E-Mail: info@interkulturellewoche.de
Im Internet: www.interkulturellewoche.de

Vorstand
- Vorsitzende: Gabriele Erpenbeck, Beraterin der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Hannover
- Stellv. Vorsitzende: Dr. Beate Sträter, Schulreferentin und Mitglied der Synode der EKD, Bonn
- Stellv. Vorsitzender: Erzpriester Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Mannheim

Weitere Mitglieder
- Erzpriester Eleftherios Argyropoulos, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Wuppertal
- Ahmad Aweimer, Dialog- und Kirchenbeauftragter des Zentralrats der Muslime in Deutschland
- Johannes Brandstäter, Diakonie Deutschland, Berlin
- Günter Burkhardt, PRO ASYL e.V., Frankfurt/Main
- Farhad Dilmaghani, DeutschPlus e.V., Berlin
- OKRin Sabine Dreßler, Kirchenamt der EKD, Hannover
- Kerstin Düsch, Kommissariat der deutschen Bischöfe, Berlin
- Dr. Aguswati Hildebrandt Rambe, Fachstelle Interkulturell Evangelisch in Bayern, München
- Dr. Werner Höbsch, katholischer Theologe, Brühl
- Peter Jörgensen, Vereinigung Evangelischer Freikirchen, Berlin
- Elena Knežević, Referat Migration und Integration, Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg
- Dr. Michael Maier-Borst, Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin
- Razak Minhel, Multikulturelles Zentrum Dessau e.V., Dessau-Roßlau
- Volker Roßocha, DGB-Bundesvorstand, Beauftragter für Migrations- und Antirassismuspolitik, Berlin
- Dr. Lukas Schreiber, Nationaldirektor für Ausländerseelsorge, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn
- Monika Schwenke, Abteilung Migration/Integration, Caritasverband für das Bistum Magdeburg e.V.
- Jutta Weduwen, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Berlin
- Ioanna Zacharaki, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Düsseldorf

Geschäftsführung: Friederike Ekol, Frankfurt/Main

Redaktion: Steffen Blatt, Friederike Ekol

Titelbild: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg
Layout: Wolfgang Scheffler, Mainz
Herstellung: direct., Hamburg

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser*innen wieder. Das Copyright an Texten und Bildern liegt beim ÖVA zur IKW oder bei Dritten. Eine weitere Verwendung ist nur nach Rücksprache möglich.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss (ÖVA) zur Interkulturellen Woche (IKW) ist eine unselbständige Einrichtung der EKD. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und wird insbesondere in allgemeinen Angelegenheiten durch den Präsidenten des Kirchenamtes der EKD, Herrn Dr. Hans-Ulrich Anke, vertreten.

Als Termin für die Interkulturelle Woche 2019 wird der 22. bis 29. September 2019 empfohlen.

Freitag, der 27. September ist der Tag des Flüchtlings.